

Preussische Allgemeine



Nr. 37 · 17. September 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Das Schweigen des Feminismus

Wenn die Unterdrückung von Frauen in Afghanistan und Sexualstraftaten in Deutschland nicht ins eigene Weltbild passen
Seite 3



Mensch & Zeit Chinas Expansion auf den Weltmeeren **Seite 12**



Ostpreußen heute Steinort erwacht zu neuem Leben **Seite 13**

ILLUSTRATION: SHUTTERSTOCK (M), FOTOS: MAURITIUS, NEHRING

AUFGEFALLEN

Die Katastrophe blieb aus

„Die nächste Regierung ist die letzte, die noch aktiv Einfluss auf die Klimakrise nehmen kann.“ Mit diesem Satz versuchte die Kanzlerkandidatin der „Grün:innen“, Annalena Baerbock, in den letzten Tagen des Wahlkampfes wiederholt, für ihre Partei zu werben.

Unter Marketingaspekten ist diese Behauptung durchaus clever gesetzt, spielt sie doch mit der Angst der Bürger vor einem meteorologischen Inferno. Und Angst ist – wie die Gier oder der Neid – seit alters her eine der stärksten Triebkräfte menschlichen Handelns. Gleichwohl ist es, wo mit dem Weltuntergang gespielt wird, durchaus angebracht, die Untergangsszenarien zu hinterfragen.

Dies umso mehr, weil Warnungen vor dem Ende der Welt zur Grundausstattung der grünen Partei gehören wie die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zur Geschichte der SPD – oder Bekenntnisse zur bayerischen Lebensfreude zum Wesen der CSU. So hätte nach den Aussagen der grünen Altvorderen der 1980er Jahre der deutsche Wald längst tot sein (gestorben am „Sauren Regen“) und auch das Erdöl längst versiegt sein müssen. Und in den frühen 1990ern bereits wurde ein dramatischer Anstieg der Weltmeere schon für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts prognostiziert, falls der Klimawandel nicht gestoppt würde – illustriert mit angsteinflößenden Karten, auf denen halb Europa unter Wasser stand.

Fakt ist: Die Katastrophen sind bislang alle ausgeblieben. Insofern besteht gute Hoffnung, dass die Welt auch diese Krise überstehen wird. *neh*

WAHLKAMPF

Das fatale Ausblenden grundlegender Themen

Während Politik und Medien vorwiegend über „Klima“ und mögliche Koalitionen reden, kommen elementare Zukunftsfragen nicht zur Sprache

VON RENÉ NEHRING

Wenige Tage vor der Bundestagswahl kommt langsam Fahrt auf im Wahlkampf 2021. Sah es selbst nach dem ersten „Kanzler-Triell“ vor rund zwei Wochen noch so aus, als ob die Spitzenkandidaten von CDU/CSU, SPD und Grünen im Schlafwagen ins Kanzleramt fahren wollten, drehen sie seit dem Ende der Sommerferien gehörig auf. Dennoch haben die Auftritte von Armin Laschet, Olaf Scholz und Annalena Baerbock fast immer etwas Ödes. Sogar die „New York Times“ lästerte bereits über das fehlende Charisma und die Fadedheit des deutschen Spitzenpersonals.

Neben den Eigenheiten der Kandidaten dürfte dies auch an den Themen dieses Wahlkampfes liegen. Zwar lieferten sich Laschet, Scholz und Baerbock am vergangenen Sonntag ein schärferes „Triell“ als zuvor und griffen dabei einander auch persönlich an, doch wurden etliche brennende Fragen entweder gar nicht oder nur an der Oberfläche behandelt.

So wurde breit über mögliche Koalitionsoptionen spekuliert, ohne zu hinterfragen, was die Deutschen mit den jeweiligen Konstellationen eigentlich bekommen würden. Allein die Frage, ob bei der SPD in Sachen einer rot-rot-grünen Regierungsbildung Kanzlerkandidat Olaf Scholz das Sagen hat oder die beiden deutlich links

stehenden Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans wäre ein paar vertiefte Nachfragen wert.

Lang und breit wird dagegen über die Notwendigkeit des „Kampfes gegen den Klimawandel“ sinniert – wie der radikale Umbau der größten Volkswirtschaft Europas finanziert werden soll, wird dabei ebenso ausgeblendet wie die Frage, wem es eigentlich nützt, wenn Deutschland im Alleingang seine bewährten Industrien abwickelt und andere Länder weitermachen wie bisher.

Elementare Fragen ausgeblendet

Nahezu vollständig ausgeblendet wird, wie Deutschland die ökonomischen Begleitumstände der Corona-Pandemie stemmen will. Dass in den Innenstädten während der letzten Monate unzählige Geschäfte dichtgemacht haben und viele Ladenflächen noch immer leer stehen, scheint eigenartigerweise niemanden zu interessieren. Auch die Frage, ob wir uns die derzeit üppig ausgereichten Sozialleistungen künftig noch leisten können, kam bislang nicht zur Sprache. Gern hätte man erfahren, ob einer der Kandidaten einen Plan für ein neues Wirtschaftswunder hat. Doch leider fragte niemand danach – und sie selbst erzählten nichts davon.

Zum Komplex der Sozialleistungen gehört auch das Thema Migration. Da die Masse der in den letzten Jahren Zugewanderten nicht in den Arbeitsmärkten gelan-

det ist, wäre es interessant zu wissen, ob irgendjemand einen Plan sowohl für die Menschen als auch die Sozialkassen hat.

Spannend ist auch die Frage, wie es mit den zum Teil massiven Eingriffen in die Grundrechte der Bürger im Zuge der Pandemiebekämpfung weitergehen soll. Zwar sprachen sich alle drei Kandidaten einigermaßen klar und deutlich gegen weitere Lockdowns aus, doch wüsste man schon gerne, wie sie die gewohnte verfassungsmäßige Ordnung „nach Corona“ wiederherstellen wollen.

Vollkommen ausgeblendet wurden bislang Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Wie kann es zum Beispiel sein, dass sich seit 2015 die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung fast verdoppelt hat? Und was gedenkt die Politik dafür zu tun, dass die Fallzahlen künftig auch nur annähernd wieder in die Richtung früherer Jahre gehen? Spannend wäre auch zu hören gewesen, welche Konsequenzen die Wiederkehr der Taliban bezüglich des Erstarkens des Terrorismus hat. Sind wir heute besser gegen islamistische Terrorzellen gewappnet als vor „Nine/Elven“? Wir wissen es nicht.

Sicher ist: Diese und weitere Themen brennen den Bürgern weitaus mehr unter den Nägeln als die Ausführungen in den „Triellen“ und Talkshows, die – nicht zuletzt aufgrund der Ähnlichkeit der Positionen der Kandidaten – meist nach wenigen Tagen schon wieder vergessen sind.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Ein Prozess in Dresden rückt den verdrängten Linksextremismus in den Fokus **Seite 4**

Kultur

Eine Augsburger Ausstellung erinnert an die Gründung der Fuggerei vor 500 Jahren **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die Ursprünge des Königsberger Doms im 13. Jahrhundert **Seite 18**

Lebensstil

Heilkraft einer Apotheke – der Spätsommer ist die Zeit des Granatapfels **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Staatsversagen Lange Zeit war das deutsche Staatswesen ein Musterbeispiel für Effizienz, was nicht zuletzt an der Vorreiterrolle und Vorbildwirkung Preußens lag. Wie konnte es seitdem derart bergab gehen?

Unfähigkeit bis in die Tiefe

Früher kompensierten noch fähige Beamte die fehlende Kompetenz ihrer Minister

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es gal, ob es um die angemessene Corona-Bekämpfung, den Katastrophenschutz, eine vorausschauende Außenpolitik oder die richtige Ausrüstung für die Bundeswehr geht: Die Beispiele dafür, dass der hiesige Staat auf ganzer Linie versagt, wenn er gefordert ist, seine ureigensten Aufgaben zu lösen, häufen sich immer mehr. Dabei war das deutsche Staatswesen lange Zeit ein Musterbeispiel für Effizienz, was nicht zuletzt an der Vorreiterrolle und Vorbildwirkung Preußens lag.

Für den Niedergang sind ganz maßgeblich die zuständigen Minister im Kabinett Merkel verantwortlich. Die zunehmende Bedeutung des „richtigen“ Geschlechts und einer „korrekten“ – sprich tendenziell links-grünen – ideologischen Ausrichtung selbst unter Konservativen sowie auch das enge Parteien-Proportionskorsett während der nunmehr fast acht Jahre währenden Existenz der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD führten zu einer Negativauswahl sondergleichen, die sich in der Ernennung von Personen wie Heiko Maas, Annegret Kramp-Karrenbauer oder Jens Spahn manifestierte. Doch das ist nicht der einzige Grund für das gegenwärtige Versagen des Staates.

Unfähige Minister gab es in der Bundesrepublik schon immer. Das zeitigte indes keine derart dramatischen Folgen wie heute, weil die Leitungsebenen in den Fachressorts unterhalb der Ministerebene in aller Regel mit hochqualifizierten Beamten statt stromlinienförmigen Befehlsempfängern, Karrieristen oder ehemaligen Parteifunktionären besetzt gewesen waren. Doch mit dieser Kompensation ist es nun vorbei. Hierzu einige Beispiele.

Gottfried Ludewig

Dass die Gesundheitsämter selbst heute noch mit völlig veralteten Faxgeräten kommunizieren müssen und zudem auch keine brauchbare Corona-Warn-App zur Verfügung steht, geht maßgeblich mit auf das Konto von Gottfried Ludewig. Der promovierte Volkswirtschaftler ist seit April 2018 Chef der Abteilung 5 (Digitalisierung und Innovation) im Bundesministerium für Gesundheit. Ludewig pro-



Hat mit ihrer Politik einen Trümmerhaufen hinterlassen: Angela Merkel steht für das Staatsversagen in Deutschland Foto: pa

movierte 2013 mit einer Arbeit über den Krankenversicherungsmarkt und reüssierte parallel in der CDU. So gehörte er dem Bundesvorstand der Partei an und saß für sie ab 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus.

Hans-Ulrich Holtherm

Eine weitere aufschlussreiche Personale ist die des Generalstabsarztes Hans-Ulrich Holtherm. Dieser avancierte in Spahns Ministerium am 1. März 2020 zum Leiter der neu geschaffenen Abteilung 6 (Gesundheitssicherheit, Gesundheitsschutz, Nachhaltigkeit), womit ihm auch die Fachaufsicht über das Robert-Koch-Institut obliegt. Holtherm, der weiterhin Uniform trägt und der Bundeswehr angehört, hatte bereits 2009 im Zuge der ominösen „Schweinegrippe-Pandemie“ im Gesundheitsministerium „ausgeholfen“. Damit war er in die Auslösung des damaligen Fehlalarms involviert, die zur Beschaffung von 28 Millio-

nen unnützen Impfdosen im Wert von 239 Millionen Euro führte.

Armin Schuster

Die diesjährige Flutkatastrophe in Westdeutschland wiederum fiel deshalb so folgenreich aus, weil die Bevölkerung nicht rechtzeitig gewarnt wurde. Die Verantwortung hierfür trägt auch der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) beim Bundesministerium des Innern, Armin Schuster. Der frühere CDU-Funktionär trat sein Amt im November 2020 an. Er folgte dem Sozialdemokraten Christoph Unger, der wegen des desaströs verlaufenen bundesweiten „Warntages“ geschasst worden war, vermochte es aber ebenfalls nicht, das Alarmierungs-System zu verbessern.

Gabriele Korb

Dramatisch sind des Weiteren die Ausrüstungsmängel beziehungsweise -lücken bei der Bundeswehr. Diese gehen ganz maß-

geblich auf das Konto von Gabriele Korb, seit Mai 2018 Präsidentin des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BA-AINBw). Unter der Ägide dieser permanent von Dienstposten zu Dienstposten wechselnden Juristin, die auch schon im Kanzlerbüro des Bundeskanzleramtes saß, kam es zu massiven Verzögerungen im Vergabeverfahren für ein neues Sturmgewehr der deutschen Streitkräfte.

Antje Leendertse

Und dann wäre da noch die beamtete Staatssekretärin im Auswärtigen Amt Antje Leendertse, welche die fatalen Fehleinschätzungen ihres Chefs Heiko Maas hinsichtlich der Sicherheitslage in Afghanistan stützte. Wie sich aus der Antrittsrede der Geisteswissenschaftlerin vom 22. März 2019 schließen lässt, resultierte ihre Berufung wohl nicht zuletzt daraus, dass sie voll und ganz auf einer Wellenlänge mit Maas lag, was den „Kampf gegen Rechts“ betraf.

KONSEQUENZEN

Verantwortung übernimmt fast keiner mehr

Hu Xijin ist der Chefredakteur der englischsprachigen chinesischen Parteizeitung „Global Times“. Angesichts des Versagens sämtlicher Frühwarnsysteme und der Nothilfe im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe vom Juli 2021 in Südwestdeutschland geht er davon aus, dass „die Verantwortlichen dafür hart bestraft werden“. Aber genau das dürfte wohl kaum passieren – und selbst Forderungen nach einem freiwilligen Rücktritt des letztlich zuständigen Innenministers Horst Seehofer (CSU) nannte dieser „fast schäbig“.

Dabei dient es der politischen Hygiene, wenn jene, in deren Verantwortungsbereich folgenschwere Fehler gemacht wurden, ihren Hut nehmen und das Amt einem möglicherweise geeigneteren Kandidaten überlassen. Denn sobald keine Konsequenzen mehr drohen, wie das nun im Jahre 16 der Ära Merkel beständig der Fall ist, gibt es auch keinen Grund zur Besonnenheit, weshalb der nächste gravierende Lapsus meist schneller kommt als gedacht. Das derzeit zu beobachtende Staatsversagen resultiert unter anderem daraus, dass Dilettanten, Blender und Quotengewinnler nicht nur zu leicht in verantwortungsvolle Positionen gelangen, sondern auch zu lange in diesen verbleiben. Man rettet sich durch bürokratische Wortklaubelei oder Verweise auf Zuständigkeitsgrenzen und die angebliche Unvorhersehbarkeit von Ereignissen. Dahingegen wird Bedauern nicht einmal mehr geheuchelt. Stattdessen obsiegt das aalglatte Schulterzucken – so wie beim Finanzminister Olaf Scholz vor dem Untersuchungsausschuss zum Wirecard-Skandal: Was schert mich der Umstand, dass ich dienstrechtlich für die Finanzaufsicht zuständig bin?

Wie sehr sich die Bewertungsmaßstäbe in der Politik hierzulande mittlerweile verschoben haben, zeigt auch das Beispiel der früheren Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die machte selbst dann weiter Karriere, als von ihrem Ressort nur noch ein rauchendes Trümmerfeld übriggeblieben war. W.K.

„WOHLSTANDSVERBLÖDUNG“

„Haltung“ und Ideologie statt Erfahrung und Faktenwissen

Vielen in der jetzigen Generation von Politikern und hohen Amtsträgern fehlt es an Realitätssinn

Um einen Staat auch und gerade in Krisenzeiten kompetent zu führen, braucht es einen ausgeprägten Realitätssinn. Doch genau der fehlt der jetzigen Generation von Politikern und hohen Amtsträgern zunehmend. Diese hält Wohlstand und Sicherheit für etwas ebenso Selbstverständliches wie Ewiges. „Wir sind ein reiches Land!“, lautet der Schlachtruf der Wirklichkeitsverweigerer unserer Tage. Das stimmt zu einem nur noch eingeschränkt und zeitigt zu anderen fatale Folgen.

Unser Rest-Wohlstand ist über weite Strecken das Ergebnis der Anstrengungen der Aufbaugeneration. Und er hat zu einem Phänomen geführt, das Wissen-

schaftler wie Bernhard Heinzlmaier ganz unverblümt „Wohlstandsverblödung“ nennen. Politiker und Staatsdiener, die zu den Epigonen beziehungsweise Erben der Aufbaugeneration gehören, kennen keine Kriege, keinen Hunger, keine Diktatur und keine Inflation mehr aus eigenem Erleben. Daher sind ihre Warn- und Schutzinstinkte verkümmert. Ihnen fehlt fast jegliches Bewusstsein dafür, dass falsche Entscheidungen in die Katastrophe führen können. Gleichzeitig fürchten sie sich aber schizophrenerweise vor unkonkreten oder weitgehend hypothetischen zukünftigen Gefahren, während sie die real-aktuellen Bedrohungen mit eiserner Einfalt ignorieren. Und sie kümmern

sich lieber um das Banale statt um das Wichtige: Gendersternchen werden für essentieller erachtet als eine funktionierende Stromversorgung oder die innere Sicherheit.

Aber wozu sollen Politiker beziehungsweise Amtsträger jetzt auch noch ein kritisches und objektives Urteilsvermögen entwickeln oder Faktenwissen sammeln und einordnen, wenn man durch „Haltung“ und Glauben viel schneller die Karriereleiter erklimmen kann? Wozu echte Kompetenzen herausbilden, wenn ein ausgeprägtes Selbstvermarktungstalent in Kombination mit unerschütterlichem Narzissmus ebenso zum Ziel führen?



Erfand den Begriff „Wohlstandsverblödung“: Bernhard Heinzlmaier Foto: pa

Eigentlich wäre es die Aufgabe der Medien, also der „Vierten Gewalt“ im Staate neben Legislative, Exekutive und Judikative, das zu thematisieren und anzuprangern. Allerdings hat sich die Wirklichkeitsverachtung längst auch in vielen Redaktionsstuben und Fernsehstudios breit gemacht. Davon zeugen Schlagzeilen wie „Corona und die Flut: Hört auf, von ‚Staatsversagen‘ zu sprechen!“ im Berliner „Tagesspiegel“ vom 1. August. Dabei wurden dann nicht etwa Argumente dafür gebracht, dass der Staat hierzulande doch ganz gut funktioniert. Vielmehr hieß es nur oberlehrerhaft, jegliches Unterstellen eines Staatsversagens würde „der Neuen Rechten in die Hände“ spielen. W.K.

Damenopfer für den Islam

Während die Feministinnen in Deutschland und der westlichen Welt für Gendersternen kämpfen, wird die Lage für viele Frauen und Mädchen zunehmend bedrohlich. Weil die Bösen keine weißen Männer sind, schweigen die sonst so lauten Aktivisten

VON BIRGIT KELLE

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass an jenem Abend, an dem in Kabul Frauenrechtlerinnen aus Angst vor den einmarschierenden Taliban in Verstecken kauerten, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel im quietschgelben Blazer bei der Premiere des feministischen Films „Die Unbeugsamen“ in Berlin mit aufgeräumter Stimmung in die Kameras strahlte. Während der deutsche Perlenketten-Feminismus sich selbst feierte, tobte in Afghanistan der feministische Ernstfall: Die ersten Mädchen wurden aus den Schulen gezerrt, geschlagen und verschleppt. Die Flieger aus Deutschland waren leider nicht gekommen.

Besser konnte man das dröhnende Schweigen und die Ignoranz des saturierten deutschen Feminismus gegenüber den Nöten von Frauen in islamischen Staaten gar nicht dokumentieren. In Deutschland kämpfen Frauen für Quotenposten und Gendersterne in der Sprache. In Afghanistan kämpfen sie um ihr Leben.

Zwei Tage später sendet der ARD-Journalist Markus Spieker ein selbstgeschossenes Handy-Foto aus dem Hörsaal einer Universität in Kabul. Über 100 Studentinnen wie schwarze Mumien komplettverhüllt in den Sitzreihen. Man sieht nicht einmal mehr ihre Augen. Wie lange werden sie dort überhaupt noch studieren dürfen? Viel wichtiger – und leider noch bitterer für die Integrationspolitik in Deutschland – ist allerdings diese Feststellung: Auch ihre Väter, Brüder und Onkel kämpfen nicht für ihr Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und Emanzipation.

Das Problem ist nicht das unterirdische Frauenbild der einmarschierten, radikalislamischen Taliban, sondern das völlig normale, alltägliche und typische Frauenbild islamisch geprägter Gesellschaften wie in Afghanistan, Syrien und in all jenen Ländern, aus denen bereits in Millionenzahl vornehmlich junge Männer nach Deutschland strömten und ihre Ansichten über Frauen mitbrachten.

Die Probleme, die dort nicht gelöst werden, entladen sich zunehmend seit der Migrationskrise 2015 auf deutschen und anderen europäischen Straßen. Die ersten Opfer sind wenig überraschend die Frauen.

Dramatischer Anstieg von Übergriffen

Die nackten Zahlen deutscher Sexualstraftaten-Statistiken sprechen ihre eigene dramatische Sprache: In den vergangenen fünf Jahren haben sich die Zahlen verdoppelt, ohne dass das feministische Lager in einen Aufschrei verfallen ist. Die Kölner Silvesternacht, die es mit ihren rund 1000 dokumentierten sexuellen Übergriffen innerhalb weniger Stunden weltweit zu trauriger Berühmtheit brachte, war dabei nur das Vorspiel für einen sich etablierenden Dauerzustand.

Die Ermittlungen wegen Gruppenvergewaltigungen gehören inzwischen zum polizeilichen Tagesgeschäft. Was nach Köln noch als „Antänzer“ verharmlost wurde, wenn eine Gruppe junger Männer sich gezielt einzelne Frauen greifen, einkreisen und gemeinsam sexuell übergriffig werden, passiert nun statistisch belegbar zweimal täglich in Deutschland. Ohne Tanz, dafür mit Gewalt und Vergewaltigung.

Die Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden schockierten die Öffentlichkeit einmal kurz im Juli 2021. Demnach wurden im Jahr 2020 genau 704 Gruppenvergewaltigungsverfahren erfasst, im Jahr davor 710, und auch 2018 waren es bereits 659. Von 2013 bis 2015 schwankten die Fallzahlen zwischen 254 und 294.

Die Zahlen offenbarten zudem auch bei den Täterprofilen eine besorgniserregende Wahrheit: Die Hälfte aller Tatverdächtigen



Sinnbild unserer Zeit: Nach Jahrzehnten einer gescheiterten Integration gehört die Vollverschleierung von Frauen auch in Deutschland längst zum Alltag. Auch hierzu schweigen die Feministinnen

Foto: imago images/imagebroker

Männer hat keine deutsche Staatsangehörigkeit. Am häufigsten stammen sie aus islamischen Ländern wie Syrien und dem Irak und am allerhäufigsten aus Afghanistan. Gemessen am Bevölkerungsanteil mit nur 0,3 Prozent sind diese mit sechs Prozent die häufigste Tätergruppe bei Sexualdelikten. Viele der Täter haben laufende Asylverfahren. Ihr Anspruch verfällt nicht durch die Straftat, und abgeschoben wird bekanntlich kaum, nach Afghanistan schon gar nicht.

Keine Auskunft bietet die Polizeistatistik übrigens darüber, wie viele der Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit ebenfalls islamisch sozialisiert sind. Die Antwort will wahrscheinlich sowieso niemand wissen, sie würde das offensichtliche Problem potenzieren: Das Frauenbild des Islam ist ein Problem. Der Unterschied ist lediglich, dass die sexuelle Ausbeutung und Entrechtung der Frauen durch radikale Muslime früher nicht auf deutschem Staatsgebiet stattfand und somit geflissentlich ignoriert und schöngeeredet werden konnte.

Während also jedes falsche Wort eines alten deutschen weißen Mannes feministisch beklagt, geächtet und gehandelt wird, ist die Frauenfeindlichkeit des jungen nicht-deutschen „farbigen“ Mannes gerade im intersektionalen Nachwuchsfeminismus nicht existent. Stattdessen bezichtigt man lieber jene, die das Problem benennen, als Rassisten.

Der Kriminologe Christian Pfeiffer nennt die „immer gleichen Grundmuster“: „Frustrierte junge Männer, die es nicht schaffen.“ Diese kämen aus einer Kultur, in der Männer die klar dominierende Rolle in der Gesellschaft einnehmen, in Deutschland aber in eine Außenseiterrolle fallen: „Sie merken, dass sie an Mädchen schlecht herankommen.“ Aus ihrem Kulturkreis fänden sie hier keine Partnerin, weil nur wenige Frauen geflüchtet seien. Es folgten Frust, Aggression und Gewalt.

Systematisches Ausblenden

Obwohl in nur wenigen Jahren eine Verdoppelung der Zahlen bei Gruppenvergewaltigungen zu verzeichnen ist und ein dokumentiertes Problem vor allem mit zugewanderten muslimischen Männern als wachsende Tätergruppe besteht, wird die Gruppenvergewaltigung seit 2018 gar nicht mehr als solche er-

fasst. Wie praktisch, wenn ein Problem unter den Tisch soll. Eine Fußnote in der Polizeistatistik aus dem Jahr 2018 offenbart: „PKS-Schlüssel 111200 („Vergewaltigung überfallartig [durch Gruppen]“) und 111300 („Vergewaltigung durch Gruppe“): Beide Straftatenschlüssel sind mit Unschärfen in der Erfassung belegt (hinsichtlich der Kriterien für „überfallartige“ Vergewaltigungen und hinsichtlich des Begriffs „Gruppe“ für Tatbeiträge von mindestens zwei Personen). Diese Unschärfen werden im vorliegenden Bericht in Kauf genommen. Die Vergewaltigung durch Gruppen wird ab dem Berichtsjahr 2018 nicht mehr mit eigenen Schlüsseln erfasst.“

Dass die Zahlen dennoch vorliegen, ist allein der hartnäckigen Nachfrage der „Bild“-Zeitung zu verdanken, die das bei den Behörden eingefordert hatte. Es bleibt dennoch die Frage zurück, warum man angesichts eines wachsenden Kriminalitätsbereiches diesen aus der Statistik löscht, anstatt ihn aktiv zu benennen, um Ursachenforschung und Prävention möglich zu machen.

Andererseits, warum sollte die Polizei etwas beklagen, was gesellschaftlich und sogar bei den selbsternannten Hüterinnen der Frauenrechte nicht problematisiert wird? Immer wieder zeigen sich die Doppelstandards im Umgang mit muslimischen Männern, deren Frauenverachtung entweder negiert oder als kulturelle Eigenheit verniedlicht wird.

„Mut“ in Europa, Schweigen im Orient

Während zum Beispiel ein Viktor Orbán als Vertreter der Klasse des alten weißen Mannes inbrünstig und öffentlich angeprangert wird wegen Ungarns Gesetzen zu Schwulen und Lesben und sich halb Europa bei der Fußball-EM deswegen in Regenbogenfahnen hüllte, interessierte es niemanden, dass bei der Frauen-Schach-WM im Iran ein Kopftuchzwang für alle Teilnehmerinnen galt, auch für jene aus dem Westen. Exemplarisch kann an diesem Ereignis nachvollzogen werden, wie die Gleichberechtigung der Frau sich beugen musste, damit Mullahs und Sportfunktionäre ungestörte Sportfeste veranstalten konnten. Die internationalen Teilnehmerinnen hatten also die Wahl zwischen „freiwilliger“ Erniedrigung auf Anordnung iranischer Behörden oder eben zu Hause zu bleiben. Falls Sie den

Man zwingt auch in Deutschland lieber die Mädchen in ein „Ganzkörperkondom“, statt ihren Vätern, Brüdern und Onkeln zu erklären, dass ihre Familienehre gerne am Hindukusch verteidigt werden kann, aber hier das Grundgesetz und die Selbstbestimmung der Frau gelten

● Birgit Kelle ist Publizistin und schreibt u.a. für „The European“, „Die Welt“ und „Focus“. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020). www.birgit-kelle.de

Aufschrei unter den empörten Feministinnen dieser Welt nicht gehört haben, sind Sie nicht allein. Es gab nämlich keinen.

Während aktuell ein erbitterter Kampf um sogenannte „geschlechtergerechte“ Sprache mit allerlei Gendersternen entbrannt ist, der gesamte öffentlich-rechtliche Rundfunk sich in künstlichen Sprechpausen ergötzt und die ARD gar in ihren Meldungen aus Afghanistan ernsthaft von „Taliban*innen“ schrieb, hatte die deutsche Familienministerin Franziska Giffey bereits vor Jahren den Burkini als offizielle Schwimmkleidung für den Schulsport genehmigt, weil die Erreichung eines Seepferdchen-Abzeichens als wichtiger erachtet wurde als die Würde der Frau. Es sei eine „pragmatische Lösung“, ließ sie verlauten, damit die Väter die Mädchen doch zum Unterricht lassen. Man zwingt also auch in Deutschland lieber die Mädchen in ein „Ganzkörperkondom“, statt ihren Vätern, Brüdern und Onkeln zu erklären, dass ihre Familienehre gerne am Hindukusch verteidigt werden kann, aber hier das deutsche Grundgesetz und die Selbstbestimmung der Frau gelten.

Die absurde Verteidigung der islamischen Sicht auf die Frau fand ihren bisherigen traurigen Höhepunkt aber wahrscheinlich im Jugendmagazin „Fluter“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Dort ist man ernsthaft besorgt, dass sich angesichts des Zuzugs von Flüchtlingen auch die Vorurteile mehrten, Muslime unterdrückten ihre Frauen, verschleierten sie und gefährdeten damit unsere Gleichberechtigung. Ja, wie kommen die Menschen nur auf so absurde Ideen? Um solche rassistischen Irrtümer aus dem Weg zu räumen, durfte im „Fluter“ die Muslima Kohla Maryam Hübsch ausführen, dass der Prophet Mohammed trotz heftigen Widerstands die Unterdrückung der Frau zu bekämpfen versuchte und seine erste Frau Khadija eine emanzipierte, erfolgreiche Kauffrau gewesen sei. Nahezu vorbildlich führten sie also eine moderne, partnerschaftliche Ehe.

Es ist nicht überliefert, ob Mohammed auch brav den Müll rausgebracht und regelmäßig das Zelt durchgefegt hat. Unerwähnt bleiben auch die zum Teil minderjährigen Nebenfrauen des Propheten, und sicher war einfach kein Platz im Heft, um alle zu erwähnen. Gut ist stattdessen, wenn auch die deutschen Schülerinnen gleich offiziell aus staatlichem Schulmaterial lernen, wem sich die Frau von heute auf der Suche nach Emanzipation vertrauensvoll zuwenden sollte: Mohammed, dem Frauenverstehere.

Kapitulation des Gender-Feminismus

Doch was will man von einem grassierenden Gender-Feminismus erwarten, dessen US-amerikanische Ikone Judith Butler ernsthaft von der Burka als einem Symbol der Selbstermächtigung der afghanischen Frau fabuliert: „Die Burka symbolisiert, dass eine Frau bescheiden ist und ihrer Familie verbunden; aber auch, dass sie nicht von der Massenkultur ausgebeutet wird und stolz auf ihre Familie und Gemeinschaft ist“, so Butler. Die afghanischen Frauen, die im Jahr 2001 beim Einmarsch der Amerikaner das Ablegen ihrer Burka als neue Freiheit feierten, sind in der Logik von Butler gar nicht befreit worden, sondern in Wahrheit Opfer der amerikanischen „Zwangsverwestlichung“ geworden.

Wir wissen noch nicht, wie viele der afghanischen Frauenrechtlerinnen den Abzug des Westens überleben werden und wie viele der Frauen, die gerade verschleiert in den Universitäten sitzen, das als Akt der Emanzipation verstanden wissen wollen. Aber es ist für Deutschland sicher wichtig, wenn wir zukünftig unbedingt darauf achten, sehr gendersensibel von „Vergewaltiger*innen“ zu sprechen im Zusammenhang mit Gruppenvergewaltigungen, denn wir wissen schließlich nicht, mit welchem Geschlecht sich die afghanischen „Täter*innen“ dabei gerade identifizieren.

MELDUNGEN

Warnung vor Einwanderern

Genf/Bonn – Sicherheitsexperten warnen vor der Gefahr, dass der in Afghanistan aktive Ableger des Islamischen Staates (IS) die Auswanderungswelle nach der Machtübernahme der Taliban dazu nutzen könnte, Terroristen in westliche Länder einzuschleusen. David Otto vom Geneva Centre for Africa Security and Strategic Studies sagte, für den Westen bestehe ein hohes Risiko von Terrorangriffen durch Personen, die sich bei ihrer Einreise als Verbündete der Vereinigten Staaten ausgeben. Laut David besteht nach dem Kollaps der afghanischen Verwaltung die Möglichkeit, dass Menschen von Afghanistan aus mit gefälschten Identitätsdokumenten ins Ausland gehen. Dies sei einer der Gründe, warum die USA evakuierte Hilfskräfte zunächst in Drittländer unterbringen, so Otto. Jassim Mohamad, Leiter des European Centre for Counter-Terrorism and Intelligence Studies in Bonn, wies zudem darauf hin, dass es in Ländern wie Deutschland selbst einen Abschiebestopp nach Afghanistan für unter Terrorverdacht stehende Personen gibt. N.H.

Rückstand bei Glasfaser

Paris – Beim Ausbau eines weitverzweigten Glasfaser-Netzes, das durchgehend hohe Datenübertragungsraten erlaubt, hinkt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinterher. Nur fünf Prozent aller stationären Breitband-Internetanschlüsse in der Bundesrepublik hängen derzeit an Glasfaserkabeln. Unter den Mitgliedern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liegt der Durchschnitt bei 26 Prozent. Einsamer Spitzenreiter ist Südkorea mit 84 Prozent. Noch vor Deutschland rangieren Portugal mit 55 und Slowenien mit 44 Prozent. W.K.

Juden gegen Anti-AfD-Aufruf

Berlin – Der Zentralrat der Juden und weitere jüdische Vereinigungen haben dazu aufgerufen, „am 26. September eine zweifelsfrei demokratische Partei zu wählen“ und die AfD aus dem Bundestag „zu verbannen“. Sie solle dort nicht erneut „ihr Unwesen treiben“. Auf deutlichen Widerspruch stieß dies bei den „Juden in der AfD“ (JafD). Deren Bundesvorsitzender Artur Abramovych erklärte: „Die Basis in den jüdischen Gemeinden denkt völlig anders.“ Dort halte man „linken und muslimischen Antisemitismus für weitaus gefährlicher“ als etwa den „vereinzelt Missbrauch des gelben Sterns auf Coronaskeptiker-Demonstrationen“. Aus dem JafD-Vorstand hieß es, dass sich vor allem staatsfinanzierte Organisationen an dem Aufruf beteiligt hätten, unabhängige Foren wie die „Jüdische Rundschau“ oder konservative Verbände hingegen nicht vertreten seien. Die AfD sei die einzige Partei, welche die „oftmals israelfeindliche Politik“ der „etablierten Parteien“ wirklich kritisiere. E.L.



Beim Prozessauftakt vor dem OLG Dresden: Sympathisanten der Antifa fordern die Freilassung der angeklagten Pädagogikstudentin Lina E. Foto: imago images/Arvid Müller

SACHSEN

„Free Lina“

Prozess wegen linksextremer Gewalt vor dem Oberlandesgericht Dresden – Vielfältige Sympathiebekundungen für die Angeklagte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vergangenes Jahr zählten die Sicherheitsbehörden im Freistaat Sachsen 75 rechtsextreme Gewalttaten, denen 231 gleichartige Delikte gegenüberstanden, die Linksextremen zugeschrieben wurden. Vier der mutmaßlichen Täter sind die Pädagogikstudentin Lina E. sowie Lennart A., Jannis R. und Philipp Jonathan M.

Seit vorletztem Mittwoch müssen sie sich vor dem Oberlandesgericht (OLG) Dresden verantworten. Die Anklage lautet in diesem Fall unter anderem: Bildung einer kriminellen Vereinigung auf der Grundlage einer gemeinsamen militanten linksextremistischen Ideologie, gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch und räuberischer Diebstahl.

Die von Lina E. angeführte Gruppierung soll zwischen August 2018 und Sommer 2020 insgesamt 13 Personen gezielt angegriffen haben, weil sie diese der rech-

ten Szene zugeordnet habe. Bei den Angriffen wurden manche der Überfallenen durch Schläge mit Hämmern und anderen Gegenständen absichtlich lebensgefährlich verletzt. Laut Staatsanwaltschaft agierten die Vier „methodisch, professionell und entschlossen“ und bewegten sich mit ihren „staatsgefährdenden Delikten“ im „Grenzbereich zum Terrorismus“. Der Prozess in Dresden ist somit faktisch das erste große Verfahren gegen terrorverdächtige linksextreme Gewalttäter nach dem Ende der Ära der Rote Armee Fraktion (RAF).

„Staatsgefährdende Delikte“

Lina E. sitzt seit November 2020 in Untersuchungshaft und avancierte inzwischen zu einer Ikone und Märtyrerin der linken Szene. Der Schriftzug „Free Lina“ prangt nun auf Häuserwänden sowie auch auf T-Shirts, Stoffbeuteln und Socken. Und zwar keineswegs nur in der Bundesrepublik, sondern ebenso im Ausland – von Atlanta in den USA bis nach Exarchia in Griechenland. Die linksextreme Szene

in Deutschland verfügt also über weit verzweigte internationale Kontakte.

Die Unterstützer von Lina E. gehören vielfach den zahlreichen Antifa-Gruppierungen in Deutschland. Die Koordination des „Befreiungskampfes“ erfolgt durch das „Solidaritätsbündnis Antifa-Ost“. Aber auch andere Organisationen und Politiker machen sich für die Angeklagte stark. Dies zeigt beispielsweise die breite Zustimmung für die „Leipziger Erklärung“ namens „Wir sind alle LinX!“. Darin heißt es: „Wir fordern das Ende der Kriminalisierung von Antifaschismus und die Freilassung von Lina – für eine solidarische Gesellschaft!“

Zu den Unterzeichnern gehören der Allgemeine Studierendenausschuss der Goethe-Universität Frankfurt, der Bundesverband der grün-alternativen Hochschulgruppen Campusgrün und die Fridays-for-Future-Ortsgruppe Leipzig. Dazu kommen der Leipziger Grünen-Stadtrat Jürgen Kasek sowie die Linken-Politiker Jennifer Trültzsch, Kerstin Köditz, Margot Gaitzsch, Maximilian Becker,

Stefanie Mackies und Juliane Nagel. Letztere beklagte gegenüber den Medien, dass der Fall Lina E. „ziemlich hochstilisiert wurde“.

„Grenzbereich zum Terrorismus“

Viel Verständnis demonstrieren des Weiteren einige Journalisten wie Christian Fuchs vom Wochenblatt „Die Zeit“ und Matthias Lohr von der Kasseler „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen“ („HNA“). In deren Beiträgen wird Lina E. recht wohlwollend porträtiert und suggeriert, die sächsische Justiz stempele die „unscheinbare“ junge Frau, welche sich „während des Studiums mit Rechtsextremismus auseinandersetzte“, zu Unrecht als Linksterroristin ab. Dabei bleibt in aller Regel unerwähnt, dass der Beschuldigte Lennart A. von Juni bis September 2019 Zahlungen des Netzwerkes für Demokratie und Courage erhielt, das wiederum aus dem Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Geld bezog.

Aufschlussreich ist darüber hinaus der Spendenaufruf von Feine Sahne Fischfilet zugunsten von Lina E. Die Band wurde vom Verfassungsschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zwar zeitweise selbst als linksextrem eingestuft, aber in der Vergangenheit vom damaligen Bundesjustizminister Heiko Maas und dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (beide SPD) gelobt beziehungsweise unterstützt.

ENERGIEWENDE

Tankstellen müssen ab Oktober für E-Autos werben

Beim Tanken werden Kunden mit hinkenden Verbrauchskostenvergleichen konfrontiert

Nach einer bereits im Frühjahr beschlossenen Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes kommt auf Tankstellenbetreiber ab Oktober die Pflicht zu, Autonutzer einen Energiekostenvergleich zur Verfügung zu stellen. Entweder per Aushang oder durch eine elektronische Anzeige sollen sie dann angeben, welche Tankkosten pro 100 Kilometer den Autonutzern entstehen, wenn sie Benzin, Diesel, Erdgas, Autogas oder Wasserstoff tanken oder aber für ihr E-Auto Strom laden. Die Daten für diesen Preisvergleich stellt das Bundeswirtschaftsministerium bereit.

Aktualisierungen sind vierteljährlich vorgesehen. Wenige Wochen vor dem Anlaufen des Vorhabens erhebt der Mineralölwirtschaftsverband nun aber den Vorwurf, dass vom Bundeswirtschaftsministerium die Energiekosten für Elektrofahrzeuge schöngerechnet werden. Christian Küchen, der Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbandes, sagte gegenüber der „Welt am Sonntag“: „Der Preisvergleich ist richtig, aber es fehlt die

Information, dass bei E-Fahrzeugen der durchschnittliche Haushaltsstrompreis zugrunde gelegt ist.“

Tatsächlich liegen die Kosten an öffentlichen Ladesäulen erheblich über dem Strompreis für private Haushalte. Diese wiederum sind in keinem anderen EU-Mitgliedsstaat so hoch wie in Deutschland. Im Jahr 2020 zahlten deutsche Privathaushalte für eine Kilowattstunde Strom im Durchschnitt 31,81 Cent. Die Betreiber von Ladesäulen für E-Autos langen allerdings noch kräftiger zu. Autofahrer, die ihr E-Fahrzeug nicht an der eigenen Ladestation zum Haushaltstarif laden können, müssen an öffentlichen Ladesäulen häufig zwischen 50 und 70 Cent je Kilowattstunde berappen. Einige Anbieter verlangen an Schnellladestationen sogar Preise, die über einem Euro pro Kilowattstunde liegen.

Der Mitteldeutsche Rundfunk ging in einer Reportage im März sogar der Frage nach, ob die Fahrer von E-Autos an Ladesäulen nicht regelrecht abgezockt werden.

Ein befragter Fahrer eines Hybrid-Fahrzeugs beklagte in dem Bericht, dass ihn das Fahren mit Strom pro 100 Kilometer über 14 Euro mehr koste, wenn er den Wagen

nicht an die heimische Ladestation anschließen könne, sondern öffentliche Ladesäulen nutzen müsse. Zudem wies der Mann auch auf intransparente Preise bei der Abrechnung hin: „Sie haben an keiner Ladesäule einen effektiven Endpreis.“ Als die Reporter mit verschiedenen Automodellen einen Selbsttest unternahmen, schnitten Dieselaautos und sogar Benziner bei den Verbrauchskosten auf 100 Kilometer viel günstiger ab als E-Autos, die an öffentlichen Ladesäulen geladen wurden.

Dieser Preisvorteil könnte allerdings schon bald schrumpfen. Klaus Müller, der Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, wies vor Kurzem auf die Möglichkeit eines Benzinpreis-Schocks hin. Im ZDF-Morgenmagazin sagte Deutschlands oberster Verbraucherschützer, er halte einen Anstieg des Benzinpreises auf zwei Euro pro Liter im Jahr 2022 für „absolut“ möglich. Zur Begründung verwies Müller auf Effekte am Markt und auf die klimapolitischen Beschlüsse der Bundesregierung. Hermann Müller

„Der Preisvergleich ist richtig, aber es fehlt die Information, dass bei E-Fahrzeugen der durchschnittliche Haushaltsstrompreis zugrunde gelegt ist“

Christian Küchen
Hauptgeschäftsführer des
Mineralölwirtschaftsverbandes

BRANDENBURG

„Schrottplatz der Energiewende“

Der oft unvermeidliche Rückbau alter Windkraftanlagen beschert Betreibern gewaltige finanzielle Lasten

VON NORMAN HANERT

Als die rot-grüne Bundesregierung zur Jahrtausendwende das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf den Weg brachte, wurde dies als Antriebsfinanzierung für die Branche der „grünen“ Energieversorgung gefeiert. Nach 20 Jahren Betriebsdauer verlieren jetzt immer mehr Windkraftanlagen und Solarparks ihren Förderanspruch. Nun zeigt sich aber: Die Erwartung, dass die Anlagen nach dem „Anschub“ aus eigener Kraft finanziell überleben können, könnte enttäuscht werden. Ohne Förderung sind viele dieser Anlagen offenbar nicht rentabel weiterzubetreiben.

Besonders stark betroffen ist das Land Brandenburg. Bereits im Frühjahr wiesen die Landesgruppen des Verbands kommunaler Unternehmen und des Bundesverbands Windenergie darauf hin, dass fast die Hälfte aller Windräder in der Region in den nächsten fünf Jahren vom Auslaufen der Förderung betroffen sein wird. Demnach fallen bis Ende des Jahres 2025 in der Mark 1760 Anlagen aus der Förderung heraus. Also rund jede zweite der insgesamt 3900 Anlagen, die derzeit in Brandenburg stehen.

Förderung läuft nach 20 Jahren aus

Ob sich die Anlagen nach Auslaufen der EEG-Förderung für die Betreiber noch rechnen, hängt von mehreren Faktoren ab. Nach 20 Jahren müssen oftmals auch die Verträge für die Grundstückspacht verlängert werden. Zu spüren bekommen die Anlagenbetreiber dann, dass die Bodenpreise in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch die Decke gegangen sind. Zu den Belastungen durch die Pacht kommen noch weitere Fixkosten wie Versicherung und Wartung.

Nach 20 Jahren Betriebsdauer müssen die Windräder zudem einer umfassenden technischen Prüfung unterzogen werden, die hohe Kosten verursacht. Fallen dann auch noch größere Reparaturen an, rechnet sich der Weiterbetrieb der Anlagen noch weniger.

Wie der Sender RBB berichtet, ist beim Umweltministerium in Potsdam bereits im vergangenen Jahr die Stilllegung von 429 Anlagen angezeigt worden. Im Jahr 2020 wurden in Brandenburg 43 An-



Die Hälfte bald ohne Förderung: Abriss einer Windkraftanlage beim brandenburgischen Luckau

Foto: imago/Rainer Weisflog

lagen abgebaut. Bundesweit ist das der höchste Wert. In der Entwicklung spiegelt sich wider, dass nach der Jahrtausendwende, gleich nach Einführung der EEG-Förderung, in Brandenburg sehr viele Windräder aufgestellt wurden. Neben Niedersachsen und Schleswig-Holstein gehört Brandenburg bundesweit zu den wichtigsten Produzenten von Windenergie an Land.

Damit kommt der Mark nun aber auch eine Vorreiterrolle im Umgang mit den Altanlagen zu. Für die Betreiber der Windräder besteht nämlich eine Rückbauverpflichtung. Wie aus einer Antwort der brandenburgischen Landesregierung aus dem Jahr 2014 hervorgeht, umfasst diese Pflicht eine vollständige Beseitigung der Windkraftanlagen, inklusive der Nebenanlagen, Leitungen und Wege. Ein Verbleib von Fundamenten im Erdreich sei „grundsätzlich unzulässig“.

Damit kommen auf die Betreiber von Windkraftanlagen erhebliche Kosten zu. Offen ist, ob alle Betreiber von Altanlagen diese Kosten auch stemmen können und

wollen. Eine bundesweite Regelung zu Sicherheitsleistungen, um den Rückbau durch die Betreiber auch tatsächlich zu garantieren, fehlt. Stattdessen haben die Bundesländer unterschiedliche Regelungen getroffen. Brandenburg hat sich bei der Höhe der Sicherheitsleistungen in der Vergangenheit an den Rohbaukosten der Windkraftanlagen orientiert. „Grundsätzlich sind bei der Ermittlung der Rückbaukosten zehn Prozent der Rohbaukosten anzusetzen“, so die entsprechende Vorgabe in der Verwaltungsvorschrift zur Bauordnung.

Kosten für Land und Bau explodiert

Als „fiktive Rohbausumme“ wurden in der Verwaltungsvorschrift 40 Prozent der Herstellungskosten angesetzt. Die auf Brandenburg zurollende Rückbauwelle bei Windkraftanlagen wird zeigen, wie realistisch diese Kalkulation war. Wie bei den Bodenpreisen haben nämlich auch die Preise im Baugewerbe kräftig zugelegt. Die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler machte überdies darauf aufmerk-

sam, dass es zwar eine Rückbauverpflichtung gebe, allerdings keine Sanktionen, falls die Anlagenbetreiber dieser Verpflichtung nicht nachkommen.

Christine Wernicke, Parlamentarische Geschäftsführerin von BVB/Freie Wähler im Brandenburger Landtag, schlug eine Frist von drei Jahren vor, innerhalb welcher der Rückbau abgeschlossen werden müsse. Zudem äußerte Wernicke Zweifel, ob die gesetzliche Pflicht zum vollständigen Rückbau in der Praxis überhaupt umgesetzt werden kann. „Die Fundamente eines Teils der Anlagen sind tief in die Erde hineingebaut. Dort wurden Grundwasseradern zerstört“, so die Diplomagraringenieurin.

Kathi Muxel, die forstpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion, warnte angesichts der drohenden Rückbaukosten bei Windkraftanlagen vor der Gefahr, dass am Ende erneut die Steuerzahler einspringen müssen. Andernfalls könnte die Mark Brandenburg zum „Schrottplatz der Energiewende“ werden, so die Landtagsabgeordnete gegenüber der PAZ.

WOHNUNGSNOT

Berlin als Sozialstation für Osteuropa

Senatorin will festen Anteil von Neuvermietungen für Obdachlose reservieren – Magneteffekt befürchtet

Nur wenige Wochen, bevor in der Stadt die Wahlperiode endet, hat Berlins Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) einen Plan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 vorgelegt. Leitmotiv der Wohnungslosenpolitik für die 2020er Jahre ist aus Sicht der Senatorin der Grundsatz „Zuerst eine Wohnung!“. Um Zwangsrumräumungen zu verhindern, setzt Breitenbach neben Verhandlungen mit Vermietern auch auf die Übernahme von Mietschulden durch das Land.

Für viel Aufmerksamkeit sorgte Breitenbachs Überlegung, bei den städtischen Wohnungsgesellschaften künftig zehn Prozent aller Neuvermietungen für Wohnungslose zu reservieren. Dies würde pro Jahr immerhin etwa 2000 Wohnungen betreffen. Die Sozialsenatorin sagte zur Begründung: „Wir mussten feststellen,

dass die Angebote der Wohnungslosenhilfe nicht immer bei den Menschen ankommen, die sie dringend brauchen.“ Zudem verwies sie auch auf die Kosten der bisherigen Hilfsangebote. Jährlich gibt Berlin rund 338 Millionen Euro für die Unterbringung von Obdachlosen aus. „Das bisherige System ist zu teuer, das Geld kann man besser einsetzen“, so die Senatorin.

Breitenbachs Anspruch, mit ihrem Konzept in der Hauptstadt bis zum Jahr 2030 die Obdachlosigkeit zu überwinden, wird sehr schwierig umzusetzen sein. Die Quotenregelung zur Belegung von Wohnungen kann schnell dazu führen, dass der Zustrom Anspruchsberechtigter nie abreißt und sogar immer größer wird.

Schon jetzt hat sich die deutsche Hauptstadt nämlich zu einem Magneten für osteuropäische Obdachlose entwickelt. Die Aussicht, eine Wohnung bei ei-

nem der kommunalen Vermieter zugeteilt zu bekommen, kann diese Entwicklung noch massiv verstärken. Eine offizielle Zählung der Sozialverwaltung vom Januar 2019 ergab die Zahl von lediglich 2000 Obdachlosen in Berlin. Schätzungen von Hilfsorganisationen schwanken dagegen zwischen 4000 und 10.000. Die Caritas geht davon aus, dass weit über die Hälfte von ihnen aus Osteuropa stammt. Viele von ihnen sind ganz legal aus EU-Ländern nach Berlin gekommen.

Illegale Zeltlager breiten sich aus

Herkunftsländer sind in vielen Fällen Polen, Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten. Zum einen hat sich Berlin zu einem Magneten für Menschen entwickelt, die bereits in ihren Heimatländern obdachlos waren. Bei einem Teil der Obdachlosen handelte es sich aber auch um

Osteuropäer, die zur Arbeitssuche nach Deutschland gekommen und dabei gescheitert sind. Im öffentlichen Raum Berlins fallen häufig stark alkoholisierte polnische Obdachlose auf. Stephan von Dassel, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, hatte bereits 2017 von Problemen „mit aggressiven Obdachlosen aus Mittel- und Osteuropa“ in seinem Bezirk gesprochen und vorgeschlagen, besonders aggressive Personen in ihre Heimatländer abzuschicken.

Der Grünen-Lokalpolitiker sah sich daraufhin mit Rassismuskritik konfrontiert. Zum weiteren Dauerproblem haben sich Zeltlager osteuropäischer Wanderarbeiter entwickelt. Insbesondere Obdachlose vom Balkan versuchen immer wieder, auf Brachflächen oder in Parkanlagen wie dem Tiergarten, illegale Zeltlager zu etablieren. Hermann Müller

KOLUMNE

Wie üblich ...

VON VERA LENGSELD

Corona hin – Klimaerwärmung her, in der Hauptstadt gibt es nichts Neues. Nach einem kalten, buchstäblich ins Wasser gefallenen Sommer freuten sich die Berliner über ein paar warme Altweibersommertage (darf man die noch so nennen, oder ist das schon Diskriminierung?). Aber damit sie sich nicht zu sehr entspannten, wurde wieder Panik geschürt, auch wenn die Meldung, in Berlin hätte es erneut den wärmsten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gegeben, noch so unglaublich klingt.

Beim Festival of Lights waren Tausende unterwegs, um die Illumination des August-Bebel-Platzes, des Doms und des Brandenburger Tors zu sehen. Alles ohne Maske und Abstand. Man musste sich förmlich durch die Entgegenkommenden schieben. Nur im Schlüterhof des Schlosses war es ruhiger, obwohl auch da eine Lichterschau geboten wurde. Am Anfang des Festivals stand der sogenannte Earth Day, an dem in klimabewussten Städten mindestens für eine Stunde das Licht abgeschaltet werden sollte, um auf die Lichtverschmutzung aufmerksam zu machen. Das bekamen aber nur Kinobesucher mit, die im Vorprogramm ein Werbefilmchen sehen mussten. Die Berliner Politik bekommt nicht einmal eine ordentliche Terminkoordination hin. Da der Earth Day ein festgelegtes Datum hat, hätte man das Festival um eine Woche verschieben müssen.

Die Berliner Polizei, die brutal gegen Demonstranten vorgeht, die ihren Unmut über die Corona-Politik der Regierung kundtun wollen, bringt es nach wie vor nicht fertig, die illegalen Partys in den Parks und Grünanlagen in den Griff zu kriegen, die nicht nur maskenlos stattfinden, sondern kräftig für Müll- und Lärmverschmutzung sorgen. Nur der Mauerpark wurde einmal erfolgreich geräumt, weil die Anwohner nicht mehr in den Schlaf kamen. Die dabei verletzten Polizeibeamten sind inzwischen nicht mehr erwähnenswerter Alltag. Trotz häufiger Polizeieinsätze soll der Mauerpark aber in der Nacht unbedingt offen bleiben. Für den SPD-Innensenator stellen „Feiern“ offenbar keine Gefahr für die Volksgesundheit dar. Dieses Privileg gehört den Querdenkern. In Berlin geht alles seinen üblichen Gang.

MELDUNG

Die „Linden“ autofrei?

Berlin – Kurz vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus will die grüne Verkehrssenatorin Regine Günther noch Fakten schaffen. Der Boulevard Unter den Linden soll neben der Bus- noch eine Fahrradspur bekommen. Eventuell will sie die Autofahrer ganz von dort vertreiben. Über die Ausgestaltung soll es eine Bürgerbeteiligung geben, die aber nur über das Ausmaß der Umgestaltung entscheiden soll. Die Oppositionsparteien CDU, AfD und FDP üben scharfe Kritik an Günther. CDU-Landeschef Kai Wegner: „Ich halte es für unverantwortlich, kurz vor der Wahl und ohne Beteiligung der Anlieger einfache Fakten zu schaffen ... Die historische Mitte Berlins ohne die Berliner umzugestalten, lehne ich ab.“ Aus der FDP hieß es: „Wieder scheint der Radverkehr im Mittelpunkt zu stehen, wieder auch zulasten des ÖPNV und des Fußverkehrs.“ F.B.

● MELDUNGEN

Ankläger
und Täter?

Ankara – Ende Juli behauptete der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, die verheerenden Waldbrände in einigen Teilen seines Landes seien das Werk der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Nun mehrten sich allerdings die Hinweise darauf, dass viele der Feuer vom türkischen Militär im Zuge von Maßnahmen zur „Aufstandsbekämpfung“ in Kurdistan entfacht wurden. So löste ein Beschuss aus Kampfflugzeugen und Hubschraubern einen großen Waldbrand in der Region von Omerya in der Provinz Mardin an der Grenze zu Syrien aus. Obwohl ein Übergreifen auf bewohnte Ortschaften drohte, durften weder die Feuerwehr noch die örtliche Bevölkerung den Brand löschen. Begründet wurde dieses staatliche Verbot mit „Sicherheitsgründen“. Ganz ähnliche Vorfälle gab es kurdischen Medien zufolge in dem Gebiet rund um Xozat in der Provinz Tunceli sowie in den Landkreisen Tillo und Pervari der südwestanatolischen Provinz Siirt. W.K.

Rückgang
der Geburten

Mailand – Analysen der Geburtenraten in 22 hochentwickelten Industrieländern durch Wissenschaftler der privaten Università Commerciale Luigi Bocconi in Mailand unter der Leitung des norwegischen Soziologen und Politologen Arnstein Aassve haben ergeben, dass es vor allem in Ungarn, Italien, Spanien und Portugal, aber auch in drei weiteren Staaten während des ersten Jahres der Corona-Pandemie zu einem deutlichen Rückgang der Geburtenzahlen gekommen ist. In den anderen Ländern stagnierte die Zahl der neugeborenen Kinder. Dass es nirgendwo zu dem erwarteten Babyboom kam, führt Aassve auf eine starke Verunsicherung vieler Menschen und eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage zurück. Das wog offenkundig schwerer als Lockdown-bedingte Langeweile. W.K.

Südafrika will
keine Afghanen

Pretoria – Nach dem verlorenen Krieg in Afghanistan suchen die Vereinigten Staaten nach Ländern, die ihre vormaligen dortigen Helfer aufnehmen. Die Republik Südafrika weigert sich entsprechende Personen aufzunehmen. Die Regierung in Pretoria teilte mit: „Südafrika beherbergt bereits eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen und ist damit beschäftigt, auf deren Bedürfnisse einzugehen. Die meisten profitieren schon von sozialen Hilfen und den kostenlosen Gesundheitsprogrammen, die unser Land anbietet.“ Von einer Öffnung der Grenzen Südafrikas will dessen Regierung nichts wissen. Südafrika verweist darauf, dass nach internationalem Recht für Flüchtlinge im ersten Ankunftsland gesorgt werden muss. Das wäre in diesem Falle vor allem Pakistan. Pakistan gewährt bereits etwa 1,5 Millionen Afghanen Zuflucht. Im Iran sind 780.000 Afghanen untergekommen. Die Vereinten Nationen rechnen bis zum Jahresende mit bis zu einer halben Million Menschen, die Afghanistan verlassen wollen. F.B.

ZUWANDERUNG I

Griechischer Schutzschild

Athen führt schärferes Gesetz gegen illegale Einwanderung ein – Maßnahmen gegen NGOs inbegriffen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Griechenland gehört seit 2015 zu den wichtigsten Einfalls-toren für die illegale Einwanderung nach Europa. Diesen Zustand will die christdemokratische Regierungspartei Nea Dimokratia nun beenden. Sie sieht sich dabei nach Aussage von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis als „Verteidiger des Vaterlandes“ und „Schutzschild Griechenlands“.

Ein Meilenstein auf dem Wege der Bekämpfung der illegalen Immigration soll das neue Zuwanderungsgesetz sein, welches der Minister für Migration und Asylfragen, Panagiotis Mitarachi, dem Parlament in Athen am 3. September zur Abstimmung vorlegte und das dann auch aufgrund der Stimmenmehrheit der Nea Dimokratia verabschiedet wurde.

Es beinhaltet folgende Hauptregelungen: Zum Ersten ist nun möglich, Asylgesuche abzulehnen, wenn der Antragsteller die nationale Sicherheit der Hellenischen Republik gefährdet oder eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellt. Zum Zwei-

ten müssen sich angebliche Opfer von Folter, Vergewaltigung und ähnlichen Delikten künftig ärztlichen Untersuchungen unterziehen. Zum Dritten will man fortan den „missbräuchlichen“ Einsatz von Rechtsmitteln durch abgelehnte und somit abzuschiebende Asylbewerber verhindern. Und zum Vierten besagt der Artikel 40 des Gesetzes, dass Nichtregierungsorganisationen (NGO), welche angeblich „Seenotrettung“ betreiben und so zahlreiche illegale Immigranten ins Land bringen, nur noch auf Anweisung der griechischen Behörden tätig werden dürfen.

Kampf gegen Schlepperunwesen

Das heißt in der Praxis, dass die NGOs in die lokalen Notfallpläne der Küstenwache zu integrieren sind. Eigenständige Rettungsaktionen gelten damit als verboten, es sei denn der Einsatz der Küstenwache ist objektiv unmöglich und die zuständigen Behörden haben den NGOs deshalb freie Hand erteilt. Wie wichtig der Regierung in Athen letztere Regelung ist, zeigen die vorgesehenen Strafen für Zuwandererhandlungen: Es drohen in diesem Falle

bis zu drei Jahre Haft. Dazu kommen Geldbußen für die NGOs und jeden einzelnen Mitwirkenden vor Ort.

Allerdings agieren die Nichtregierungsorganisationen, deren Aktivitäten sich in der Grauzone zwischen echter Seenotrettung und Unterstützung des Schlepperunwesens bewegen, in der Ägäis neuerdings recht vorsichtig. Statt selbst zu handeln, beobachten sie das Geschehen auf dem Wasser, um dann den Booten mit illegalen Immigranten aus der Ferne Hinweise zu geben, wie sie ungehindert

griechisches Territorium erreichen können. Ob das Gesetz in solchen Fällen ebenfalls Verurteilungen erlaubt, muss sich erst noch in der juristischen Praxis erweisen.

Obwohl die Neuregelungen zum Thema Immigration keineswegs nur auf Restriktionen hinauslaufen, sondern auch bessere Bedingungen für qualifizierte Einwanderer schaffen, welche der griechischen Gesellschaft Nutzen versprechen, kritisierte die Opposition das Gesetz aufs Heftigste.

Dabei kündigte der Abgeordnete des radikalen Linksbündnisses Syriza, Jorgos Psychojos, im Vorfeld der parlamentarischen Abstimmung sogar an: „Damit es eine moderne demokratische Gesellschaft geben kann, wie wir sie uns vorstellen, sagen wir ... heute, dass wir das zurücknehmen werden, wir werden es neu formulieren, wir werden es abschaffen, wenn wir an die Macht kommen.“

Kritiker treten auf den Plan

Sein Parteigenosse Nikolaos Voutsis wiederum, welcher in der Vergangenheit schon einmal als Innenminister fungiert hatte, verglich Mitsotakis mit dem früheren italienischen Innenminister Matteo Salvini, der mit seiner Politik der Abschottung gescheitert sei. Und der sozialdemokratische Abgeordnete Jorgos Kaminis von der Kinima Allagis (KINAL) bezeichnete das Gesetz schließlich noch als Irreführung der Wähler.

Rückendeckung erhielten die Kritiker des Kurses von Mitsotakis und Mitarachi vom Europarat, der sich auch als führende humanitäre Organisation auf unserem Kontinent versteht. Dessen Menschenrechtskommissarin Dunja Mijatović aus Bosnien-Herzegowina insistierte kurz vor der Abstimmung in Athen: „Das griechische Parlament sollte einen derzeit diskutierten Gesetzentwurf überdenken, der die lebensrettende Arbeit von NGOs auf See und ihre Möglichkeiten zur Überwachung der Menschenrechte ernsthaft behindern würde.“

Mitsotakis konterte dies allerdings mit dem Verweis darauf, dass wirkliche Flüchtlinge, welche direkt aus einer Region kämen, in der ihr Leben oder ihre Freiheit unmittelbar bedroht seien, ungehindert nach Griechenland einreisen könnten, danach aber unverzüglich triftige Gründe für ihre Anwesenheit zu nennen hätten – so wie dies die Genfer Flüchtlingskonvention vorsehe.

Eigenständige
„Rettungsaktionen“
von Nichtregierungs-
organisationen in
der Ägäis gelten
damit als verboten



Strenge Grenzkontrollen: Griechenland will wie hier an der Grenze zur Türkei bei Kastanies illegale Einwanderung verhindern

ZUWANDERUNG II

Ausnahmezustand an der Grenze

Polen reagiert rigoros gegen das Einschleusen von Irakern und Afrikanern aus Weißrussland

Ende Mai hatte der weißrussische Diktator Lukaschenko als Reaktion zum EU-Boycott gegen sein Land Tausende von Irakern und Afrikanern mit Freiflügen nach Belarus gelockt, um sie in den Westen weiterzuschleusen. Zunächst war Litauen das Hauptziel, doch nachdem dort die Grenzanlagen verbessert wurden, strömen seit einigen Wochen Tausende über die weitaus längere und noch nicht so gut bewachte Grenze nach Polen.

Das Muster zum Einsatz von Immigranten als politisches Druckmittel hatte der türkische Präsident Erdogan 2019 geliefert, als er nach einem Streit mit der EU die Grenzen seines Landes mit der EU für offen erklärte. Dass man Grenzen schützen und schließen kann, beweist gerade

Polen. Dort werden Asylsucher, die an der Grenze beim illegalen Übertritt erwischt werden, einfach festgehalten, bis sie sich wieder zurückbewegen, woher sie kamen, nämlich nach Belarus. Wenn sie daran allerdings von weißrussischen Grenzbeamten gehindert werden, wie jetzt verschiedentlich geschehen, kann es sein, dass an einigen Stellen bereits seit zwei Wochen illegale im Niemandsland kampieren. Polen hat wegen dieser menschenunwürdigen Behandlung in Weißrussland bereits den Weltsicherheitsrat und das UN-Flüchtlingshilfswerk angerufen.

Grenzen können geschützt werden

Entlang seiner östlichen Grenze mit Weißrussland hat Polen jetzt auch den

Ausnahmezustand erklärt, weshalb eine drei Kilometer breite Sperrzone eingerichtet wurde. Dies ist das erste Mal seit der demokratischen Wende von 1989, dass Polen diesen Ausnahmezustand verhängt hat. Der Ausnahmezustand soll laut Innenminister Mariusz Kaminski für 30 Tage in einem „engen Streifen“ entlang der Grenze gelten und 183 Ortschaften betreffen. Die bürgerlichen Rechte würden dort für diese Zeit eingeschränkt. Weder Demonstrationen noch andere Aktionen sind erlaubt.

Nach Angaben von Kaminski haben allein im August mehr als 3000 Menschen versucht, illegal über die polnisch-weißrussische Grenze zu gelangen. Polen hat zudem begonnen, ebenso wie Litauen, an

der 418 Kilometer langen Grenze zu Weißrussland einen 2,5 Meter hohen Zaun zu bauen. Die EU hat dazu ihre Genehmigung und Unterstützung erteilt. Weißrussland antwortet derweil mit verstärkter Aufrüstung, und Lukaschenko sprach sogar von Krieg.

Polen und die baltischen Staaten gehören zu den Verweigererstaaten innerhalb der EU, die sich seit 2015 weigern, ihren Anteil am Gesamtaufkommen von Asylsuchern an den EU-Außengrenzen aufzunehmen. Jetzt beweisen sie, dass die damalige Massenimmigration bei entsprechendem politischen Willen durch Grenzsicherung hätte verhindert werden können. Kanzlerin Angela Merkel wollte dies damals bekanntlich nicht. Bodo Bost

VON ROBERT MÜHLBAUER

Die Grünen nehmen den Mund sehr voll, wenn es um ihr Klimaschutz-Programm geht. Nur sie seien in der Lage, von Deutschland aus das Weltklima zu retten. Im Wahlprogramm fordert Annalena Baerbocks Partei einen hohen Mindestpreis für Kohlendioxid-(CO₂)-Emissionen von Industrie und Kraftwerken. Und sie wollen sehr viele Windräder und Solaranlagen aufbauen, die mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiter finanziell gefördert werden.

Doch eine wissenschaftliche Analyse des Grünen-Programms kommt zu einem vernichtenden Schluss: Die Grünen würden viele Milliarden sinnlos verpulvern, ohne dass es eine nennenswerte positive Klimaschutzwirkung hätte. Es würden wenig Emissionen eingespart, trotz eines zweistelligen Milliardenumsatzes pro Jahr, heißt es in einem Gutachten des Energiepolitikexperten Manuel Frondel vom RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

„Mit dem nationalen EEG-Ausbau werden zu immens hohen Kosten zwar CO₂-Einsparungen in Deutschland erzielt, doch wegen des Wasserbetteffektes sinkt der CO₂-Ausstoß im übrigen Europa nicht schneller – der europäische Einsparereffekt von CO₂ bleibt mit dem Programm der Grünen de facto null“, erklärt Frondel. Ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien mit der teuren EEG-Förderung und staatlichen Vorgaben für regionale Ausbaumengen sowie Quoten und Vorschriften für staatlich festgelegte Technologien erzeugen „unnötig hohe Kosten, bringen aber keinen ökologischen Gewinn“, so das vernichtende Fazit in dem Gutachten des RWI-Forschers, das er im Auftrag des Verbands Die Familienunternehmer erstellt hat. Der Verbandsvorsitzende Reinhold von Eben-Worlée kritisiert die Grünen hart: „Viel Geld für nichts.“ Die Grünen würden einen effizienten Klimaschutz sogar torpedieren und gut bezahlte Arbeitsplätze aus dem Land treiben, warnt der Verbandschef.

Um zu verstehen, warum der Wissenschaftler den von den Grünen geforderten nationalen Mindestpreis von vorerst 60 Euro je Tonne Kohlendioxid (CO₂) und weitere subventionierte EEG-Windkraft- und Solaranlagen in Deutschland für sinnlos und wirkungslos hält, muss man die Funktionsweise des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS) kennen, das seit 2005 in Kraft ist. Seitdem wird jeweils für einige Jahre eine Obergrenze an CO₂-Emissionen gesetzt. Kraftwerksbetreiber und Industrieunternehmen



Grüner Wahlkampfschlager: Robert Habeck und Annalena Baerbock (M.) stehen hinter ihrer teuren, aber nutzlosen Klimapolitik

ENERGIEPOLITIK

Teures grünes Klima

Vernichtende Kritik am Wahlprogramm der Baerbock-Partei: Wissenschaftler sieht Null-Wirkung trotz hoher Kosten

müssen für Zertifikate zahlen, wenn sie CO₂ in die Luft ausstoßen. Die Preise für die Zertifikate waren in dem Handelssystem lange Zeit recht niedrig, sind aber seit einiger Zeit stark gestiegen, Richtung 60 Euro, nachdem die erlaubte Höchstmenge der CO₂-Ausstoßrechte verknappert wurde und die Wirtschaft mehr benötigt.

Deutlich teurer als „eine Kugel Eis“

Wenn die Grünen nun fordern, dass für Deutschland ein besonders hoher Preis gilt, dann würde hierzulande weniger CO₂ ausgestoßen, weil er zu teuer wird. Dafür sinkt im übrigen Europa der Preis, weil weniger Zertifikate in Deutschland verbraucht werden. Daher können Industrien in anderen Ländern billiger zugreifen und mehr CO₂ ausstoßen. In der Summe bleibt die CO₂-Menge genau gleich. Das ist es, was Frondel mit „Wasserbett-Effekt“ bezeichnet. Drückt man bei einem

Wasserbett auf einer Stelle runter, verlagert sich das Wasser nur.

Das Grünen-Programm mit einem nationalen Alleingang, einem teuren Ausbau von EEG-Anlagen und höheren Zertifikatpreisen würde zwar hierzulande Strom und Industrieproduktion teurer machen, aber null Klimaschutzwirkung entfalten. Alles was sie bewirken, ist die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland.

Eben-Worlée nennt es „das Kardinalproblem der Grünen“, dass sie den gut funktionierenden Europäischen Emissionshandel, der bisher alle seine Klimaziele erreicht hat, mit teuren und unwirksamen nationalen Instrumenten vermenigen. Tatsächlich hat die deutsche Energiepolitik mit dem EEG zwar einen schnellen Ausbau von Wind- und Solaranlagen bewirkt, doch sind die Kosten für die CO₂-Minderung sehr viel höher als notwendig. Das kritisieren auch namhafte Energie-

ökonomien wie der Ex-Monopolkommissionschef Justus Haucap von der Universität Düsseldorf oder Joachim Weimann von der Universität Magdeburg.

Haucap nennt den in den 16 Merkel-Jahren fortgeführten EEG-Weg einen „klimapolitischen Irrweg“, der zu immensen Kosten fast keine zusätzliche Klimaschutzwirkung habe. In den 20 Jahren seines Bestehens hat das von Rot-Grün eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz die Stromverbraucher rund 620 Milliarden Euro gekostet, so hoch sind die bisherigen und schon versprochenen Einspeisevergütung. Umweltschutzminister Jürgen Trittin, eine treibende Kraft für das Gesetz, sprach damals davon, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien jeden Haushalt nur so viel wie „eine Kugel Eis“ pro Monat kosten würden. Tatsächlich ist die jährliche Rechnung pro Haushalt auf 300 bis 400 Euro gestiegen.

MELDUNGEN

Bangen um Filmstandort

Potsdam – Ein möglicher Besitzerwechsel bei der Studio Babelsberg AG hat in Brandenburgs Landeshauptstadt Befürchtungen um die Zukunft des Filmstandorts Potsdam-Babelsbergs geweckt. Wie Studiochef Carl Woebcken bestätigte, laufen mit einem europäischen Investor Verhandlungen über einen Kauf des Unternehmens. In einem Pressebericht war zuvor von einem US-Fonds als potenziellem Käufer die Rede gewesen. Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) äußerte die Erwartung, dass der Studio-Standort Babelsberg und die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Rund um das traditionsreiche Studiogelände sind bereits mehrere Immobilienprojekte geplant. Dies hat zu Spekulationen geführt, wonach ein Käufer der Studio Babelsberg AG möglicherweise gar nicht das Studiogeschäft fortführen werde, sondern auf dem Gelände hochwertige Wohnungen oder Büros bauen wolle. N.H.

Arbeitspflicht für Tausende

Kopenhagen – Dänemarks sozialdemokratisch geführte Regierung will Arbeitslosen mit „Integrationsbedarf“ nur noch staatliche Hilfen zahlen, wenn sie in der Woche mindestens 37 Stunden einer Beschäftigung nachgehen. Bei der Vorstellung des Plans sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen: „Zu viele Jahre lang haben wir Menschen einen schlechten Dienst erwiesen, indem wir nichts von ihnen verlangt haben.“ Die Arbeitspflicht ist zunächst nur für Personen vorgesehen, die seit drei bis vier Jahren von staatlichen Leistungen leben und denen es an Schulbildung und Dänischkenntnissen mangelt. Sollte der Reformplan vom Parlament bestätigt werden, würde die Arbeitspflicht für etwa 20.000 Menschen gelten. Die dänische Regierung verwies im Zusammenhang mit den Reformplänen auch auf die niedrige Erwerbstätigenquote bei Frauen aus dem Nahen Osten, Nordafrika und der Türkei. N.H.

RAUMFAHRT

Außerirdische Müllhalde

Elon Musks Starlink-Satelliten erhöhen die Kollisionsgefahr im All erheblich

Mit dem Satellitennetzwerk Starlink will das US-Raumfahrtunternehmen SpaceX, dessen Gründer, Haupteigentümer und Chef der US-Milliardär Elon Musk ist, das Internet in praktisch jeden Winkel der Erde bringen. Dazu hat es seit Mai 2019 bereits über anderthalbtausend Satelliten gestartet – und bis 2027 könnten möglicherweise noch weitere 40.000 folgen. Das erhöht die Gefahr von Kollisionen im All, die bereits jetzt beträchtliche Ausmaße angenommen hat.

Wie die Europäische Weltraumagentur (ESA) bekannt gab, prallen derzeit im Durchschnitt zwölf Mal pro Jahr von Menschen in die Erdumlaufbahn entsandte Objekte aufeinander. Dadurch entstehen zahlreiche Trümmerteile und sind verheerende Kettenreaktionen mit immer neuen Kollisionen möglich. Deshalb sprach die ESA von einer mittlerweile unhaltbar gewordenen Situation im Orbit.

Wie schlimm diese tatsächlich ist, zeigt eine weitere Statistik, welche der Leiter der Astronautics Research Group der britischen Universität Southampton, Hugh Lewis, im US-Fachmagazin „Space“ vorstellte. Aus den Angaben über die Bahnen der momentan im All befindlichen Satelliten in der Datenbank CelesTrak errechnete Lewis, dass es pro Woche mehr als 3000 Beinahe-Zusammenstöße geben muss. Als solche gelten alle vorausgerechneten Annäherungen auf unter 1000 Meter, denn die realen Bahnen der künstlichen Erdtrabanten weichen oft um einige hundert Meter von den theoretischen Werten ab.

Laut Lewis sind Starlink-Satelliten inzwischen schon an der Hälfte aller Fast-Kollisionen beteiligt. Und dabei dürfte es angesichts der anvisierten weiteren Massenstarts kaum bleiben. Wie der britische Wissenschaftler schätzt, könnte die Bei-

nahe-Zusammenstoß-Quote von SpaceX auf bis zu 90 Prozent steigen, wenn die ersten Ausbauphasen des Starlink-Netztes beendet sind und über 4000 Satelliten von Musk um die Erde kreisen.

Bis jetzt hat SpaceX jedoch immer Glück gehabt. So vermochte es die Firma im April dieses Jahres, das drohende Aufeinandertreffen eines Starlink-Satelliten und eines Raumflugkörpers des britischen Kommunikationsunternehmens OneWeb zu verhindern. Das gelang durch die rechtzeitige Kontaktaufnahme zwischen SpaceX und OneWeb, in deren Folge einer der Satelliten das Kommando zum Ausweichen erhielt. Allerdings erfolgte die Koordination der Aktion damals vergleichsweise umständlich und langsam per E-Mail-Verkehr. Das führte nur deshalb nicht zur Katastrophe, weil noch genügend Zeit zum Reagieren zur Verfügung stand. Wolfgang Kaufmann

ANZEIGE

Die Welt retten? Klar, aber: Deutschland zuerst.

Probleme lösen statt importieren.

Migration aus Afghanistan stoppen: Am 26.09. AfD wählen!

In den letzten Wochen erreichten uns Bilder aus Afghanistan, die einen sprachlos machen konnten. Sie sind die Folge einer Politik ohne Verstand und Verantwortung. CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP haben unsere Soldaten auf eine Mission ohne klares Ziel geschickt. Selbst beim Truppenabzug handelte unsere Regierung kopflos.

Das Ergebnis: Ein Land in Aufruhr. Und womöglich die nächste große Migrationswelle Richtung Europa. Innenminister Seehofer (CSU) erwartet 5 Millionen Menschen. Die EU-Innenkommissarin fordert schon „legale Fluchtrouten nach Europa“.

Dabei überfordern die Grenzöffnung 2015 und mangelnde Integrationsfähigkeit vieler Einwanderer unser Land schon jetzt. Wir brauchen endlich wieder eine Politik mit Verstand und Verantwortung. Eine Politik, die nicht davon träumt die Welt zu retten, sondern weiß, wo ihre Grenzen sind. Im wahrsten Sinne des Wortes.

Klar ist: den Betroffenen muss jetzt geholfen werden. Aber heimatnah. Wenn Europa jetzt das Signal aussendet, seine Tore stünden offen, wird es bald niemandem mehr helfen können.

Für unsere Sicherheit – am 26. September AfD wählen.

Deutschland. Aber normal.

Herausgeber: AfD Bundesverband, Schillstraße 9, 10785 Berlin.

KOMMENTARE

Warum Deutschland?

RENÉ NEHRING

Es sieht so aus, als ob das einzige Ergebnis des zwanzigjährigen deutschen Afghanistan-Abenteuers die nächste Flüchtlingswelle wird. Zumindest diskutieren derzeit Politiker fast aller Parteien darüber, wie viel Migranten unser Land nach dem Abzug vom Hindukusch aufnehmen soll und welche Kriterien dafür gelten. Nicht diskutiert wird hingegen, ob und warum überhaupt Deutschland Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen soll. Worin liegt die Verpflichtung, zehntausende Menschen aus der Mitte Asiens in die Mitte Europas zu holen?

Aufschlussreich ist in dieser Frage ein Blick auf die Landkarte. Gibt man bei Google Maps die Strecke Kabul-Berlin ein, liegen von Afghanistan nach Deutschland die Länder Iran, Türkei, Bulgarien, Serbien, Ungarn, Österreich, Slowakei und Tschechien auf dem Weg, von denen bis auf den Staat der Mullahs alle entweder NATO- oder EU-Mitglieder beziehungsweise offizielle Beitrittskandidaten sind, womit sie als Verbün-

dete Deutschlands und insbesondere auch als für Migranten sichere Drittstaaten gelten können.

Wollte Deutschland tatsächlich den nun vom Taliban-Regime bedrohten Afghanen helfen, kann es dies auch durch finanzielle Unterstützung der Nachbarländer tun. Das in Zentralasien gelegene Afghanistan grenzt neben dem Iran an Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Pakistan, die – bis auf wieder einmal den Iran – in den letzten zwanzig Jahren Partner des Westens im Kampf gegen die Taliban waren. Da die ethnischen Grenzen in der gesamten Region fließend sind, können die ausreisewilligen Afghanen zudem je nach Zugehörigkeit unmittelbar vor der eigenen Haustür ein Aufnahmeland finden, in dem ihre Sprache gesprochen wird, die gleichen Sitten gepflegt werden und zum gleichen Gott gebetet wird.

Eine solche Lösung wäre nicht nur für Deutschland billiger, sondern insbesondere auch für die Betroffenen humaner als eine unsichere Reise um die halbe Welt – in ein Land, mit dem sie bislang nichts zu tun hatten.

Druck ohne Recht

HANS HECKEL

Der Druck auf Ungeimpfte wird von Tag zu Tag penetranter. Die Behauptung, die Impfung sei freiwillig, erscheint vor diesem Hintergrund mittlerweile zynisch. Denn Freiheit bedeutet, ohne Zwang oder künstlich erzeugte Nachteile frei entscheiden zu können, was man für richtig hält – und was nicht.

Die freie Selbstbestimmung über den eigenen Körper zählt zu den elementarsten Grundfreiheiten überhaupt. Wer hier die Säge ansetzt, muss einschneidende Argumente vorbringen können, denen kein einsichtiger Mensch widersprechen mag.

Der Impfdruck wird mit dem mahenden Hinweis gerechtfertigt, niemand habe die Freiheit, Risiken zulasten anderer einzugehen. Das klingt zunächst plausibel: Die Rechte des einen enden, wo die Rechte des anderen beginnen. Dieses Argument geht im vorliegenden Fall jedoch ins Leere.

So ist es in einer modernen Gesellschaft gar nicht völlig vermeidbar, gewisse Risiken zulasten anderer einzugehen. Das enge Zusammenleben bringt es mit sich, dass sich unser Verhalten immer auch auf andere auswirkt, die wir nicht um ihr Einverständnis fragen. Diese Beeinträchtigung muss allerdings in einem vertretbaren Rahmen bleiben.

Doch in diesem Rahmen bleibt das Risiko, das ein Ungeimpfter für einen Geimpften bedeuten kann, allemal – so denn Hersteller und Befürworter der Impfstoffe recht haben. Laut ihnen sinkt das Krankheitsrisiko durch die Impfung nämlich auf ein Minimum. Wenn Ungeimpfte also irgendjemanden besonders gefährden sollten, dann sind dies (von kleinen, besonders vulnerablen Gruppen abgesehen, die für sich ohnehin besondere Schutzmaßnahmen ergreifen müssen und schon immer mussten) nur sie selbst und ihresgleichen. Damit aber fällt die Rechtfertigung für den massiven Impfdruck.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Fast 1000 Menschen nahmen die Sicherheitskräfte am 1. August in Berlin auf der Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen fest: Demonstrant in der Gewalt schwer bewaffneter Polizisten
Foto: AS Syndication/ullstein bild

KOLUMNE

Doppelte Standards

FLORIAN STUMFALL

Am 1. August dieses Jahres fand in Berlin eine große Demonstration gegen die Corona-Politik der Bundesregierung statt. Solche Kundgebungen werden von der Polizei im Regelfall mit der Begründung verboten, es liege im Sinne des Protests, gegen die Hygieneauflagen wie Abstandsgebot und Maskenpflicht zu verstoßen, und deshalb sei er unstatthaft und nicht zu genehmigen.

Die Demonstration indes fand dennoch statt, und die Sicherheitskräfte nahmen fast 1000 Menschen fest, ein Demonstrant kollabierte und verstarb. Wegen tätlicher Angriffe, Landfriedensbruchs und Gefangenenbefreiung leitete die Polizei nach eigenen Angaben 503 Ermittlungsverfahren ein.

Auffällig ist der Vorgang zunächst deshalb, weil in Berlin das liberalste Versammlungsrecht in Deutschland gilt. Eine Demonstration muss, wie es auch dem Artikel 8 des Grundgesetzes entspricht, nicht genehmigt, sondern nur angemeldet werden, 48 Stunden vor der Einladung, bei Eilbedürftigkeit geht das auch per Telefon. Die Befugnisse der Polizei wurden eingeschränkt und das Vermummungsverbot gelockert. Warum geschieht das in Berlin? Sehr einfach. Weil man es dort im Wesentlichen mit linken bis linksextremen Zusammenrottungen zu tun hat. Lockerung des Vermummungsverbot – das zielt unzweifelhaft auf eine Begünstigung dieser Klientel.

Demos von „den Falschen“

Nun aber waren es die Gegner der Corona-Maßnahmen, die eine Demonstration planten, und daher wurde diese schlichtweg verboten, damit nicht „die Falschen“ in den Genuss der allzu liberalen Regelung kämen. Doch nebenbei bemerkt: Die Gefahr der Vermummung besteht hier nicht, im Gegenteil.

Tatsache ist, dass sowohl das Grundgesetz als auch die gesetzliche Regelung in Berlin das Verbot einer Demonstration erlauben – aber nur, wenn diese das Ziel hat, zu Hass und Gewalt aufzurufen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen oder die öffentliche Sicherheit zu gefährden. Bei den „Querdenkern“ trifft keines der Kriterien zu, sodass das Verbot ohnehin als rechtswidrig anzusehen ist. Doch wer meint, der Umstand, dass diese Demonstranten oftmals keine Maske tragen,

sei eine Gefährdung der Sicherheit, der soll sich der Christopher-Street-Day-Parade Anfang September mit 65.000 eng gedrängten Menschen in Berlin erinnern, bei der das Tragen von Masken die Ausnahme war, ebenso wie das Einhalten des Abstandsgebotes. Dieses hätte ja auch der Botschaft widersprochen, die man verbreiten wollte.

Nachdem die Polizei das Verbot der Corona-Demonstration einmal ausgesprochen hatte, ging sie entsprechend hart gegen die Demonstranten vor, was die Aufmerksamkeit des UN-Sonderbericht-

erstatters über Folter, des Juraprofessors und Diplomaten Nils Melzer, weckte. Bei ihm und seinen Leuten gingen über hundert Hinweise auf Polizeigewalt ein, was Melzer dazu veranlasste, eine „offizielle Intervention bei der Bundesregierung“ anzukündigen. „Wir werden jetzt das Material sichten und bewerten ... Mein Eindruck ist, dass in mehreren Fällen Anlass genug für eine offizielle Intervention meinerseits bei der Bundesregierung besteht.“

Dort erinnert man sich des Schweizer Melzer nur ungerne. Als er nämlich seinen vernichtenden Bericht über die Lage des in Großbritannien inhaftierten Journalisten Julian Assange vorgelegt hatte, bestritten Vertreter der Bundesregierung zunächst die Existenz eines solchen Berichts und erklärten, als dies nicht mehr zu halten war, sie hätten keine Zeit gefunden, ihn zu lesen.

Zweierlei Maß für „Querdenker“- und rot-grüne Demos in Berlin

Während man aber bei „Querdenkern“ und anderen, die nicht links oder gar linksextrem sind, alles tut, sie an ihrem garantierten Demonstrationsrecht zu hindern, treiben es die Linken ganz nach ihrem Belieben, in Berlin zumal. Dort könnte man, vielleicht sogar im Senat, die Überlegung anstellen, ob die jährlichen – und jährlich abzusehenden – Gewaltorgien des linksextremen Mobs nicht von vornherein unterbunden werden müssten, eben mit dem

Hinweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, von welcher das Versammlungsrecht spricht. Und was wäre denn eine Gefährdung der Sicherheit, wenn nicht Straßenzüge mit brennenden Autos und geplünderte Geschäfte?

Doch im Vorfeld kündigt die Webseite der Stadt wider besseres Wissen Straßenfeste, Partys und Konzerte an. Und der Qualm der Brände hat sich noch nicht verzogen, schon schreiben verschiedene Zeitungen von einem „im ganzen friedlichen“ Ereignis. Warum auch nicht – wenn man schon die Antifa mit Steuergeldern unterstützt, so wird man sie doch nicht tadeln für etwas, das ihr Geschäft ist.

Verbote am laufenden Band

Die Demonstration Anfang August und die darauf folgenden Gewalttaten und Übergriffe auch der Polizei führten dazu, dass die „Querdenker“ und alle anderen, die so denken wie sie, am letzten Augustwochenende wiederum wissen wollten, wie es um ihre Versammlungsfreiheit steht. Sie meldeten fast 100 Demonstrationen an, die Polizei verbot sie der Reihe nach. Der hauptsächlichste Grund: der Infektionsschutz – eben der, welcher beim „Christopher Street Day“ so gar keine Rolle gespielt hatte. Ein Eilantrag gegen die Verbote fand vor Gericht Gehör, der Rest wurde verworfen und blieb verboten.

Anderen Veranstalter geht es besser, ob mit oder ohne Corona. So fand am 4. September in Berlin eine Großdemonstration unter dem Motto „Unteilbar“ statt, was auf die Vielzahl der Organisationen hinwies, welche den Aufruf unterschrieben hatten, darunter, um nur wenige der 320 Subskribenten zu nennen, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, das Berliner Bündnis für schulische Inklusion, der Berliner Mieterverein, der Deutsche Frauenrat, der DGB Berlin-Brandenburg, Flüchtlingsräte aus fast ganz Deutschland, Fridays for Future“, der Paritätische Wohlfahrtsverband, PRO ASYL, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), Seebrücke, ver.di oder „We'll Come United“. Lauter Gutmenschen halt, und die sind nicht ansteckend. Vielmehr treten sie ein für eine „solidarische und gerechte Gesellschaft“ – natürlich ausschließlich für diejenigen, welche die Ansichten der Menschheitsbeglückter teilen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Günstiger Wohnen

Wenn die Jahreskaltmiete nur 88 Cent beträgt – Ausstellung zum Jahrestag der vor 500 Jahren gegründeten Fuggerei in Augsburg

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die „Fuggerei“ genannte älteste Sozialsiedlung der Welt steht in Augsburg. Ihre am 23. August 1521 von Jakob Fugger dem Reichen ausgestellte Stiftungsurkunde ist das zentrale Exponat der im Maximilianmuseum gezeigten Ausstellung „Stiften gehen! Wie man aus Not eine Tugend macht“. Ihr Thema ist das Augsburger Stiftungs- und Almosenwesen zur Fuggerzeit. Aufgeboten sind 96 aufschlussreiche Dokumente und erlesene Kunstwerke wie das von Pieter Brueghel dem Jüngeren gemalte Bild „Die Werke der Barmherzigkeit“ (1. Viertel 17. Jahrhundert) und das von Hans Burgkmair dem Älteren geschaffene „Hochzeitsbildnis“ (1498), auf dem sich Jakob Fugger und seine 21 Jahre jüngere Gattin Sibylle Artzt in luxuriöser Kleidung präsentieren.

Die von Heidrun Lange-Krach kuratierte Schau beschönigt nicht etwa die damaligen Verhältnisse, sondern weist auf die als gottgewollt hingestellte soziale Ungleichheit, gezielte Entwürdigung und Ausgrenzung vieler Menschen hin. Der Aufsteigerfamilie Fugger hingegen ging es dank ihres Handels mit Tuchen und exotischen Gewürzen, dem Abbau und Verkauf von Metallen sowie dem Geldverleih an Kaiser und Papst hervorragend.

Nach dem Tod seiner Brüder Ulrich und Georg lenkte Jakob Fugger (1459–1525) die Geschicke des Familienunternehmens. Die Stiftungsurkunde unterzeichnete und besiegelte er gemeinsam mit den Söhnen seiner Brüder. Sie gilt drei Stiftungen, die auf „ewig Zeiten“ Bestand haben sollten. An der Moritzkirche finanzierten die Fugger einen Prediger. Noch heute üben sie dort das Vorschlagsrecht bei der Besetzung der Pfarrstelle aus.

In der Kirche St. Anna befindet sich die Fuggerkapelle mit der Grablege Jakobs, seiner Brüder und zweier Neffen. Die Kapelle, zu der Dürer den Entwurf



Spendierfreudiges Stifterpaar: Hans Burgkmairs d. Ä. Hochzeitsbildnis des Jakob Fugger und der Sibylle Artzt (9. Januar 1498)

zweier Epitaphe beisteuerte, gilt als erstes sakrales Bauwerk der deutschen Renaissance. In der Schau ist es mit zwei Putten vertreten, denen der Bildhauer Hans Daucher eine pummelig-niedliche Gestalt verliehen hat.

Für den Bau und die Ausstattung der Fuggerkapelle wendete die Familie zehn Mal mehr Geld auf als für die Errichtung der Sozialsiedlung. In der Fuggerei betrug die Jahresmiete einen Rheinischen Gulden, was damals dem Wochenlohn eines Handwerkers entsprach. Heute ist die Jahreskaltmiete dank eigenwilliger Umrechnung des Guldens auf 88 Cent gefallen. Damals wie heute verpflichten sich die Bewohner, für die Familie Fugger täg-

lich das Glaubensbekenntnis, das Vaterunser und das Ave Maria zu beten. Letzteres sprechen nur die Katholiken – und bis heute werden nur sie aufgenommen.

Weitere 88 Cent für den Pfarrer

Übrigens wird in den Berichterstattungen über die älteste Sozialsiedlung der Welt gern „unterschlagen“, dass die Bewohner neben ihrer Jahreskaltmiete (und den Nebenkosten) weitere 88 Cent für den katholischen Pfarrer und den Unterhalt der dem heiligen Markus geweihten Fuggerei-Kirche zahlen müssen.

Wohnraumstiftungen waren zu Fuggers Zeiten keine Seltenheit. Die Ausstellung präsentiert die Pergamenturkunde

(1445) mit der Hausordnung der St. Antonspfründe. Die zwölf ausgewählten armen Männer lebten in klosterähnlicher Gemeinschaft. Sie hatten umfangreiche Verhaltensvorschriften zu beherzigen, waren zu täglichen Gedenkmessen für die Stifterfamilie verpflichtet, mussten einheitliche Kleidung tragen und gemeinsam bei Prozessionen auftreten.

Die Fuggerei hingegen bot sehr viel mehr Menschen Platz, gab den Bewohnern weit größeren Freiraum als andere Wohnstiftungen und reduzierte die zu verrichtenden religiösen Handlungen auf lediglich drei Gebete pro Tag.

Die Jenseitsorientierung prägte das Leben. Mit frommen Stiftungen zugun-

ten von Klöstern, Kirchen oder gemeinnützigen Einrichtungen wie der Fuggerei hoffte man, in Handelsgeschäfte mit Gott zum Erwerb des Seelenheils eingetreten zu sein. Zu Jakob Fuggers Zeit geriet diese Auffassung jedoch ins Wanken. So verkündete der damalige Augustinermönch und spätere Reformator Martin Luther in seiner 1520 zu Augsburg gedruckten „Großen Wucherpredigt“, fromme Stiftungen seien dem Seelenheil keineswegs nützlich, denn Gottes Gnade sei nicht käuflich. Aus Nächstenliebe Gutes zu tun, etwa in Form einer gemeinnützigen Stiftung, bleibe aber Pflicht jedes Christen.

Anno 1522 verbot die Stadt Augsburg das Betteln und übernahm die Fürsorge der Bedürftigen, wie der ausgestellte Druck der Almosenordnung und das Gemälde „Almosentafel der Reichsstadt Augsburg“ veranschaulichen. Die städtischen Almosenbeauftragten nahmen die Spenden der Bürger entgegen und verteilten sie an die Armen. „Rüstige Bettler“, wie man die arbeitsfähigen Nichtstuer nannte, gingen leer aus.

Bezugsberechtigte sind auf der „Almosentafel“ dargestellt: Zwei gut gekleidete Almosenbeauftragte geben Münzen an Alte, Körperbehinderte und einen Alleinerzieher aus. Deutlich ist das diskriminierende Almosenabzeichen sichtbar, das sich die Armen an ihre Kleidung heften mussten. In der 1541 überarbeiteten Almosenordnung legte der Rat fest, dass den Bedürftigen statt Geld nur noch Sachleistungen zustehen. Die Fuggerei blieb ihnen ohnehin verschlossen, denn die nahm satzungsgemäß keine Almosenempfänger auf, sondern nur schlecht bezahlte und daher bedürftige Tagelöhner und Handwerker mitsamt ihrer Familien.

● Bis 28. November im Maximilianmuseum, Fuggerplatz 1, Augsburg, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr. Eintritt 8 Euro. Telefon: (0821) 3244112, www.kmaugsburg.de

NACHRUF

Der König von Rheinsberg

Zum Tod des aus Ostpreußen im Krieg geflüchteten Komponisten Siegfried Matthus

Stellte man sich die Frage nach einem der bedeutendsten deutschen Komponisten von ernster Musik der Gegenwart, käme man schnell auf Siegfried Matthus. Sicher: Es gab Hans Werner Henze, Karlheinz Stockhausen oder Alfred Schnittke, und es gibt Helmut Lachenmann, Aribert Reimann oder Wolfgang Rihm. Es gab aber auch den aus Ostpreußen stammenden Matthus, der allerdings lange Zeit nicht so wie viele seiner Kollegen im westlichen medialen Rampenlicht stand, da er in der DDR lebte und Karriere machte.

Am 27. August ist Siegfried Matthus im Alter von 87 Jahren in Stolzenhagen bei Berlin gestorben. In Erinnerung bleiben wird er nicht nur wegen seines über 600 Werke umfassenden Schaffens, darunter 14 Opern und 60 Orchesterwerke, sondern auch durch sein Festival Kammeroper Schloss Rheinsberg, das er nach der friedlichen Revolution mitbegründet hat und dessen künstlerischer Leiter er bis 2014 war, um die Leitung dann an seinen Sohn Frank Matthus abzugeben.

Geboren wurde der Komponist am 13. April 1934 als Sohn von musiklieben-

den Landwirten in dem im Regierungsbezirk Gumbinnen liegenden Mallenuppen. Das einschneidendste Erlebnis in seinem Leben war die Flucht als Zehnjähriger vor der Roten Armee, bei der die 84-jährige Großmutter und die neugeborene Schwester starben. In der PAZ, deren

langjähriger Leser er war, erinnerte er sich: „In der einen Hand schleppte ich mein kleines Akkordeon und in der anderen das Saxofon meines Vaters. Bei dem großen Frost und dem tiefen Schnee habe ich das körperlich nicht mehr durchhalten können und musste deshalb beide Instru-

mente stehen lassen.“ In einem seiner anrührendsten Orchesterstücke, dem „Lamento“ mit Sopransolo von 2007, hat er dieses Trauma musikalisch verarbeitet.

Von der Musik konnte er im neuen Wohnort im Land Brandenburg trotzdem nicht lassen. Der Meisterschüler von Hanns Eisler wurde Hauskomponist und Dramaturg der Komischen Oper Berlin und einer der wichtigsten Musiker in der DDR. Dort ehrte man ihn 1979 sogar mit dem Vaterländischen Verdienstorden. Doch Marsch- und Heldenklänge des real existierenden Sozialismus waren nicht Matthus' Sache. Er hielt stattdessen Distanz zum Arbeiter- und Bauernstaat. „Man wollte mich immer als DDR-Komponisten bezeichnen“, bekannte er, „doch ich habe mich selbst immer einen deutschen Komponisten genannt, der in der DDR lebt.“

Nach 1989 hat er all seine Energie in die Kammeroper Schloss Rheinsberg zur Förderung junger Opernsänger gesteckt. Auch dafür wurde er mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland belohnt. Endlich stand er in dem ihm gebührenden Rampenlicht. Harald Tews



Der Notensetzer 2014 in seinem Haus am Stolzenhagener See: Siegfried Matthus

● MELDUNGEN

Neue Leiter

Berlin – Zwei Berliner Museen stellen sich neu auf. Klaus Biesenbach, bislang Direktor des Museum of Contemporary Art in Los Angeles, wird ab Januar 2022 Nachfolger von Udo Kittelmann als Direktor der wiedereröffneten Neuen Nationalgalerie. Und im Hamburger Bahnhof/Museum für Gegenwart übernehmen der libanesische Kunsthistoriker Sam Bardaouil und der Designprofessor Till Fellrath die Leitung von Gabriele Knapstein. tws

Zwei Preise

Lübeck – Der österreichische Autor Norbert Gstrein erhält den mit 25.000 Euro dotierten Thomas-Mann-Preis, den die Stadt Lübeck mit der Bayerische Akademie der Schönen Künste vergibt. Von 2022 an wird dieser Preis im jährlichen Wechsel mit dem neuen „Günter Grass-Preis der Hansestadt Lübeck“ verliehen, der mit 10.000 Euro dotiert sein wird. Beide Nobelpreisträger, nach denen die Preise benannt sind, lebten in Lübeck. tws

VON INGO VON MÜNCH

Für den 1932 geborenen Autor dieses Beitrages gilt das bekannte Bonmot „Zu jung für den letzten Krieg, zu alt für den nächsten Krieg“. Das Elend einer Kriegsgefangenschaft ist mir deshalb als persönliches Erlebnis erspart geblieben. Wer in der Zeit des Zweiten Weltkrieges in Deutschland gelebt hat, kam aber mit diesem Thema unweigerlich in Berührung; denn es gab kaum eine Familie, in der nicht mindestens ein Angehöriger in Kriegsgefangenschaft geraten war oder in der die Angehörigen eines Vermissten auf Gefangenschaft statt Tod hofften oder in der ein loser Kontakt zu fremden Kriegsgefangenen bestand – so meine erste Begegnung: Um die Jahreswende 1944/45 richtete eine Gruppe von Gefangenen aus dem zwischenzeitlich verbündeten, nun aber feindlichen Königreich Italien Instandsetzungsarbeiten an einem Sportplatz auf einem Kasernengelände in Potsdam-Eiche. Bewacht wurden die Italiener von einem deutschen Soldaten, den man aufgrund seines Alters als Landsturmann hätte bezeichnen können. Dank seiner Gutmütigkeit durfte das neugierige Kind die Gefangenenunterkunft betreten, wo die Italiener mich freundlich begrüßten und wo ich mit ihnen – was gewiss damals verboten war – gemeinsam Nudeln aß.

Rheinwiesenerlager

Viel weniger fröhlich erlebte ich mein erstes Zusammentreffen mit kriegsgefangenen deutschen Soldaten. Auf der Flucht vor den Russen waren meine Mutter und ich am westlichen Ufer der Elbe in einem Wald gestrandet, in dem Hunderte von den Amerikanern gefangenommene deutsche Soldaten lagerten. Am folgenden Tag wurden sie in einer langen Kolonne von offenen Lastwagen abtransportiert. Die einzige Chance, als Zivilperson aus dieser abgelegenen Ecke herauszukommen, war ein Platz auf einem der Gefangenentransporter. Meine Mutter und ich versteckten uns also unter den Kriegsgefangenen auf einem der Trucks, wurden aber prompt von einem GI entdeckt. Ein zweiter Versuch auf einem anderen Lastwagen gelang. Bei einem kurzen Stopp nahe Celle sprangen wir ab, ohne dass die Bewacher eingriffen. In Erinnerung ist mir vor allem das Schweigen der deutschen Gefangenen, unter denen wir dicht aneinandergedrängt gestanden haben: Keiner sprach während der ganzen Fahrt auch nur ein Wort. Die deutschen Soldaten hatten vorher den Krieg verloren, nun auch die Sprache – was sollten sie auch sagen auf dieser Tour ins Ungewissene? Wohin die US-Trucks mit den Kriegsgefangenen schließlich gefahren sind, weiß ich nicht – vielleicht oder sogar vermutlich zu den berüchtigten „Rheinwiesenerlagern“.

Schmutziger Trick

Unter dieser Bezeichnung werden die 17 von den Amerikanern westlich des Rheins zwischen Buderich und Bad Kreuznach geführten Lager zusammengefasst, in denen mehrere Hunderttausend Gefangene mehrere Monate lang vegetierten. In der Dokumentation des Stadtarchivs der Stadt Rheinberg werden die Lager als „ein einfaches mit Stacheldraht umzäuntes Acker- und Wiesengelände ohne Unterkünfte und sanitäre Einrichtungen“ beschrieben. Die Gefangenen hausten in Erdlöchern, die sie, weil die Benutzung von Spaten verboten war, mit Löffeln und leeren Konservendosen gegraben hatten. Erschwert wurden die Lebensverhältnisse auf den Rheinwiesen durch die damals dort herrschenden Unwetter. Ein ehemaliger Gefangener beschreibt die Situation so: „In einem metertiefen Erdloch, in das wir uns gerade zu zweit setzen konnten, suchten wir Schutz vor den Regengüssen, die wie mit Eimern ausgeschüttet vom Himmel in den Schlamm klatschten ...

VÖLKERRECHT

Leben und Sterben hinter Stacheldraht

Vom bedeutsamen Wandel in der Behandlung der Kriegsgefangenen vom Deutsch-Französischen Krieg über den Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg



Beim Besuch der zurzeit im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst laufenden Ausstellung „Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Foto: pa

Den Mantel, der vom Wasser schwer geworden war, konnten wir nicht fortwährend hochhalten. Noch tiefer duckten wir uns deshalb in die Grube, die sich immer wieder neu mit Wasser und Schlamm füllte.“ Ein anderer Zeitzeuge berichtet: Es gab keine Baracken, „auch keine Zelte, die Benutzung eigener Zeltplanen war untersagt, es war auch nicht gestattet, aus Mänteln oder anderen Kleidungsstücken Unterschlüpfe zu bauen. Wir lebten von April bis Juni 1945 unter freiem Himmel, im Matsch, bei Kälte und Hitze.“ Über die Zahl der in den Rheinwiesenerlagern an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten Verstorbenen existieren unterschiedliche Schätzungen. Die von den Amerikanern angegebene Zahl von zirka 20.000 Toten dürfte weit unter der Realität liegen. Fest steht jedenfalls, dass das Martyrium der Rheinwiesenerlager nicht den Normen des Völkerrechts über die Behandlung von Kriegsgefangenen entsprach.

Um sich ihrer diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entledigen, praktizierten die westlichen Siegermächte einen schmutzigen Trick: Sie änderten einfach das Wort „Kriegsgefangene“ – die Amerikaner sprachen nun von „entwaffneten feindlichen Streitkräften“ (Disarmed Enemy Forces, DEF), die Briten von „kapitulierendem feindlichen Personal“ (Surrendered Enemy Personnel, SEP). In der Sache änderte sich durch die Erfindung dieser Worte nichts: Freiheitsentzug und Stacheldraht blieben. Zu Recht – aber erfolglos – forderte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz deshalb die Gleichbehandlung mit der üblichen Kategorie der Kriegsgefangenen. Mit der bedingungslosen Kapitulation (unconditional surrender) der Wehrmacht entfiel faktisch für die alliierten Siegermächte die sogenannte Reziprozität, also der Grundsatz „Wie du mir, so ich dir“, aber eigentlich nicht das Gebot der Humanität.

„Feind bleibt Feind“

Bedeutsam ist der Wandel in der Behandlung der Kriegsgefangenen in den letzten

Von dem sonst so redseligen Bundespräsidenten hätte man gern mehr als bisher zu dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der deutschen Frauen in Gefangenschaft gehört. Ein Gedenken an die deutschen Kriegsgefangenen ist in ihrem eigenen Heimatland offenbar nicht besonders erwünscht – ein merkwürdiges Land, dieses Deutschland

150 Jahren. Kriegsgefangenenlager im heutigen Sinne, so wird gesagt, gibt es eigentlich erst seit der Erfindung des Stacheldrahtes und schnellfeuernder Gewehre (Raffael Scheck). Vom Verlauf des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 wird über die erstmalige Errichtung von Massenlagern berichtet, allerdings auch darüber, dass gefangene französische Offiziere – gegen das Ehrenwort nicht zu flüchten – sich mitsamt ihren Ehefrauen (!) privat einquartieren durften. Die letzten Gefangenen wurden schon im Sommer 1871 entlassen, also nur wenige Monate nach Kriegsende – der Vergleich mit der Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der UdSSR am 16. Januar 1956 (!) drängt sich unweigerlich auf. Zum Verhalten gegenüber den Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg, dem sogenannten Großen Krieg, kann aus dem 2006 in Essen erschienenen gründlichen Werk von Uta Hinz „Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914–1921“ zitiert werden: „Die im Zweiten Weltkrieg öffentlich ausgegebene Weisung – ‚Feind bleibt Feind‘ – galt im Großen Krieg noch nicht.“ Ernst Jünger bestätigt diese Feststellung in seiner Erinnerung an den Kampf mit dem Gegner. „Niemals aber habe ich niedrig von ihm gedacht. Wenn mir später Gefangene in die Hände fielen, fühlte ich mich für ihre Sicherheit verantwortlich und suchte für sie zu tun, was in meinen Kräften stand“, heißt es in seinem Kriegserlebnisbuch „In Stahlgewittern“.

Stalingrad

Während in früheren Kriegen die Gefangenen noch in Festungen oder auf abgetakelten Schiffen untergebracht werden konnten, wurde Kriegsgefangenschaft schon im Ersten Weltkrieg ein Massenproblem. Zwischen acht und neun Millionen Soldaten wurden zwischen 1914 und 1918 von den verschiedenen Kriegführenden gefangen genommen. Im Zweiten Weltkrieg explodierten die Zahlen. Allein 5,7 Millionen russische Soldaten wurden von deutschen Truppen gefangen genom-

men, von denen 3,3 Millionen in der Gefangenschaft starben. 3,6 Millionen Soldaten der deutschen Wehrmacht gerieten in russische Gefangenschaft, von denen 1,3 Millionen nicht zurückkehrten. Von den rund 90.000 in Stalingrad Gefangengenommenen überlebten nur etwa 8000.

Partisanen

Gefangenschaft hat viele Facetten. Wer Partisanen in die Hände fiel, wurde erbarmslos getötet. Die Partisanen auf Seiten der Alliierten, in der Sprache der Political Correctness: „Widerstandskämpfer“, machten grundsätzlich keine Gefangenen – ein bisher zu wenig beachteter Beitrag zur Brutalität des Zweiten Weltkriegs. Von Josef Stalin stammt die auf der Konferenz von Teheran 1943 geäußerte Anregung, 50.000 bis 100.000 deutsche Offiziere ohne irgendein Gerichtsverfahren zu erschießen. In dieser Situation versuchte Roosevelt, scheinbar humorvoll zu schlichten, indem er einwarf, man könne sich ja bestimmt auch mit 40.000 Exekutionen zufriedengeben.

Verschieden war die von den deutschen Gefangenen zu leistende Arbeit. Sie reichte von Baumwolle pflücken in den USA und Bäume fällen in Kanada zu Kohle fördern in Bergwerken in Frankreich und Minen räumen in den Niederlanden und anderswo sowie Arbeit in Steinbrüchen in der Sowjetunion. Französische Gefangene in Deutschland arbeiteten häufig auf Gütern und Bauernhöfen. Flüchtlingsfamilien aus Ostpreußen erinnern sich noch heute gern an die Hilfe „ihrer“ Franzosen in der Landwirtschaft und während der Trecks. Verschieden war offenbar nicht nur die Behandlung der Kriegsgefangenen nach Nationalitäten, sondern auch nach Waffengattungen. Zeitzeugenberichte von gefangenen Seeleuten erwähnen eine „gute Behandlung“ – existierte eine Art Corpsgeist der Marine? Im Chaos noch am östlichen Ufer der Elbe sah ich, wie ein Unteroffizier des Heeres sich in eine Pilotenkluft zwängte; gab es vielleicht ein Gerücht, dass Flieger in der Gefangenschaft besser behandelt würden als der normale Landser? Feststeht: Wer wo auch immer in Kriegsgefangenschaft geriet, stand vor der Frage: Überleben oder sterben?

Aktualität des Themas

Was ist die Aktualität des Themas? In Berlin läuft zurzeit im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst die Ausstellung „Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“. So begrüßenswert diese wichtige Veranstaltung mit ihrem umfangreichen Katalog auch ist, so sollte doch die Frage erlaubt sein, ob irgendwann einmal eine Ausstellung über die deutschen Kriegsgefangenen und zur Zwangsarbeit verschleppten Zivilpersonen stattfinden wird. Auch von dem sonst so redseligen Bundespräsidenten hätte man gern mehr als bisher zu dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der deutschen Frauen in Gefangenschaft gehört. Besonders kritische Darstellungen der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen durch die alliierten Gewahrsamsmächte sind interessanterweise vor allem von ausländischen Verfassern, beispielsweise von dem kanadischen Journalisten James Bacque („Der geplante Tod“, 2008) veröffentlicht worden. Ein Gedenken an die deutschen Kriegsgefangenen ist in ihrem eigenen Heimatland offenbar nicht besonders erwünscht – ein merkwürdiges Land, dieses Deutschland.

● Prof. Dr. Ingo von Münch ist emeritierter Professor für Staats- und Völkerrecht und war von 1987 bis 1991 Wissenschafts- und Kultursenator sowie Zweiter Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen, darunter auch solcher, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg sowie der Massenvergewaltigung deutscher Frauen 1944/45 befassen.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor sechs Jahrzehnten herrschte in dem gerade aus der belgischen Kolonialherrschaft entlassenen Kongo Krieg. Es bekriegten sich die Zentralregierung der Republik Kongo in Léopoldville und die vom Westen unterstützte Separatisten-Regierung von Moïse Tschombé in der rohstoffreichen Provinz Katanga, aus der die USA seinerzeit unter anderem das Uran für ihr Atomwaffenprogramm bezogen. Bedrängt durch die Separatisten wandte sich die Zentralregierung an die Vereinten Nationen.

An der Spitze der UN stand damals Dag Hammarskjöld. Der 1905 in Jönköping geborene Sohn des von 1914 bis 1917 amtierenden schwedischen Ministerpräsidenten Hjalmar Hammarskjöld hatte seinem Heimatland unter anderem als stellvertretender Außenminister sowie Finanzminister gedient, bevor er am 7. April 1953 zum UN-Generalsekretär gewählt worden war.

Am Abend des 17. September 1961 startete Hammarskjöld mit einer von den UN angemieteten viermotorigen Douglas DC-6B der Charterfluggesellschaft Transair Sweden namens „Albertina“ in Kongos Hauptstadt Léopoldville, dem heutigen Kinshasa, in Richtung des Flughafens von Ndola an der Grenze zwischen Katanga und Nordrhodesien, dem heutigen Sambia, um dort Tschombé zu treffen. Jedoch stürzte die „Albertina“ um 0.13 Uhr des Folgetages beim Landeanflug auf Ndola in rund 15 Kilometern Entfernung von der Piste in den Dschungel. Hierdurch kamen Hammarskjöld und alle 15 übrigen Insassen der Maschine ums Leben. Ob der UN-Generalsekretär sofort tot war, ist ungewiss. Augenzeugen zufolge soll seine Leiche aufrecht an einem Termitenhügel gelehnt haben.

Indizien für einen Anschlag

Als Ursache für den Absturz wurden zunächst mangelhafte Navigationsunterlagen, ein Pilotenfehler aufgrund von Übermüdung oder technische Probleme vermutet. Mit der genauen Klärung der Umstände des Todes von Hammarskjöld und seiner Begleiter befassten sich zwischen 1961 und 2019 insgesamt acht Untersuchungskommissionen der Vereinten Nationen, Nordrhodesiens und des Hammarskjöld Inquiry Trust. Hierbei kristallisierte sich immer deutlicher heraus, dass ein „Angriff“ durch katangische Rebellen zu den plausibelsten Erklärungen für den Vorfall zählt. So steht es unter anderem in zwei Berichten an den derzeitigen UN-Generalsekretär António Guterres vom Oktober 2017 und September 2019, für deren Abfassung der international hochangesehene UN-Sonderermittler Mohamed Chande Othman aus Tansania verantwortlich zeichnet.

Noch deutlicher wurden die britische Zeitung „The Guardian“ im April 2014 und der dänische Filmemacher Mads Brügger in seiner 2019 erstmals gezeigten Dokumentation „Cold Case Hammarskjöld“: Nach Recherchen des schwedischen Privatdetektivs Göran Björkdahl habe der belgisch-britische Kampfpilot Jan van Risseghem alias „Lone Ranger“ die „Albertina“ im Auftrag der katangischen Separatisten, aber ohne Wissen um die Identität der Insassen der Maschine vom Himmel geholt. Das gehe aus einem Geständnis des Söldners kurz vor dessen Tode im Jahre 2007 hervor.

Fakt ist, dass van Risseghem 1961 dadurch bekannt geworden war, dass er Luftangriffe gegen die UN-Friedenstruppen flog, um die Tschombé-Regierung zu unterstützen. Von diesen Aktivitäten wussten auch die anglo-amerikanischen Auslandsgeheimdienste CIA und MI6. Dennoch weigerten sich die USA und Großbritannien, der Bitte der UN zu entsprechen, Hammarskjölds Maschine durch NATO-Kampfflugzeuge eskortieren zu lassen. Stattdessen erklärten Wa-



Auf dem Flugplatz in Léopoldville kurz vor Antritt des Todesfluges: Dag Hammarskjöld (l.)

Foto: AS Syndication/ullstein bild

DAG HAMMARSKJÖLD

Unfall oder Mord?

Vor 60 Jahren stürzte der UN-Generalsekretär mit seinem Flugzeug unweit des Zielflughafens Ndola in den kongolesischen Dschungel

Kurzporträts



Der dänische Filmemacher, Fernsehjournalist und Drehbuchautor **Mads Brügger** ist seit November 2011 Programmchef des Hörfunksenders Radio24syv



Der Separatist **Moïse Tschombé** wurde kurioseweise 1964 selbst Ministerpräsident des Kongo. Aber schon 1965 wurde er vom Präsidenten abgesetzt



Allen Welsh Dulles stand von 1953 bis 1961 als Direktor an der Spitze der CIA und gilt als maßgeblich verantwortlich für diverse Morde und Regime Changes

shington und London, über gesicherte Erkenntnisse zu verfügen, dass der „Lone Ranger“ am 17./18. September nicht in der Luft sein würde.

Interessen auf Seiten des Westens

Für eine Verwicklung westlicher Geheimdienste sprechen darüber hinaus weitere Indizien. Der US-amerikanische Sergeant Harold Julien hatte den Absturz zunächst schwerverletzt überlebt. Obwohl er als äußerst wichtiger Zeuge galt, wurde seine Verlegung in ein besser ausgestattetes Krankenhaus sabotiert.

Fünf Tage nach dem Vorfall starb er in Ndola an Nierenversagen.

1998 veröffentlichte die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission Kopien von geheimen Dokumenten über eine Operation namens „Celeste“, denen zufolge es konkrete Überlegungen gegeben hat, Hammarskjöld auszuschalten. In diesen Unterlagen findet auch folgende Äußerung des CIA-Chefs Allen Welsh Dulles: „Dag wird lästig ... und sollte entfernt werden.“ Allerdings gibt es keine Beweise für die Echtheit der Papiere.

Am ehesten könnte wohl die US-amerikanische National Security Agency (NSA) die Mordthese verifizieren. Denn der größte Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten verfügt offenbar über Aufzeichnungen des abgehörten Funkverkehrs im Luftraum von Ndola während der Nacht vom 17. zum 18. September 1961. Nach verschiedenen übereinstimmenden Aussagen ehemaliger US-amerikanischer, britischer und griechischer Geheimdienstler und Diplomaten sollen diese belegen, dass die „Albertina“ von einem katangischen Düsenjet vom Typ Fouga CM.170 Magister abgeschossen wurde. Die Freigabe der Bänder der Abhörstation auf Zypern lehnt die NSA jedoch bis heute unter Verweis auf ihre 50-jährige Geheimhaltungsfrist ab. Dabei ist letztere bereits 2011 abgelaufen.

Soweit die Indizien. Die Antwort auf die Frage Cui bono? (Wem zum Vorteil?) verweist in die gleiche Richtung. Die Friedensbemühungen des Schweden widersprachen den Interessen diverser westlicher Regierungen und Bergbaukonzerne, erleichterte ihnen doch die Fortsetzung der Konfrontation zwischen der Zentralregierung in Léopoldville und den Separatisten in Katanga und die damit einhergehende Schwächung der kongolesischen Zentralregierung einen günstigen Zugang zu den Bodenschätzen des Kongos im Allgemeinen und Katangas im Besonderen.

ZÜRCHER REDE

„Therefore I say to you: Let Europe arise“

„Therefore I say to you: Let Europe arise!“ (Darum rufe ich Ihnen zu: Lassen Sie Europa wieder aufleben!) Es war ein flammender Aufruf, den Winston Churchill vor 75 Jahren, am 19. September 1946, in der Universität Zürich „an die europäische Jugend“ richtete. Kriege und Völkerhass dürften sich nicht wiederholen; „wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten“. Die Rede Churchills, der damals nicht Premier, sondern Oppositionsführer im britischen Unterhaus war, wirkte im zerstörten Europa wie ein Fanal, besonders in Deutschland. Er zeigte eine Möglichkeit auf, aus dem Elend der Nachkriegszeit herauszukommen und in einer friedlicheren Welt zu leben.

Churchill war im Zweiten Weltkrieg der eisenharte Gegner Deutschlands. Die Waffenbrüderschaft mit Josef Stalin, der für ihn lange der „gute Onkel Joe“ war, hat er immer hochgehalten. Gleichwohl sah er mit Enttäuschung und tiefer Sorge, wie Stalin einen aggressiven Annexionskurs in der östlichen Hälfte Europas forcierte, dem auch die westliche anheimzufallen drohte. Schon vor Zürich hatte er am 5. März 1946 in Anwesenheit des US-Präsidenten in Fulton von einem „Eisernen Vorhang“ in Europa gesprochen.

In Zürich setzte er vor allem auf Versöhnung: „Wir alle müssen den Schrecknissen der Vergangenheit den Rücken kehren ... Lasst Gerechtigkeit, Gnade und Freiheit herrschen!“ Und dann, nach einem bitteren Ausfall gegen Deutschland, dem er die Schuld an beiden Weltkriegen gab, der unerhörte Vorschlag: „Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frank-



Winston Churchill am 19. September 1946 bei seiner Züricher Rede

reich und ein geistig großes Deutschland!“ Sein eigenes Land sah er dabei nicht direkt involviert, eher als eine Art Clearingstelle zwischen Europa, den Vereinten Nationen und dem damals noch intakten Commonwealth.

Damals wirkte die Rede wie ein Lichtblick in dunkelster Zeit. Und dann ging es bei der westeuropäischen Integration auch ziemlich schnell: Gründung des Europarats im Jahr 1949, ein Jahr später die Montanunion, 1957 dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Und jedes Mal wirkte der Impuls nach, den Churchill in Zürich gegeben hatte.

Dirk Klose

● **Dirk Klose** ist freier Journalist in Berlin und arbeitet vorwiegend zu zeitgeschichtlichen und kulturpolitischen Themen. Zuvor war er für Buchkritik verantwortlicher Redakteur der vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Wochenzeitung „Das Parlament“.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Anfang Juni wurde bekannt, dass der börsennotierte Hamburger Logistik- und Hafenbetriebskonzern HHLA (Hafen und Logistik AG) mit dem chinesischen Reederei- und Hafenlogistik-Unternehmen Cosco Shipping Ports Limited (CSPL) Verhandlungen wegen einer Minderheitsbeteiligung von 35 Prozent am Hamburger Containerterminal Tollerort führt. CSPL ist eine in Hongkong ansässige Tochtergesellschaft der chinesischen Staatsreederei Cosco Shipping Lines.

Das Terminal Tollerort (CTT) mit vier Liegeplätzen für Containerschiffe, 14 Umschlagbrücken und einem fünfgleisigen Bahnanschluss ist eines von insgesamt vier Containerterminals im Hamburger Hafen und das zweitgrößte von der HHLA betriebene Terminal. Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und zahlreiche Akteure der Hafenwirtschaft befürworteten einhellig eine mögliche chinesische Beteiligung.

China ist vor den USA der mit Abstand größte Außenhandelspartner Hamburgs. „Was unternehmerisch sinnvoll ist, muss auch praktisch möglich sein“, erklärte Tschentscher. Lediglich die Gewerkschaft Verdi äußerte Befürchtungen wegen eines Ausverkaufs des Hamburger Hafens und schlechterer Arbeitsbedingungen. In der Hamburger Bürgerschaft warnte zuletzt ein Vertreter der AfD-Fraktion vor einem weiteren Einfallstor für den erstarkenden Einfluss der Chinesen in Europa.

Xi Jinpings Weltmacht-Strategie

Mitte August gab die HHLA-Vorsitzende Angela Titzrath den bevorstehenden Einstieg des Maritim-Konzerns Cosco am CTT bekannt. Politisch ist das Projekt absegnen. Cosco wird Teilhaber am Betrieb und an den Anlagen. Titzrath sieht vor allem den strategischen Nutzen des Geschäfts für Hamburg. Hintergrund sind die sehr hohen Investitionen in die Infrastruktur des Hafens, während der Seegüterumschlag seit Jahren auf dem Niveau von 2011 stagniert. Die Inlands-Entfernung von der offenen See erweist sich mehr denn je als Problem. Günstig wirkt sich bislang noch die ausgezeichnete Bahn- und Hinterlandanbindung aus.

Die jetzt auf den Markt drängende Generation von Megafrachtern mit einer Ladekapazität von rund 22.000 Standardcontainern (TEU) könnte sich in Zukunft aber den 6000 Kilometer langen Weg nach Hamburg sparen. Aus dem Mittelmeer würden dann mittelgroße Schiffe mit 6000 bis 8000 TEU den Weitertransport zur Nord- und Ostsee übernehmen. Binnen weniger Jahre könnte das für die beiden größten deutschen Seehäfen an



Nun auch Mitbesitzer: Der chinesische Frachter „Cosco Yantian“ am Hamburger Containerterminal Tollerort

Foto: Mauritius

WELTHANDEL

China klopft ans Tor zur Welt

Expansion aus Fernost: Das rote Riesenreich sichert sich seinen Anteil an einem Hamburger Containerterminal – Überall in Europa kauft sich die Volksrepublik Brückenköpfe in den großen Seehäfen

Elbe und Weser, Hamburg und Bremerhaven, zu einem dramatischen Bedeutungsverlust führen. Der Einstieg von Cosco am CTT ist nur eine von weiteren möglichen Maßnahmen, mit denen die Hamburger eine Erosion des Hafengeschäfts verhindern möchte.

Vor dem Geschäftsabschluss wurden die Hamburger unliebsam an die zunehmende chinesische Präsenz entlang der bedeutenden europäischen und globalen Handelsrouten erinnert, bekannt als One Belt, One Road oder auch Neue Seidenstraße. Das Projekt sei Xi Jinpings Strategie zur Weltmacht Chinas, befinden die Autoren Stefan Aust und Adrian Geiges in ihrem Buch „Xi Jinping – der mächtigste Mann der Welt“.

Die Länder entlang der historischen Seidenstraße mit zahlreichen Stützpunkten in Europa sollen in wirtschaftliche und damit politische Abhängigkeit von China geraten, heißt es da. China wolle sich als weltgrößter Importeur den Zugang zu Infrastruktur und Ressourcen si-

chern, die es für seine Entwicklung zwingend benötige, bekannte freimütig die „Global Times“, das Auslandsmagazin der Pekinger Regierung. Dementsprechend haben die staatlichen Reedereien aus China die Anweisung, möglichst immer ihre eigenen Beteiligungen zu nutzen.

Cosco und ihre Schwesterfirma China Merchant besitzen bereits eigene Terminals oder Anteile an Hafengesellschaften in 14 europäischen Häfen, so in Le Havre, Valencia, Bilbao, Marseille, Malta und in Rotterdam und Antwerpen, Hamburgs schärfste Konkurrenten. Weltweit soll Peking bereits jedes vierte Hafenterminal kontrollieren.

Es zählt allein die Wirtschaft

Die Hansestadt und die Reederei Hapag-Lloyd sind Teilnehmer eines harten internationalen Wettbewerbs der maritimen Branche. Wer kostenmäßig nicht mithalten kann, ist schnell abgehängt. Für die HHLA, deren Anteile zu 65 Prozent vom Hamburger Staat gehalten werden, zählen

nur wirtschaftliche Interessen. In diesem Sinne wurde zuvor auch mit den Gegnern der kürzlich für beendet erklärten neunten Vertiefung der Unterelbe von der Deutschen Bucht bis zum Hamburger Hafen verfahren. Bei Ebbe können jetzt die 400 Meter langen und 60 Meter breiten Frachter der Asienliniendienste mit 20.000 und mehr TEU Stellplatzkapazität und einem Tiefgang bis zu 13,50 Meter gezeitenunabhängig den Hamburger Hafen anlaufen. Die Hafenplaner haben aber begriffen, dass auch die 800 Millionen Euro teure Vertiefung der Fahrwinne dem größten deutschen Seehafen nicht den erhofften Nutzen erbringen wird.

Jahrelang hatte die Reederei Cosco zuvor erfolglos versucht, sich am CTT zu beteiligen, wo Coscos Frachter seit fast 40 Jahren abgefertigt werden. Bislang hatte die HHLA aber eine Beteiligung von Reedereien an den Umschlagterminals ausgeschlossen. Lediglich für die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd hatte man eine Ausnahme gemacht. Der Logis-

tikprofessor Jan Ninnemann von der Hamburg School of Business erklärte diesen Paradigmenwechsel in der Hafenpolitik für längst überfällig. Es habe sich gezeigt, dass europäische Terminals mit Reedereibeteiligungen in schlechten Zeiten deutlich weniger Ladung verloren hätten als unabhängige Terminals. Außerdem seien Terminalbeteiligungen mit der zunehmenden Digitalisierung für die Reedereien immer wichtiger geworden, weil sie dann mehr Daten zur Verfügung hätten.

Unter der Regie von Cosco expandierte der privatisierte Hafen Piräus-Athen kontinuierlich und belegt unter den Mittelmeerhäfen die Spitzenposition als maritimes Logistikzentrum. Ein weiteres hätte durch eine chinesische Terminalbeteiligung im Hafen von Triest entstehen können. In letzter Minute entschieden sich die Italiener im vergangenen Jahr stattdessen für eine 50,01-Prozent-Beteiligung der HHLA am Bau und Betrieb eines geplanten neuen Terminals.

KIRCHE

Konflikt bei den Katholiken spitzt sich zu

Streit um den „Synodalen Weg“: Der Ton zwischen Reformern und Konservativen wird rauer

Machtverteilung, die Rolle der Frau oder der Zölibat: Die katholische Kirche hat jede Menge Diskussionsbedarf. Doch der eingeschlagene „Synodale Weg“ scheint abermals in eine Sackgasse zu führen. Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hatte die gleichnamige Initiative gemeinsam mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ins Leben gerufen.

Lange Zeit sah es so aus, als könnten sich Konservative und Reformen gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Missbrauchsskandale innerhalb der katholischen Kirche auf einen Kompromiss einigen. Der „Synodale Weg“ folgte als Konsequenz aus einer Studie und hat zum Ziel, die kirchlichen Strukturen in Deutschland weiterzuentwickeln. „Mit

dem ‚Synodalen Weg‘ macht sich die katholische Kirche in Deutschland auf einen Weg der Erneuerung, auf dem zentrale Themen- und Handlungsfelder geklärt werden“, heißt es in einer Selbstbeschreibung.

Vorwurf der Entzweiung

Die Studie war ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zum Thema „Sexueller Missbrauch“ in der römisch-katholischen Kirche in Deutschland, das in den Jahren 2014 bis 2018 von einem Forschungsverbund aus Experten mehrerer universitärer Institute durchgeführt wurde. Im Diskussionsforum „Synodaler Weg“ wurden vier Themenfelder diskutiert, in denen es um Machtstrukturen, Lebensformen der

Priester, sexuelle Moral oder die Rolle der Frau diskutiert wurden.

Angeführt vom Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer haben konservative Katholiken nun Gegenentwürfe angekündigt. Erst unlängst ging die Internetseite www.synodale-beitraege.de ins Netz, auf der alternative Texte zu den besagten Themenfeldern veröffentlicht werden.

So gehen die Autoren beispielsweise davon aus, dass der Skandal um tausendfachen Missbrauch „in keinem gesicherten Zusammenhang“ mit der katholischen Sexualmoral oder der Machtstruktur innerhalb der Kirche stehe. „Eine solche Verquickung der Interessen dient nicht dem ernststen Anliegen, mit dem der ‚Synodale Weg‘ begonnen wurde, und bringt

die Gefahr neuer Entzweiungen mit sich, innerhalb der deutschen Kirche ebenso wie in ihrem Verhältnis zum Vatikan und zur Weltkirche“, heißt es in dem Text.

Reformer hoffen auf den Papst

Die Reformer sind mit der Vorgehensweise der Konservativen naturgemäß nicht einverstanden. Sie werfen Voderholzer gezielte Stimmungsmache vor. Dessen Vorgehen sei ein starker Affront gegen die anderen deutschen Bischöfe, erklärte die liberale Initiative „Wir sind Kirche“. Jene, „die hinter der Homepage stehen und Beiträge dafür verfassten, haben immer noch nicht den Ernst der dramatischen Lage erkannt, die durch sexualisierte Gewalt und geistlichen Missbrauch sowie

deren jahrzehntelange Vertuschung entstanden ist“, sagte deren Sprecher Christian Weisner.

Da sich die beiden Lager derart unversöhnlich gegenüberstehen, wird es möglicherweise wieder auf ein Machtwort aus Rom hinauslaufen. Papst Franziskus will die katholische Kirche jedenfalls öffnen: „Alle Gläubigen sind dazu aufgerufen, an der Weiterentwicklung der Kirche mitzuarbeiten“, heißt es in einem in der vergangenen Woche vorgestellten Papier aus dem Vatikan. Die Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken werteten das Dokument des Heiligen Stuhls umgehend als Bestätigung ihres Reformkurses. *Peter Entinger*



OSTPREUSSEN HEUTE

Ein masurisches Kleinod erwacht zu neuem Leben

Die Wiederherstellung des Herrenhauses Steinort macht allmählich Fortschritte

VON RENÉ NEHRING

Lange sah es so aus, als wäre Steinort dem Untergang geweiht. Während die meisten Orte Masurens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs einen Aufschwung verzeichnen konnten, verfielen das Schloss der Grafen Lehndorff am Steinorter See (einem Nebengewässer des Mauersees) und die umliegenden Wirtschaftsgebäude Jahr für Jahr ein bisschen mehr.

Seit den 1950er Jahren als Sitz eines staatlichen Landwirtschaftsbetriebs genutzt, fiel Steinort nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zunächst in die Hände eines österreichischen Investoren, der mit den Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen überfordert war, und anschließend an eine Warschauer Firma, die sich lediglich um den am Ufer errichteten Segelhafen kümmerte und Schloss samt Park und Wirtschaftsgebäuden verfallen ließ.

Auch die Übernahme des Herrenhauses durch die 2007 nach dem Vorbild der Deutschen Stiftung Denkmalschutz gegründete Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz im Jahre 2009 brachte keine Wende. Denn der Stiftung fehlte neben den finanziellen Mitteln für die Sanierung auch ein Nutzungskonzept für die Zeit danach. So konnten lediglich kleinere Sicherungsarbeiten erfolgen.

Ein Sachse in Preußen

Bewegung in das Projekt kam erst mit dem Dresdner Bauingenieur Prof. Dr. Wolfram Jäger. Durch die Lektüre des 2010 erschienenen Buches „Doppelleben. Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop“ der Grünen-Politikerin Antje Vollmer hatte der Sachse Interesse an Ostpreußen sowie an der Geschichte Steinorts und der Familie Lehndorff gefunden. Als dann in der sächsischen Burg Kriebstein Teile des wertvollen Interieurs des ostpreußischen Herrenhauses gefunden wurden und der Freistaat Sachsen erklärte, die Stücke an die Lehndorffs zurückgeben zu wollen, begann Jäger, sich vertiefter mit Steinort zu befassen. Dabei sah er, wie dringend bauliche Hilfe notwendig ist.

Als Professor an der TU Dresden machte sich Jäger, der bereits beim Wiederaufbau der Frauenkirche mitgewirkt hatte, mit einigen Studenten auf den weiten Weg nach Osten, um zunächst den Zustand des Herrenhauses Steinort und dessen Schäden genau zu erfassen. Professor und Studenten waren gleichermaßen fasziniert, bot der Ort doch eine große Bandbreite an baulichen Gegebenheiten wie Mauerwerk, Holzbalkendecken und Dachkonstruktion sowie auch Probleme wie Pilz- und Insektenbefall, an die Studenten im Zusammenhang mit dem historischen Bauen herangeführt werden müssen. Anschließend befassten sich die Studenten in wissenschaftlichen Arbeiten mit Steinort und den Herausforderungen seiner Wiederherstellung.

Das erste Sanierungsprojekt war – finanziert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt – die Sicherung der Keller. Um von der öffentlichen Hand weitere Gelder zu bekommen, entwickelte Jäger eine Nutzungskonzeption, die neben der Einrichtung von Museumsräumen zur Geschichte des Ortes und Veranstaltungen



Verblichene Pracht: Seit Jahren bietet Schloss Steinort – hier im August 2021 – einen prekären Eindruck. Die bisherigen Wiederherstellungsarbeiten galten der Sicherung der Fundamente des Bauwerks

Foto: Nehring

räumen auch die Ansiedlung eines Wissenschaftskollegs vorsieht, in dem Studenten zu Themen wie der Bau- und Kunstgeschichte der Herrenhäuser in Ostpreußen oder dem nachhaltigen Waldbau forschen können. Für die Jahre 2019 und 2020 bewilligte der Bundestag dafür jeweils 500.000 Euro, die angesichts der anstehenden Aufgaben kaum mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein sind. Doch immerhin hat Steinort die Aufmerksamkeit der deutschen Politik erreicht, wofür Jäger insbesondere den Bundestagsabgeordneten Eckhard Polz und Patricia Lips dankbar ist.

Erfassung der Bausubstanz

Seine rechte Hand ist die Italienerin Debora Di Sante, die vor einigen Jahren als Erasmus-Studentin von der Universität L'Aquila nach Dresden kam und zu den Hochschülern gehörte, die mit ihrem Professor nach Steinort aufbrachen. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit nahm Di Sante unter anderem eine genaue Vermessung der vorhandenen Räume vor, kartierte die Schäden am Mauerwerk und in den historischen Holzbalken und führte Recher-

chen zu Alter und Material noch vorhandener Wandbemalungen durch. Mit diesem Wissen entwirft sie nun die Baupläne für die Sanierung der einzelnen Räume und für die technischen Installationen.

Für die ordnungsgemäße Umsetzung der Pläne sorgt insbesondere der heute in Masuren ansässige, jedoch aus der Schweiz stammende Bauunternehmer Matthias Hohl mit seinen Leuten. Handwerklich solide und geduldig widmete sich Hohl zunächst der Fundamentsicherung und der Komplettierung der Regenwasserkanalisation sowie der Drainage, die arg in Mitleidschaft gezogen waren, um nun – auf sicherem Fundament – den weiteren Ausbau vorantreiben zu können.

Spannend ist, wie der Schweizer nach Ostpreußen fand. Aufgewachsen am Zürichsee, wo auch der Dichter Ernst Wiechert bis zu seinem Tode 1950 lebte, hatte Hohl in der Schule einen Deutschlehrer, der von Wiecherts Werken so begeistert war, dass er diese seinen Schülern immer wieder empfahl. So wuchs in Hohl schon früh das Verlangen, die von Wiechert beschriebenen ostpreußischen Landschaften sehen zu können. Deshalb reiste er

bereits in den 1970er Jahren nach Osten und kam seitdem immer wieder – bis er irgendwann blieb.

Neues Leben in alten Gemäuern

Allmählich werden die Baufortschritte auch für die Besucher des Ortes sichtbar. Ein erster Schritt war die Eröffnung eines Info-Raumes im Erdgeschoss, ein weiterer die Eröffnung des „Café Nona“ vor wenigen Tagen. Benannt ist das Café, das derzeit kaum mehr ist als ein Raum zum Kaffeetrinken, jedoch in Kürze eine richtige Küche haben wird, nach Marie-Eleonore v. Haefen, der ältesten Tochter Heinrich v. Lehndorffs, die alle nur „Nona“ nannten. Hier will Jäger künftig Touristen zum Verweilen und zur tieferen Beschäftigung mit dem Ort und seiner Geschichte einladen.

Den idealen Anlass für die Eröffnung des Cafés bot der diesjährige Kultursommer, bei dem erstmals die neu gestiftete Lehndorff-Medaille verliehen wurde: an Antje Vollmer für ihr Buch „Doppelleben“ und an den früheren polnischen Botschafter in Deutschland Janusz Reiter für seine Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung. Am Abend zuvor wurde bereits der Abschluss der Sicherungsarbeiten an der Lehndorffschen Begräbniskapelle auf dem Steinorter Friedhof in einer kleinen Andacht begangen.

Die Laudatio auf Reiter hielt der deutsche Botschafter in Warschau, Arndt Freytag v. Loringhoven. Als im Anschluss an die Verleihung der Schauspieler Michael Mendl – vor dem illuminierten Herrenhaus – den letzten Brief Heinrich Lehndorffs an die Gemahlin Gottliebe vor seiner Hinrichtung vortrug, lief allen Anwesenden ein Schauer über den Rücken. Und es offenbarte sich einmal mehr die ganze Magie dieses besonderen Ortes preußisch-deutscher Geschichte.

Am Morgen danach enthüllten Professor Jäger und Botschafter Loringhoven gemeinsam mit „Nonas“ Sohn Dirk v. Haefen den Namen des neuen Cafés im Schloss Steinort. Bis zur vollständigen Sanierung des Herrenhauses ist es freilich noch ein weiter Weg. Doch immerhin sind die ersten Schritte vielversprechend.



Vorerst gerettet: Nach dem Abschluss der Sicherungsarbeiten strahlt die Lehndorff-Kapelle zumindest von außen wieder in alter Schönheit. Im Inneren stehen jedoch weitere Sanierungsarbeiten an

Foto: Nehring

MELDUNGEN

Hospital-Portal wird erneuert

Königsberg – In Sackheim wurde mit der Instandsetzung des Portals des ehemaligen Löbenichter Hospitals aus dem Jahr 1771 in der Heidemannstraße begonnen. Darüber informierte der Leiter des Denkmalschutzdienstes, Jewgenij Maslow. Der Zustand des Bogens im Rokokostil sei deutlich schlechter, als es auf den ersten Blick erscheint. Die Wurzeln einer Birke waren in das Gemäuer eingedrungen und müssten zunächst entfernt werden, bevor mit der Restaurierung begonnen werden kann. Die Kosten würden von Alexej Snegur, dem Eigentümer des nebenstehenden Gebäudes, getragen, der zuvor zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, weil er das als Büro umgebaute Haus ohne Genehmigung verändert hatte und den Denkmalschutzauflagen nicht Rechnung getragen hatte. Nach der originalgetreuen Fertigstellung des Bogens ist die Errichtung einer stilvollen architektonischen Beleuchtung geplant. Der Komplex des Löbenichter Krankenhauses steht auf der Liste der Kulturgüter von regionaler Bedeutung. **MRK**

BMW in Königsberg

Königsberg – Der BMW-Konzern plant, gemeinsam mit dem Autowerk Avtotor seine Produktion im Königsberger Gebiet zu erweitern. Dies sagte der Leiter der BMW Group in Russland, Stefan Teuchert, gegenüber „Gazeta.ru“. Der Standort sei für den deutschen Konzern wegen seiner Nähe zur Bundesrepublik von Vorteil, so Igor Morschretto von der Analyseagentur Avtostat. Hintergrund dürfte eher sein, dass BMW mit der russischen Regierung für einen Investitionsvertrag noch keine optimalen Bedingungen aushandeln konnte und sich deshalb auf seinen bewährten Partner im nördlichen Ostpreußen konzentriert, dessen Kapazität nicht ausgelastet ist, seit Hyundai und Kia das Volumen der Vertragsmontage in Königsberg reduziert haben. **MRK**

Fährschiffe im Bau

Pillau/Ust-Luga – Die russische Regierung hat für die Fertigstellung des Fährschiffes „General Tschernjachowskij“, das auf der Strecke Pillau nach Ust-Luga eingesetzt wird, umgerechnet rund 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Fähre wird im Rahmen des föderalen Zielprogramms für die Entwicklung des Königsberger Gebiets zur Verbesserung der Verkehrsanbindung der Region gebaut. Sie ist für den Transport von 80 Eisenbahnwaggons, anderen Fahrzeugen und Autozügen ausgelegt. Sie soll künftig jährlich etwa zwei Millionen Tonnen Fracht befördern. Neben diesem Schiff wird auch die Fähre „Marschall Rokossowski“ eingesetzt. Es ist geplant, zwei Arten von Kraftstoffen zu verwenden – schwefelarmen Diesel und verflüssigtes Erdgas. Dadurch können die Abgasemissionen in die Umwelt reduziert werden. **MRK**

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 17. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Holaschke, Hildegard, geb. Michalzik, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

Meller, Erika, geb. Michaelis, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 22. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Carle, Helene, geb. Czylwik, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 19. September

Matzeit, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Banaski, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 21. September

Gundlach, Ruth, aus Lyck, am 19. September

Rohde, Ingeborg, geb. Teschen-dorf, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Falinski, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. September

Haake, Gerda, geb. Kledtke, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 19. September

Heerde, Traute, geb. Bergatt, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. September

Ollech, Emma, geb. Beber, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September

Schendel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. September

Wüsthoff, Gerda, geb. Hetz, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhm, Elionore, geb. Opitz, aus Ortelsburg, am 17. September

Brosziewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September

Gräf, Lydia, geb. Holzlehner, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September

Grundei, Ursula, geb. Sachs, aus Fischhausen, am 23. September

Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September

Leitis, Hertha, geb. Passarge, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 19. September

Schwarten, Erna, geb. Althöfer, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 18. September

Sparr-Harenberg, Ellen-Edith, Gräfin von, geb. Schneider, aus Lyck, am 17. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blumhagen, Waltraut, geb. Paukstat, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. September

Domnick, Walter, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 17. September

Kirschnick, Hans, aus Reichwalde, Kreis Mohrunen, am 18. September

Tischmann, Artur, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 20. September

Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blank, Horst, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, am 19. September

Hensen, Anneliese, aus Banners, Kreis Mohrunen, am 21. September

Rothgänger, Herbert, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 18. September

Thimm, Gertrud, geb. Krupka, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 18. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gildemeister, Helga, geb. Skilandat, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 18. September

Huwe, Siegfried, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 22. September

Kleefeldt, Ursula, aus Lyck, am 17. September

Knobloch, Anneliese, geb. Blasko, aus Treuburg, am 23. September

Mehlau, Günter, aus Kunzendorf, Kreis Mohrunen, am 17. September

Mrowitzki, Christel, geb. Holzke, aus Mohrunen, am 21. September

Nissen, Dagmar, geb. Schliepe, aus Lyck, Hermann-Göring-Straße 4, am 23. September

Thiele, Lydia, geb. Schipper, aus Krankeln, Kreis Lötzen, am 18. September

Tribuleit, Hanna, geb. Gutzeit, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. September

Völzke, Waltraut, geb. Burkanndt, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September

Waschk, Gerda, geb. Wawrzyn, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September

Zippert, Kurt, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 20. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brandau, Hildegard, geb. Brozio, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 20. September

Freitag, Ingeborg, geb. Pagel, aus Lyck, Yorkstraße 11, am 18. September

Gelies, Horst, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schneckenforst, Kreis Elchniederung, am 21. September

Hahn, Eleonore, geb. Nikolayzik, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. September

Konopasek, Lily, geb. Schweitzer, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. September

Mölenkamp, Erna, geb. Matzmohr, aus Neu Bestendorf, Kreis Mohrunen, am 19. September

Naujokat, Helmut, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 17. September

Nickel, Gerhard, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 20. September

Sohlich, Kristel, geb. Kowalewski, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 21. September

Weist, Gisela, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September

Wengerowski, Alfred, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berkau, Alfred, aus Klein Schie-manen, Kreis Ortelsburg, am 23. September

Fabian, Heinz, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 17. September

Jorzig, Herbert, aus Treuburg, am 23. September

Jürgensen, Waltraud, geb. Schiemann, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. September

Just, Ruth, geb. Schwan, aus Mogaitein, Kreis Fischhausen, am 23. September

Kruschinski, Erhard, aus Dimussen, Kreis Johannisburg, am 20. September

Neugebauer, Fritz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. September

Rimkus, Helmut, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 23. September

Röhrs, Liesbeth, geb. Nieceierra, aus Neidenburg, am 22. September

Warstat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biernat, Hartmut, aus Lyck, Steinstraße 38, am 23. September

Bolik, Edith Martha, geb. Lewandowski, aus Modellkau, Kreis Neidenburg, am 21. September

Brodowski, Frieda, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 21. September

Gebhardt, Hildegard, geb. Quednau, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 19. September

Grigull, Johannes, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 21. September

Joswig, Herbert, aus Lyck, am 17. September

Kaiser, Ursula, geb. Plink, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 18. September

Kapteina, Günter, aus Lyck, Lycker Garten 31, am 17. September

Kleine, Else, geb. Wiesjahn, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 22. September

Kock, Edeltraut, geb. Gerull, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. September

Kraschewski, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. September

Leichsenring, Reinhilde, geb. Gennert, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. September

Lemke, Werner, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 20. September

Pustan, Gerd, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 18. September

Schmalwasser, Anneliese, geb. Bähr, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 19. September

Sievers, Helga, geb. Kukla, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 23. September

Thies, Erika, geb. Mix, aus Waltersdorf, Kreis Mohrunen, am 19. September

Träger, Magdalena, geb. Witt, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 23. September

Wagner, Hedwig, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 19. September

Wojciak, Käthe, geb. Jegodowski, aus Ortelsburg, am 17. September

Worszeck, Gertrud, geb. Kohs, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aselmann, Dr. Peter, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 22. September

Barsuhn, Manfred, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. September

Barthlomayzik, Herbert, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. September

Bastek, Siegfried, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. September

General, Inge, geb. Göhlert, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 19. September

Jablonowski, Gertrud, geb. Zitr-trich, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. September

Gerlach, Paul, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 18. September

Gewetzki, Brunhilde, aus Rauten-grund, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. September

Grenz, Willi, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 21. September

Konegen, Helga, geb. Omilian, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 20. September

Kristl, Edelgard, geb. Allenbacher, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 17. September

Loyall, Heinz, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 23. September

Luckenbach, Irmgard, geb. Walpuschki, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 21. September

Malinski, Irmgard, geb. Girnus, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 20. September

Pitrowski, Irmgard, aus Weepers, Kreis Mohrunen, am 23. September

Rohra, Christel, geb. Karlisch, aus Treuburg, am 18. September

Rudnik, Fritz, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 23. September

Samulowitz, Edeltraut, geb. Kutz, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 21. September

Schienbein, Edith, geb. Wal-lendszus, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 18. September

Schwieger, Angela, aus Brauns-berg, Kreis Braunsberg, am 22. September

Wasserberg, Erwin, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. September

Weber, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. September

Weber-Guhl, Annemarie, geb. Weber, aus Lyck, am 19. September

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Zum 80. Geburtstag

Ellmer, Karla, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 18. September

Graef, Sigrid, geb. Welzel, aus Wehlau, am 23. September

Hanke, Christiana, geb. Mauruschat, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 23. September

Hartung, Karl-Heinz, aus Lyck, am 22. September

Heyser, Martin, aus Ebenrode, am 18. September

Jörgensen, Hans-Heiner, Kreis-gemeinschaft Wehlau, am 23. September

Kalisch, Peter, aus Rastenburg, am 22. September

Kommerowski, Hans, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. September

Kronenberger, Bernd, aus Fließ-dorf, Kreis Lyck, am 22. September

Krüger, Edeltraut, geb. Barz, aus Königsberg, am 18. September

Krüger, Elke, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 18. September

Manka, Ursula, geb. Rosinski, aus Mohrunen, am 21. September

Marthiens, Heidrun, geb. Schön-wald, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. September

Nikutta, Friedhelm, aus Schüt-zendorf, Kreis Ortelsburg, am 23. September

Opitz, Dora, geb. Werner, (vor-mals Erna Lange, aus Klein Sim-nau), aus Reichenthal, Kreis Moh-runen, am 17. September

Radzio, Anneliese, aus Treuburg, am 18. September

Schröder, Marianne, geb. Jerwin, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 22. September

Schweitzer, Lothar, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 22. September

Weigert, Marianne, geb. Objar-tel, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 23. September



Först Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE33

Zusendungen für die Ausgabe 39/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 39/2021 (Erstverkaufstag 1. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 21. September**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werk-woche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahreshauptversammlung

Altmühlfranken – Freitag, 17. September, Hotel Krone, Gunzenhausen: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Die Landsleute werden von ihren persönlichen Erlebnissen in der Heimat, von Flucht, Vertreibung und Neuanfang berichten.

Monatsversammlung

Nürnberg – Dienstag, 28. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nbg.-Langwasser, gegenüber Ende der U1: Monatsversammlung.

Das Haus der Heimat ist nun umgebaut, und wir können uns wieder regelmäßig treffen. Nehmen Sie vorsichtshalber die Maske und den Impfausweis mit.

Gäste sind herzlich willkommen.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, **Geschäftsstelle:** Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354. **Internet:** www.ostpreussen-berlin.de

Herbsttreffen

Memelgruppe – Mittwoch, 22. September, 14 bis 17 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau: Herbsttreffen. Nach unserem gelungenen Treffen am 24. Juni wollen wir uns wieder zum Herbstbeginn treffen. Das Restaurant ist am U- und S-Bahnhof Jannowitzbrücke. Es erwarten Sie unter ande-

rem Reiseberichte aus dem sommerlichen Memelland und ein Bericht über die zahlreichen Aktivitäten des Deutschen Vereins in Memel und nicht zuletzt über das Jubiläumsfest des Vereins Heide in Heydekrug.

Zu diesem Herbsttreffen laden Sie ganz herzlich ein, Gäste sind natürlich auch willkommen. Die Anzahl der Plätze ist leider noch begrenzt. Aus organisatorischen Gründen ist es daher erforderlich, sich wieder kurz anzumelden bei Hans-Jürgen Müller, Telefon (030) 401 00473 (AB), E-Mail: hjm.berlin@t-online.de, Ludolfingerweg 27,13465 Berlin



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Künstlerführung

Bremen – Mittwoch, 22. September, 14 Uhr, Brunnen „Unser Planet“: Führung mit Bernd Altenstein. Nach der Führung besteht die Gelegenheit, zwanglos in einer in der Nähe gelegenen Lokalität noch etwas zu verzehren.

Entenessen

Bremen – Mittwoch, 29. September, 12.30 Uhr, Hotel Robben Grolander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland: traditionelles Entenessen der Frauengruppe. Das Treffen, offen für alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft, wird aus aktuellem Anlass vorgezogen (BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“).

Es gibt pro Person eine halbe Ente als Tellergericht mit den üblichen Beilagen. Der Preis beträgt 20,50 Euro.

Die Anzahl der Gerichte muss von uns verbindlich vorbestellt

werden, daher ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Teilnehmen kann jeder, der geimpft, genesen oder getestet ist (3G-Regel). Wir weisen darauf hin, dass wir für die Bezahlung der angemeldeten Gerichte in Anspruch genommen werden, wenn der Anmeldung nicht entsprochen wird.

Melden Sie sich bitte ab sofort bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515 oder donnerstags, 15 bis 17.30 Uhr, in der Geschäftsstelle unter Telefon (0421) 3469718.

Nach dem Essen wird das Akkordeon-Duo Cornelia & Klaus mit uns ein Volkslieder-Wunschkonzert gestalten.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg – Sonnabend, 18. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaa), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4, 20459 Hamburg: Tag der Heimat. Der Tag der Heimat 2021 findet statt unter dem Leitwort „Vertreibungen und Deportationen ächten – Völkerverständigung fördern“. Programm: Musikalische Begleitung: „Im Herzen jung“, Eröffnung, Fahngruß, Totengedenken, die Festrede hält Otto Horst, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, das Schlusswort trägt Christoph de Vries, MdB vor. Für die Durchführung der Veranstaltung des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (LvD) gelten die Corona-Sicherheitsbestimmungen.

PAZ wirkt!



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Alle Treffen abgesagt

Wetzlar – Alle Treffen der Ortsgruppe Wetzlar für dieses Jahr müssen abgesagt werden. Der Gaststättenbetreiber ist plötzlich verstorben.

Die Gaststätte bleibt für unbestimmte Zeit geschlossen. Der Vorstand wird sich Anfang des Jahres 2022 neu beraten. Fragen beantwortet der Vorsitzende Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de

Treffen

Wiesbaden – Sonnabend, 25. September und 2. Oktober, je 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen, am 25. September mit einer Erntedankfeier.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen verschoben

Landesgruppe – Das 25. Landestreffen der Ostpreußen am 25. September in Schwerin muss leider um ein weiteres Jahr verschoben werden.

Nun hoffen wir, dass wir 2022 wieder unsere Heimattreffen veranstalten können und Corona dann vorbei ist. Als neuen Termin für unser Landestreffen haben wir bereits jetzt den 24. September 2022 in Schwerin reserviert und laden alle herzlich dazu ein. Bitte merken Sie sich diesen Termin schon jetzt vor.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschi, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Tel.: (05901) 2968

Monatsversammlung

Braunschweig – Mittwoch, 22. September, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a: Monatsversammlung.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964)1037, Fax (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Treffen und Bericht

Essen – Freitag, 17. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zu den Themen: Erich Kästner und die Wahlen zum Bundestag.

Bericht – Die Kreisgruppe Essen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen hat sich nach der Corona-Pause in diesem Jahr erst zweimal getroffen. Am 20. August ist die Kreisgruppe das zweite Mal zusammengekommen. Der Vorsit-

zende hat aus dem Buch „Jokehenen“ von Arno Surminski die Geschichte des Textilwarenhändlers Samuel Mathern aus Drenkfurt vorgelesen. Dass die Lesung am 87. Geburtstag von Arno Surminski stattgefunden hat, war aber Zufall. Weitere Termine sind jeweils um 15 Uhr in der Gastronomie St. Elisabeth geplant am 15. Oktober, Gedanken zum Erntedank, 19. November, 15 Uhr, Berichte und Bilder über Reisen zur Kurischen Nehrung, 10. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Weihnachtsfeier.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Erntedank

Limbach-Oberfrohna – 25. September, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, 09212 Limbach-Oberfrohna: Erntedankfest. Wie jedes Jahr feiert unsere Ostpreußen-Gruppe ein typisch ostpreußisches Erntedankfest. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange, in der Hoffnung das es unter den Coronabedingungen stattfinden kann. Die Schulkinder und die Lehrerin werden uns alle mit einem bunten, fröhlichen Kulturprogramm erfreuen.

Es wird schon tüchtig geübt. Die fleißigen Frauen werden leckeren Kuchen backen. Bei Kaffee und Kuchen kann man gut plachandern. Alle freuen sich nach langer Zeit auf ein Wiedersehen. Die Landsleute und viele liebe Gäste sind dazu recht herzlich eingeladen. Die vorgeschriebenen Anordnungen und hygienischen Maßnahmen werden streng eingehalten. Mit Einschränkungen oder gar Absagen in der Coronazeit ist zu rechnen. So Gott will, treffen wir uns und freuen uns darauf.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre PrämiePrämie 1:
Leuchtglobus

Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2:
Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Alenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel. (02051) 87729, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de

Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel. (05401) 9770

Tagung in Hagen

Hagen a.T.W. – Am Sonntag, 5. September, fand im Alten Pfarrhaus in Hagen a.T.W. die Kreisversammlung des 9. Kreistages der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. statt.

Die Kreisversammlung, die stets auch eine Mitgliederversammlung ist, fand in den Vorjahren stets im Ratssaal der Gemeinde statt, dieses Mal wegen der Kommunal- und Bundestagswahl in dem historischen Gebäude des Pfarrhauses von 1726.

Kreisvertreter Andreas Galenski begrüßte als Gast Mechthild Lauxtermann. Die 1. Stellvertretende Bürgermeisterin überbrachte die besten Wünsche für das Gelingen der Kreistagssitzung von Bürgermeister Peter Gausmann, der an diesem Tag verhindert war. Lauxtermann berichtete der Kreisversammlung von ihrem nur Tage zurückliegenden Partnerschaftsbesuch in Wartenburg. Nach ihrer bereits 20. Fahrt konnte sie gut die wirtschaftliche und politische Entwicklung des kleinen Städtchens im Landkreis Allenstein, aber auch die des Landes einschätzen – und diese war durchgehend positiv.

Der Kreisvertreter bedauerte in seinem Bericht den pandemiebedingten Wegfall der Dorf- und Kirchspieltreffen, die ein wichtiges Verbindungsglied für die in der Bundesrepublik lebenden Landsleute sind. Der persönliche Austausch zwischen den Landsleuten, das Wiedersehen nach langer Zeit oder gar eine Wallfahrt können nicht online durchgeführt werden. Auch der jährliche Neujahrsempfang der KG Allenstein im Hagener Landhotel Buller mit der Osnabrücker Landrätin und dem Landrat aus Allenstein nebst weiteren Gästen konnte nicht stattfinden.

Positiv vermeldete Galenski, dass das zurückliegende Heimatjahrbuch gedruckt und weltweit versendet werden konnte. Der Leserkreis des Heimatjahrbuches ist im Wachstum begriffen, was sich auch im Spendeneingang widerspiegelt.

Bei dem zurückliegenden Heimataufenthalt besuchten der Kreisvertreter, der Schriftführer Jan Hacia und Beauftragter für Kirchspieltreffen Johann Certa die stellvertretende Landrätin Joanna Michalska. Die Landrätin berichtete über die bevorstehende Renovierung von vorerst 20 Wegkapellen. Die Wegkapellen sind ein charakteristisches Merkmal der ermländischen Landschaft und ein wichtiges Kulturgut. Viele davon stehen unter Denkmalschutz. Einer Renovierung bedarf auch die Synagoge in Wartenburg. Um diesen Vorgang zu erleichtern, kaufte der Landkreis das ehemalige Gotteshaus, das zu einer Kultur- und Begegnungsstätte des Landkreises werden soll.

Dem Besuch im Landratsamt folgte der Aufenthalt bei der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit. Die AGDM bedankte sich herzlich dafür, dass die Kreis-



In Hagen zusammengekommen: (v. l.) Waldemar Lehnardt, Artur Korczak, Bernhard Grodowski, Hubert Schulz, Jan Hacia, Johann Certa, Mechthild Lauxtermann 1. stellvertretende Bürgermeisterin und Andreas Galenski
Foto: KG Allenstein

gemeinschaft es möglich gemacht hat, dass nun die Gesellschaft über ein gutes, gebrauchtes Fahrzeug für ihre Vereinsarbeit verfügt. Obendrauf gab es von der KG noch einen Geldbetrag für in der Zukunft anfallende Reparaturen.

Erfolgreich wurde auch von Hacia die diesjährige Bruderhilfe-Aktion durchgeführt. Eingängig schilderte Hacia die Lebensbedingungen und die Not der verbliebenen Deutschen in unserem Landkreis.

Auf der Tagesordnung befanden sich die vereinsüblichen Vorgänge wie Bericht des Schatzmeisters, und die Entlastung des Vorstands, aber auch eine Wahl stand an. Für den aus eigenem Wunsch aus dem Amt des Stellvertretenden Kreisvertreters scheidenden Siegfried Keuchel, wurde einstimmig Waldemar Lehnardt gewählt. Der gebürtige Allensteiner, Jahrgang 1966, mit seinen ausgezeichneten Sprachkenntnissen und guten Kontakten in den Landkreis ist bereits seit über 25 Jahren Mitglied der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Der gelernte Kaufmann ist 1977 in die Bundesrepublik ausgereist. Seinem Heimatort Groß Bertung ist er auch im Westen als Gründungsmitglied und Aktiver des Vereins Freunde des Kirchspiels Groß Bertung treu geblieben. Zu seiner Wahl sagte Lehnardt: „Als stellvertretender Kreisleiter freue ich mich auf die zukünftige Arbeit in der Kreisgemeinschaft. Der Vergangenheit treu – der Zukunft verpflichtet“

Den Abschluss des Tages bildete ein Besuch im Hagener Töpfermuseum. Unter sachkundiger Führung von Herrn Rainer Rottmann vom Hagener Geschichtsverein erkundeten die Allensteiner die für die Region bedeutende Sammlung.



Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Jahrestreffen

Ahrensburg – Sonnabend, 2. Oktober, Hotel Am Schloß, Am Alten Markt 17, 22926 Ahrensburg: Jahrestreffen. Wir beginnen um 10 Uhr mit einem Gottesdienst in der Schloßkirche (Am Alten Markt). Wir können nur hoffen, dass dieses Treffen Corona-bedingt nicht wieder kurzfristig abgesagt werden muss. Bitte denken Sie daran, vorsichtshalber den Impfnachweis mitzubringen, da das Hotel sicherlich die Auflagen erfüllen muss. Zu

diesem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, auch Enkelkinder und Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen.



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiekmann, **Gst.:** J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage fallen aus

Rotenburg – Der Kreisausschuss hat entschieden, die Angerburger Tage am 17./18. September in Rotenburg (Wümme) abzusagen. Auch die Kreistagssitzung (Mitgliederversammlung) wird nicht stattfinden. Da turnusgemäß Wahlen auf der Tagesordnung gestanden hätten, wird von der Regelung des § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht Gebrauch gemacht, wonach die gewählten Vorstände bis zur Durchführung von Neuwahlen im Amt bleiben.



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Ortsgruppe

Hamburg – Dienstag, 28. September, ab 14 Uhr, Hotel Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen verschoben

Bad Nenndorf – Wir haben bis zuletzt gehofft, unser geplantes Hauptkreistreffen am 25./26. September in Bad Nenndorf durchführen und uns dort alle wiedersehen zu können. Doch leider umsonst. Die neue niedersächsische Corona-Eindämmungsverordnung verpflichtet uns als Veranstalter einer

solchen Zusammenkunft, für die Ausführung und Kontrolle der festgelegten Auflagen zu sorgen. Dazu gehört die 3G-Regel, die durch die erhöhte Inzidenz im Landkreis Schaumburg für Veranstaltungen in Innenräumen gilt. Als kleiner, ehrenamtlich geführter Verein, sehen wir uns außerstande, diesen Auflagen und dieser Verantwortung mit der erforderlichen Sorgfalt nachzukommen. Auch bieten die geltenden Abstandsregelungen, die Pflicht zum Tragen von Masken (außer am Sitzplatz) und das nach wie vor geltende Singverbot im Innenraum (die auch allesamt von uns als Veranstalter aktiv eingefordert und kontrolliert werden müssen, mit den entsprechenden Konsequenzen im Ernstfall) keine geeigneten Rahmenbedingungen für ein unbeschwertes Treffen, so wie wir es alle kennen. Zudem möchten wir nicht in die Verlegenheit kommen, eventuell Landsleuten den Zutritt verwehren zu müssen, nur weil sie vielleicht ihren Impfpass vergessen haben und/oder keinen negativen Corona-Test vorweisen können. Unser Hauptkreistreffen, das zugleich Mitgliederversammlung ist, soll auch weiterhin allen offenstehen, die sich mit dem Kreis Gerdauen und unserer Heimatkreisgemeinschaft verbunden fühlen. Der Vorstand hat deshalb einstimmig entschieden, das Hauptkreistreffen abzusagen und auf 2022 zu verschieben. Ein neuer Termin (voraussichtlich im September) und Standort werden kurzfristig dem Kreistag vorgeschlagen und nach Beschlussfassung, die auf schriftlichem Wege erfolgt, bekanntgemacht. Wir hoffen sehr, uns im nächsten Jahr alle in gewohnter Form wiedersehen zu können.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Insterburg-Stadt/Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Erntedanktreffen

Hamburg – Mittwoch, 6. Oktober, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Erntedank mit herbstlichen Liedern und Gedichten. Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Kreisausschuss- und Kreistagssitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 18. September: Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages bis etwa 15 Uhr in Bad Nenndorf im Hotel Esplanade. Die Einladungen zu den Sitzungen sind schriftlich und laut Satzung termingemäß versandt worden. Tagesordnungspunkte: Begrüßung, Bericht Vorstand, Bericht Kassenprüfer, Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes, Mitgliederversammlung. Ab 15 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume. Begrüßung der Teilnehmer in der L'Orangerie und Eröffnung der Ausstellung „Erinnerungen an ungewessene Orte im Kreis Mohrungen“ durch Kulturreferentin Gisela Harder. Besuch des Agnes-Miegel-Denkmal mit Blumenniederlegung. Am Abend dann ein gemütliches Beisammensein mit kulturellen Einlagen. Die Sitzungen, Treffen und die Mitgliederversammlung finden unter der zurzeit geltenden Corona-Bestimmungen statt.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonntag, 19. September, 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, Grandhotel L'Orangerie: Heimatkreistreffen. Eine Anmeldung war notwendig.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 17. bis Sonnabend, 18. September, Hotel Berg-

ström, Bei der Lüner Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 308636 und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg.

Freitag, 17. September, 15.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum „Ravel“: Mitgliederversammlung der KGO, 18.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum „Lindbergh“: Begrüßungsabend. Sonnabend, 18. September, 10.15 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Eingangshalle: Führung durch die neue Dauerausstellung; „Geschichte Ostpreußens“, „Kunst und Kultur Ostpreußens“, „Flucht, Vertreibung, Ankunft“; 12.30 Uhr, nach einer Mittagspause, Hotel Bergström, Raum „Lagerfeld“: Einlass, 13.15 Uhr: Feierstunde, Vortrag von Henriette Piper: „Der letzte Pfarrer von Königsberg – Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg“, 15 Uhr: gemütliches Zusammensein bei Kaffee und Kuchen.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 25. und Sonntag, 26. September, Thedinghauser Straße 16, Landhotel Zur Linde, Telefon (04231) 29800, E-Mail: info@landhotelzurlinde.de, Internet: www.landhotelzurlinde.de: Kreistreffen. Für den Fall, dass das Tagungshotel bereits ausgebucht ist, rufen Sie die Tourist-Info Verden an, Telefon (04231) 12345. Planen Sie bitte Ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung am Sonnabend, 25. September, 14 Uhr im Tagungshotel ein. Jeder Empfänger des „Preußisch Eylauer Kreisblatts“ ist Mitglied. Einladung und Tagesordnung sind in der neuesten Ausgabe des Preußisch-Eylauer Kreisblatts, Seite zehn, abgedruckt, desgleichen das gesamte Programm des Treffens.

Ihre Evelyn v. Borries, Kreisvertreterin

ANZEIGE



In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Alfred Karpa

* 29. 5. 1931 † 4. 9. 2021

**Irene
Lothar, Anita,
Marlene, Laura
Wolfgang und Ulrike**

Die Beisetzung fand auf dem Evangelisch-reformierten Friedhof Nevigens statt.

Traueradresse:
Wolfgang Karpa, Nöhlenweg 16 a, 41352 Korschenbroich

Jetzt bin ich frei

KÖNIGSBERG

Nicht irgendein Haus Gottes

Die frühen Anfänge des Dombaues liegen bereits im 13. Jahrhundert – der eigentliche Bau erfolgt erst im 14. Jahrhundert

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Eroberung des Samlandes durch den Deutschen Orden und die Truppen des böhmischen Königs Otto II. Přemysl wurde 1257 das Fürstbistum Samland begründet. Dieses bestand aus mehreren Enklaven im Deutschordensstaat, deren Lage sich aus einem Schiedsspruch des Landmeisters Gerhard von Herzberg vom 3. März 1258 ergab. Dazu gehörten auch Besitzungen im Gebiet der in Entstehung befindlichen Ansiedlung Königsberg. Zwischen 1297 und 1302 ließen die Bischöfe von Samland dort eine kleine Kathedrale im Südosten der Altstadt errichten. Allerdings befand Johann Clare, der am 3. Dezember 1319 nach neunjährigem Tausch mit dem Segen von Papst Johannes XXII. zum neuen Bischof avancierte, das Gebäude für zu klein und ordnete den Bau einer größeren Kathedrale an. Da der Hochmeister des Deutschen Ordens Werner von Orseln 1327 die östliche Hälfte der Pregel-Insel Kneiphof an das Bistum abgetreten hatte, um die Errichtung einer geistlichen Machtbasis unweit des weltlichen Herrschaftszentrums in der Ordensburg zu verhindern, sollte die neue Bischofskirche nun in dem sumpfigen Gelände zwischen den Armen des Neuen und Alten Pregel entstehen. Wegen der problematischen Beschaffenheit des Bodens mussten die Dombaumeister zunächst Hunderte von Eichenpfählen in den Untergrund rammen, um diesen zu stabilisieren. Danach begann der Abriss der Kirche in der Altstadt sowie der Transport des dadurch gewonnenen Baumaterials über die extra errichtete Dombücke.

Der eigentliche Baubeginn am jetzigen Königsberger Dom datiert etwa auf das Jahr 1330. Dabei hatte der gegenüber dem Deutschen Orden höchst selbstbewusst auftretende Clare zunächst die Absicht, seine Kathedrale als Wehrkirche zu er-



Wie lange wird er halten? Der Königsberger Dom auf der einst morastigen Kneiphofinsel wurde in einem Zeitraum von 50 Jahren auf vielen Eichenstämmen erbaut und konnte sich entsprechend langsam setzen. Bei den Restaurierungsarbeiten, die 1992 begannen, wurden Risse mit Beton ausgefüllt. Diese dichtere Masse im Vergleich zu den Backsteinziegeln könnte zu einer neuen Absetzung des Baus führen und weitere Risse zur Folge haben. 1998 wurde der Dom nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wieder eröffnet und dient seither als kulturell-religiöses Zentrum

Foto: shutterstock/Trofimenko Sergei

richten. Deshalb erhielt diese ausgesprochen massive Wände, mit einer Stärke von bis zu drei Metern. Das stieß indes auf den Widerstand des neuen Ordenshochmeisters Luther von Braunschweig, der auf den ermordeten Werner von Orseln gefolgt war. Im Ergebnis dessen wurde am 13. September 1333 ein Vertrag geschlossen, der festlegte, dass der Dom als reines Kultgebäude ohne gleichzeitige militärische Funktionen weitergebaut werden sollte. Daraus resultierte die Reduzierung der Stärke der Mauern auf 1,28 Meter. Das

Datum der Unterzeichnung der Abmachung betrachtet man heute oft als Zeitpunkt des Baubeginns am Königsberger Dom, was aber nicht korrekt ist.

Ein Kultgebäude ohne Wehrstärke

Als Clare am 5. Mai 1344 starb, war der langgestreckte rechteckige Priester- und Ritterchor vermutlich schon komplett. Dann folgte bis 1351 die Errichtung und Überdachung des dreischiffigen Langhauses für die Laienschar. Anschließend engagierte sich vor allem der Ordenshoch-

meister Winrich von Kniprode für die Fertigstellung des Doms, die in seinem Todesjahr 1382 erfolgte. Damit hatte die Errichtung der Kathedrale rund 50 Jahre gedauert, was damals als relativ kurzer Zeitraum für ein solches Bauprojekt galt. Lediglich einige Restarbeiten an den Innenfresken zogen sich noch bis zum Ende des 14. Jahrhunderts hin.

Der der Heiligen Maria und dem Heiligen Adalbert geweihte Dom im Stil der Backsteingotik wurde um 1440 insofern verändert, als er seitdem als Hallenbau

unter einem einzigen Dach firmierte. Dazu kam die Errichtung von zwei spitzen Türmen, die allerdings schon im Jahre 1544 einem Brand zum Opfer fielen. Zu diesem Zeitpunkt existierte das Fürstbistum Samland bereits nicht mehr. Seine Auflösung erfolgte 1525, nachdem Bischof Georg von Polentz die Landeshoheit auf dem Huldigungstag am 30. Mai des Jahres an das weltliche Herzogtum Preußen abgegeben hatte, das in der Nachfolge des Deutschordensstaates stand. Und dieses wandelte sich durch das von Herzog Albrecht I. von Brandenburg-Ansbach aus dem Hause Hohenzollern erlassene Mandat vom 6. Juli 1525 zum ersten protestantischen Land der Welt.

Dem vorausgegangen war am 27. September 1523 die erste lutherische Predigt im Königsberger Dom durch Johann Briesmann, einen von dem Reformator höchstpersönlich nach Königsberg gesandten Geistlichen, der noch in Franziskanerkutte auftrat. Dieser gewann Bischof von Polentz für die Reformation, woraufhin dieser im Dezember 1523 einen Gottesdienst in deutscher Sprache abhielt.

Neben dem Feiern von Gottesdiensten diente die einstige Bischofskirche auch als Grabstätte für zahlreiche Personen von historischer Bedeutsamkeit. Zur letzten Ruhe gebettet wurden hier beispielsweise Bischof Johann Clare, der den Anstoß zum Bau des Doms gegeben hatte, und die Hochmeister des Deutschen Ordens Luther von Braunschweig, Ludwig von Erlichshausen, Heinrich Reuß von Plauen, Heinrich Reffle von Richtenberg, Martin Truchsess von Wetzhausen zu Dachsbach und Johann von Tiefen. Dazu kamen der 1568 an der Pest verstorbene erste weltliche Landesherr in Preußen, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, und Georg Wilhelm, von 1619 bis 1640 Markgraf von Brandenburg, Herzog in Preußen, Herzog von Kleve, Graf von Mark sowie Kurfürst und Erzkämmerer des Heiligen Römischen Reiches.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Auto bleibt ein Auto, egal wie man es nennt

Wie die geteilte Stadt Görlitz ihren neuen Zusammenhalt zelebriert

Die Idee zum gemeinsamen Feiern der Kulturerbetage hatte Rafał Gronicz, der Bürgermeister des polnischen Teils der Europastadt Görlitz, und er fand dafür Partner westlich der Neiße in der Freien evangelischen Gemeinde zu Görlitz und der Görlitzer Kulturservicegesellschaft – die von der Stadtverwaltung geschaffen wurde. Allerdings machte den Akteuren Corona einen Strich durch die Rechnung. 18 Monate hat es gedauert, bis aus der Idee Realität wurde und am 11. September im frisch renovierten Gebäude der alten Mälzerei die ersten Kulturerbetage an der Neiße eröffnet wurden. Drei Tage lang haben polnische und deutsche Bewohner der Stadt sich in Diskussionsrunden ausgetauscht, im Sonntagsgottesdienst gesungen und gebetet, die Stadthälften mit einer Führung erlaufen und sich der Stadtgeschichte in einer Ausstellung angenähert. Identität entstehe durch Erkundung, doch diese sei schwierig für eine Generation, die ihre Großeltern und Eltern nicht mehr fragen könne, weil sie die Mythen, Legenden und Lieder der Region nicht kannten, sagte Urszula Zubrzycka, Geschichtslehrerin in Ost-Görlitz. Die jüngste Generation lerne ihre Regionalgeschichte heute durch die Erzählung und Erinnerungen der deut-



Ist immun gegen Nationalismen: Bürgermeister Rafał Gronicz (r.) Foto: C. W. Wagner

schon Nachbarn kennen, man müsse dies nur ermöglichen, sagte sie. Vertreter dieser Generation sind Małgorzata Zysnarska und Piotr Arcimowicz vom Lausitzmuseum am Ostufer der Neiße. Für die Kulturerbetage haben sie eine Ausstellung zur Geschichte der Stadt erstellt. „Die fast tausendjährige Geschichte der Stadt auf vier Tafeln zu zeigen war das Schwierigste für uns. Wir präsentieren aus unserer Sicht die Schlüsselmomente, die Görlitz formten“, sagte Museumsleiter Arcimowicz.

Ein zentrales Ereignis, das für die Region eine Katastrophe gewesen sei und für eine lange Zukunft Weichen für die Zukunft gestellt habe, sei der Dreißigjährige Krieg gewesen. „Und noch schwerer, als sich für einzelne geschichtsträchtige Ereignisse zu entscheiden, war es, dafür ein einziges Bild zu finden“, gestand sie.

Eine geschichtsträchtige Stadt

Besonderes Interesse weckte der Teil der Ausstellung, der sich mit der neusten Ge-

schichte auseinandersetzt. „Was in Jalta beschlossen wurde, haben die Menschen hier sehr früh erleben müssen, ein Armageddon der Überbevölkerung von 1945, als sich hier 100.000 Flüchtlinge eingefunden hatten“, beschrieb Zubrzycka. Im Anbetracht dessen kam es recht früh zu einer Kooperation zwischen den Verwaltungen, schließlich musste die Versorgung der nun geteilten Stadt neu organisiert werden. In den 70er Jahren fanden viele Polinnen Arbeit in der Textilindustrie. Häufig blieben und gründeten mit Einheimischen polnisch-deutsche Familien. Bürgermeister Gronicz sieht darin einen Grund dafür, dass man an der Neiße eine gewisse Immunität gegen Nationalismen entwickelte.

Gronicz berichtete, wie er in den 70er Jahren als Sechsjähriger mit einem Valuta-Sparbuch in der Hand zum ersten Mal die Oder-Neiße-Linie passierte. Besonders eindrücklich sei ihm der gute Geschmack des DDR-Joghurts gewesen. Als damals Jugendlerner blieb ihm der Besuch Helmut Kohls in Görlitz in Erinnerung. „Wir waren mit der Schule bei diesem Besuch dabei, und ich stand in der ersten Reihe. Ich traute mich nicht, Kohl gegenüber die Hand auszustrecken, was ich bis

heute bereue, denn er hätte sie bestimmt ergriffen“, sagte der seit 15 Jahren amtierende Bürgermeister.

Später im Gespräch hielt er ein Bier der Marke Landskron in der Hand, ein Produkt der Biermanufaktur vom bundesdeutschen Westufer. „Landskron ist unser lokales Bier, und es ist schön, etwas Lokales zu haben. Ich habe viele Kollegen und Freunde, die längst außerhalb der Stadt leben, aber immer, wenn sie nach Hause kommen, greifen sie auf das Lokale zurück und nehmen es auch gerne als Mitbringsel nach Breslau, oder wo auch immer sie jetzt leben, mit“, sagte er. Heute sei die Stadt nur noch sprachlich zweigeteilt, so Gronicz. Er sehe keine Notwendigkeit, dass man die Europastadt in der jeweiligen Sprache als polnischen oder deutschen Teil bezeichnet. „Es macht keinen Unterschied, ob ich Personenwagen oder Auto sage, es bedeutet das Gleiche. Es ist auch egal, ob wir Görlitz oder Zgorzelec sagen, denn wir denken dabei an eine Stadt. Früher hat uns die Neiße getrennt, heute verbindet sie uns. Unsere Einwohner machen vieles gemeinsam, es gibt Freundschaften, Eheschließungen, unsere Kinder besuchen deutsche Schulen“, blickt er zufrieden in die Zukunft. *Chris W. Wagner*

HINTERPOMMERN

Bernhard Heiliger – ein Künstler aus Stettin

Er hat an vielen Standorten Spuren seines Wirkens hinterlassen

VON WOLFGANG DAHLE

Er gilt als einer der bekanntesten deutschen Bildhauer der Nachkriegszeit des vorigen Jahrhunderts. Vor 116 Jahren, am 11. November 1915, wurde Bernhard Heiliger in Stettin geboren. Auch wenn ihn nach über dreißig Jahren der weitere Weg damals nach Berlin führte, war sein Werk vor Jahren mit einer Ausstellung und einer Skulptur „Großer Bogen“ vor dem alten Rathaus in seine Geburtsstadt Stettin zurückgekehrt.

An das Schaffen dieses Künstlers, der 1995 verstarb, soll noch einmal erinnert werden. Seine Werke sind heute im In- und Ausland, auch im öffentlichen Raum, zu bewundern. Sie erinnern in ihrer Ästhetik an Werke von Henry Moore, dem er 1959 begegnete, später an abstrakte Raumkompositionen mit einem Wechsel von verwendeten Materialien. Aber auch als Zeichner und Lehrer machte er sich einen Namen.

Ausbildung geprägt durch Stettiner Werkschule

Geboren wurde er als viertes Kind des Kaufmanns Hermann Heiliger, der vier Jahre zuvor mit seiner Familie von Berlin nach Stettin übersiedelt war. Der Vater ließ sich dort als Stoff- und Tuchhändler nieder. Bernhard besuchte ab 1921 die Barnim-Mittelschule bis zur neunten Klasse und nahm dann für drei Jahre eine Lehre zum Steinbildhauer auf.

Seine frühe Ausbildung erhielt Heiliger in den Jahren 1933 bis 1936 an der Stettiner Werkschule für Gestaltende Arbeiten bei dem bekannten Kurt Schwerdtfeger, der aus der Bauhaus-Tradition kam. Aus dieser Schule sind damals viele pommerische Künstler hervorgegangen, deren Arbeiten in den Museen Stettins zu sehen waren. Schwerdtfeger war auch Mitglied in der von Gregor Rosenbauer im Januar 1930 gegründeten Künstlergruppe „Das



Seit 1991 steht die Skulptur „Großer Bogen“ vor dem Alten Rathaus in Stettin

Neue Pommern“, der auch Else Mögelin, Julo Levin und Joachim Utech angehörten und die vier Kunstausstellungen in Stettin organisierten. Diese Vereinigung wurde aber im April 1933 auf Drängen der Nationalsozialisten wieder aufgelöst.

Ab 1938 nahm Heiliger ein Studium an der Staatsschule für Freie und Angewandte Kunst in Berlin auf, wo er bei Arno Breker, einem in der NS-Zeit sehr protegierten

Künstler, seine Ausbildung erhielt. Zwischen den Studienjahren bis 1945 war er jedoch von 1941 bis 1944 zum Kriegsdienst eingezogen worden und kehrte nach Kriegsende aus der britischen Gefangenschaft nach Berlin zurück.

Schon 1946 erhielt er einen Lehrauftrag an der Hochschule für Angewandte Kunst in Berlin-Weißensee, wurde aber 1949 an die Hochschule für Bildende

Künste in Charlottenburg berufen, wo er eine Lehrtätigkeit bis 1986 innehatte. Sein Schaffen seit den 1950er Jahren in der Bundesrepublik war sehr vielseitig; so schuf er Reliefs, Porträtköpfe, Skulpturen und Großplastiken, wie die „Flamme“ am Ernst-Reuter-Platz im Westteil Berlins. Internationale Anerkennung erhielt er 1953 für seinen Entwurf des Mahnmals des „Unbekannten Politischen Gefange-

nen“, dafür wurde er mit dem Preis der Bundesregierung ausgezeichnet.

Seit 1955 nahm er mit seinen Schöpfungen mehrmals an der „Documenta“ in Kassel und anderen Biennalen teil und hatte in den Hauptjahren seines Schaffens zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland, für die er hohe Ehrungen erhielt. Als prominenter Schöpfer und Mitglied der Akademie der Künste, hatte er viele Begegnungen mit politischen und kulturellen Persönlichkeiten, die er meist in seinem Atelierhaus in Berlin-Grunewald, neben dem Brücke-Museum, begrüßen konnte.

Zahlreiche Ausstellungen und Ehrungen im In- und Ausland

In einer Ausstellungsschrift aus den 1990er Jahren ist in einem Vorwort unter anderem zu lesen: „Es soll deutlich werden, dass Heiliger in zunehmender und einzigartiger Weise ganz neue Raumformen im Übergang von der Zeichnung zur Freiplastik und eine Vielzahl neuer Material- und Strukturkombinationen in seiner Objektkunst entwickelt hat“. In den Werkausstellungen waren außer größeren Plastiken auch Kleinplastiken, Reliefs und Druckgrafiken vertreten, wie in der umfassenden Schau 1995 in Bonn und im Martin-Gropius-Bau in Berlin vom November 2005 bis zum Januar 2006, wo unter anderem 16 Großplastiken zu sehen waren.

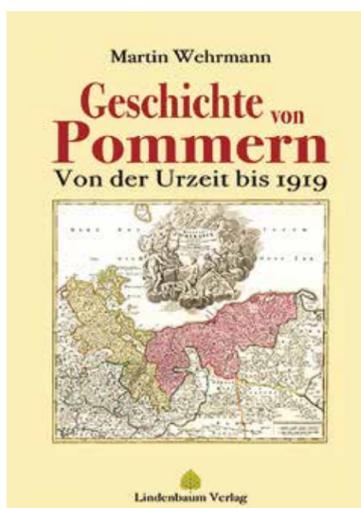
Nach seinem Tode am 25. Oktober 1995 wurde ein Jahr später von seiner Witwe Sabine Wellmann-Heiliger, mit der Bernhard Heiliger in vierter Ehe verheiratet war, die Bernhard-Heiliger-Stiftung ins Leben gerufen, die auch bis zu ihrem Tod 2021 das umfangreiche Werk verwaltet hat. Kurator der Stiftung ist Heiligers Stiefsohn Marc Wellmann. Seine letzte Ruhe fand der Künstler auf dem Waldfriedhof Berlin-Dahlem im Feld 5.

● [Info bernhard-heiliger-stiftung.de](http://info.bernhard-heiliger-stiftung.de)

BUCHEMPFEHLUNG

Geschichte von Pommern

Neue Gestaltung bei unverändertem Inhalt



Buchempfehlung
Dr. Martin Wehrmann:

**Geschichte von Pommern
Von der Urzeit bis 1919**

ISBN 978-3-938176-96-2
640 Seiten, Paperback,
Format: 210 x 148 mm
Preis: 29,80 Euro
Erscheinungstermin: 8. September 2021

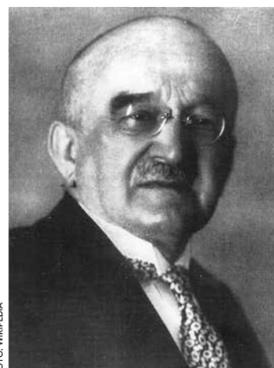
Das zweibändige Werk „Geschichte von Pommern“ des Historikers und Gymnasiallehrers Martin Wehrmann erschien erstmals 1904/06 und gilt bis heute als grundlegende Arbeit der pommerischen Landeskunde. Die zweite Auflage, nun mit einem vollständigen Neusatz, inhaltlich aber unverändert, berücksichtigt die geschichtliche Entwicklung Pommerns vom dritten vorchristlichen Jahrtausend bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.

Wehrmanns Arbeitsweise besticht durch die strikte Orientierung an den historischen Quellen. Das Ergebnis seiner Studien mündet daher in eine Gesamtdarstellung der Geschichte Pommerns, die sachlich, zuverlässig, wissenschaftlich fundiert und – trotz des erkennbaren Bemühens um entmythologisierende Geschichtsschreibung – zudem auch noch gut lesbar und für ein breites Lesepublikum allgemeinverständlich formuliert ist.

Dr. Martin Wehrmann (geboren 16. Juni 1861, gestorben 29. September 1937) war Historiker und Gymnasiallehrer, zuletzt als Direktor des Gymnasiums in Stargard (bis 1926). Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze zur Geschichte Pommerns in der Zeitschrift „Baltische Studien“ und in den „Pommerschen Jahrbü-

chern“. Seit 1886 war Wehrmann Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für pommerische Geschichte und Altertumskunde“. Auch das Werk „Geschichte der Stadt Stettin“ (1911) bleibt von herausragender Bedeutung.

● Über den Autor von „Geschichte von Pommern“: Lindenbaum Verlag GmbH Bergstr. 11, 56290 Beltheim-Schnellbach Tel. 06746 / 730047, E-Mail: lindenbaumverlag@web.de, Internet: www.lindenbaum-verlag.de



Dr. Martin Wehrmann

POMMERSCHES LANDESMUSEUM

Volksliederarchiv

Pommersches Liedergut digitalisiert

Melodien aus dem Pommerschen Volksliedarchiv – Das Universitätsarchiv Greifswald digitalisiert die Bestände des Pommerschen Volksliedarchivs – bald werden sie vollständig online abrufbar sein. Vorab wird mit vier anlässlich des Windros Festivals produzierten Musikvideos ein Einblick in die dort gesammelten Melodien gewährt.

Das Pommersche Volksliedarchiv wurde 1926 in Greifswald gegründet und sammelte bis 1938 rund 14.500 Volks- und Tanzlieder aus 500 Orten Pommerns. Darunter finden sich Wiegenlieder, Trinklieder, Arbeitslieder, Spottlieder, Kinderlieder, sogar einige geistliche Lieder und natürlich Volksballaden. Viele dieser Lieder besaßen eigene Melodien, andere nutzten bekannte Melodien oder wandelten sie ab. Die Publikation „Pommersche Volksballaden“ wurde 1931 vom Volksliedarchiv unter der Mitwirkung von Hans Engel und Franz M. Goebel nach einer bereits fünfjährigen Sammeltätigkeit herausgegeben. Darin finden sich 123 Titel, die größtenteils mit Angaben zur einsendenden Person und Namen der Orte ihres Auftretens ergänzt sind. Für eine erste Annäherung an das Archivmaterial wurden acht Künstlerinnen und Künstler des

Windros Festivals eingeladen, in einem Pilotprojekt ausgewählte Lieder aus dem Archiv und aus der Publikation zu interpretieren und so einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Im Archivbestand des Pommerschen Landesmuseums befanden sich einige Abschriften von Archivkarten. 2018 wurden sie mit dem Pommerschen Volksliedarchiv zusammengeführt, das vier Jahre zuvor vom Institut für Deutsche Philologie der Universität Greifswald ins Universitätsarchiv überführt worden war, wo die Bestände nun digitalisiert werden.

Zwei Konferenzen zum Thema Brauchtum im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald und in der Pommerschen Bibliothek in Stettin [Szczecin] griffen 2018 und 2019 das Thema der pommerischen Musiktraditionen auf. Der wissenschaftliche und künstlerische Austausch in den Diskussionsrunden und Workshops führte zur Wiederbelebung des Themas in der Region – in Pommern erklangen wieder Melodien aus dem Pommerschen Volksliedarchiv.

● [Info www.pommersches-volksliedarchiv.de](http://www.pommersches-volksliedarchiv.de) und www.pommersches-landesmuseum.de

„Lehrstunden der Demokratie“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Endlich mal ein Beitrag, der nicht auf Weselsky eindrischt. Der Gewerkschaftsboss der GDL steht zu Unrecht am Pranger. Schön, dass die PAZ dabei nicht mitmacht!“

Matthias Schöne, Hannover
zum Thema: Sturer Lokführer (Nr. 36)



Ausgabe Nr. 36

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

AFGHANISCHES TRAUERSPIEL ZU: EPOCHALE ZEITENWENDE (NR. 34)

Aus aktuellem Anlass der Bezug auf eine Ballade von Theodor Fontane: „Das Trauerspiel von Afghanistan“, verfasst 1859 (nach einer wahren Begebenheit), daraus ein kurzer Auszug:

„Vernichtet ist das ganze Heer, / Mit dreizehntausend der Zug begann, / Einer kam heim aus Afghanistan.“

Das traurige Ergebnis dieses Abenteurers für Deutschland: 59 tote Soldaten und zirka zwölf Milliarden Euro verbrannte Steuergelder. In Abwandlung eines bekannten Zitates: aus der Geschichte nichts lernen, heißt auch verlieren lernen.

Es ist auch nicht verwunderlich, dass sich die Taliban aus einem von den USA intelligenterweise zurückgelassenen modernen Waffenbestand (Wert etwa eine Milliarde US-Dollar) großzügig bedienen konnten.

Vielleicht ist es doch ganz nützlich, die Geschichte real und kritisch zu betrachten und mal über die „Nibelungen-treue“ nachzudenken.

Dr. H.-U. Galgon, Dresden

NIE MEHR NACH AFGHANISTAN! ZU: EPOCHALE ZEITENWENDE (NR. 34)

Dass deutsche Soldaten und die NATO in Afghanistan vor Ort die „Freiheit“ verteidigen, ist doch politischer Schwachsinn, der die deutschen Steuerzahler mit 13 Milliarden Euro, wenn nicht mehr, plus die Evakuierungskosten belastet. 59 Soldaten, vorausgesetzt die Zahl stimmt, eventuell sind es mehr, haben ihr Leben verloren. Mit dieser Tatsache müssen jetzt Großeltern, Eltern, Ehefrauen, Verlobte, Freunde/innen bis ans Ende ihres Lebens klar kommen.

Weder Deutschland noch die USA sollten noch einmal in Afghanistan aktiv werden. Für entsprechende demokratische und friedliche Verhältnisse durch Verhandlungen mit den Taliban zu sor-

gen, ist Aufgabe des Staates Afghanistan. Sollten am Verhandlungstisch keine entsprechenden Ergebnisse erzielt werden, dann muss die afghanische Armee für Druck sorgen, auch wenn das eventuell Bürgerkrieg bedeutet.

US-Präsident Joe Biden hat treffend formuliert, dass kein US-Soldat mehr sein Leben riskieren sollte, und das trifft natürlich auch für Deutschland und andere Staaten zu. Das afghanische Volk muss selbst bereit sein, unter Einsatz seines Lebens entsprechende lebenswerte Verhältnisse für seine Söhne und Töchter zu erkämpfen.

Selbst Martin Luther hat mit seiner Reformation 1517, auch wenn er das weder wollte noch beabsichtigte, mit dem Dreißigjährigen Krieg einen Glaubenskrieg ausgelöst, der viel Blut und Opfer gekostet hat. Kriegerische Auseinandersetzungen hat es in Europa, wie man weiß, auch in den Jahrhunderten danach noch gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Lehrstunden der Demokratie, die wir wie einen Diamanten hegen und pflegen sollten. *Waldemar Czichon, Steinhagen*

RELIGIÖSER ANTRIEB ZU: TOTALE AUFGABE (NR. 33)

Warum hat der Westen in Afghanistan schon wieder versagt? In nahezu allen Presseberichten, im Rundfunk und Fernsehen sucht man nach Schuldigen und findet auch welche. Dass der 11. September 2001 das aktive Eingreifen der NATO erforderte, wird allgemein anerkannt. Eine Gruppe islamistischer Attentäter hatte New York angegriffen und sollte bestraft werden.

Man war sich sicher: Die Taliban aus Afghanistan steckten dahinter, sogar aus Deutschland kamen welche. Den wahren Grund aber schien niemand wissen zu wollen. Dass einzig und alleine der religiöse Wahnsinn diese Menschen antreibt, ist in keiner Presseverlautbarung zu lesen. Dabei haben wir in Europa genau solchen Wahnsinn bereits erlebt, wenn es auch schon ein halbes Jahrtausend her ist.

Im „finsteren“ Mittelalter brachten sich die Christen gegenseitig um, zerschlugen nicht nur islamisch geprägte Länder, sie brachten auch vorwiegend Frauen auf die Scheiterhaufen. Was macht der Islamismus heute anders? Ja, er geht schlauer vor. Er lässt seine Kämpfer als afghanische Soldaten ausbilden, die dann dafür sorgen, dass die gesamte Armee bedingungslos überläuft.

Bereits während der Jahre, in denen unsere Bundeswehr afghanische Soldaten schulte, verschwanden bis zu 30 Prozent im Anschluss. Diese Soldaten werden uns noch zeigen, was sie alles können, vielleicht wieder in New York, vielleicht aber auch in Berlin, München oder Paris. Sollten wir damit rechnen, dass diese Taliban auch ihre Leute unter den Flüchtlingen verteilt haben, die uns bald erreichen werden? Religiöser Wahnsinn sind ein starker Antrieb. *Gerhard Hahl, Altenholz*

AN LEHRERN MANGELTS KAUM ZU: SCHULE OHNE LEHRER (NR. 32)

Die Artikel zum Lehrermangel vermitteln ein allzu optimistisches Bild bezüglich der Neueinstellungen und des konkreten Bedarfs. Wie sieht die Lage konkret aus? Nehmen wir als Beispiel das Bundesland Hessen, welches in den letzten beiden Jahrzehnten relativ viele Lehrer eingestellt hat. Es muss stark nach Schulformen unterschieden werden.

Gymnasium: Ein konkreter Einstellungsbedarf besteht praktisch nur im Fach Physik. Hier sind auch Quereinsteiger zu finden. Generell gute Einstellungschancen sind in den Fächern Chemie, Informatik und Mathematik. Knapp befriedigend sind die Einstellungschancen mit Kunst und Sprachen.

Aussichtslos am Gymnasium (mittlerweile die neue Hauptschule, da 62 Prozent eines Jahrgangs Abitur machen) sind reine Nebenfachkombinationen – etwa: Bio und Politik, Geschichte und Erdkunde, Geschichte und Powi, Sport und Bio. Die Bewerber in diesen Fächern gehen im

Regelfall leer aus und werden neuerdings vom Kultusministerium in Kursen zum Grundschullehrer umgeschult.

Außerdem wird momentan in Hessen und Niedersachsen durch die Hintertür wegen Corona der konfessionelle Religionsunterricht in den Klassen fünf bis zehn beendet. Hunderte von Lehrkräften werden dadurch eingespart. Den Vorwurf an die Kultusbehörden kann ich nicht unterstützen. Niemand konnte damit rechnen, dass durch die totale Grenzöffnung von Frau Merkel plötzlich Hunderttausende Kinder aus Migrantenfamilien vor deutschen Grundschulen stehen.

Nebenbei: Der Zuzug hält an. Wenn der Ersatzbedarf so groß wäre, wie in den Artikeln betont – warum müssen dann Studienabsolventen so lange auf einen Platz im Referendariat warten? Es gibt angehende Referendare, die warten bis zu zwei Jahre. Außerdem haben fast alle Bundesländer die Referendarszeit aus Kostengründen erheblich verkürzt.

Berufsschulen: sehr gute Einstellungschancen. Hier wird allerdings neben dem Studium noch ein erlernter Beruf erwartet. Haupt- und Realschulen/Mittelschulen: Hier hat sich die Lage hinsichtlich der Einstellungen etwas entspannt. Befriedigend. Grundschulen: An und für sich wäre ohne den sehr zahlreichen Nachwuchs der Syrer oder Iraker kein Bedarf an Neueinstellungen vorhanden.

Generell studieren immer noch viel zu viele reine Nebenfachkombinationen, die von Schulleitern kaum nachgefragt werden. Außerdem werden Schulen in sozialen Brennpunkten gemieden, ohne dass dies an die große Glocke gehängt wird.

Auf dem Höhepunkt der Lehrerarbeitslosigkeit 1985 titelte der „Spiegel“: „Studium ohne Wert – 60.000 Lehrer arbeitslos“. Von 1979 praktisch bis Ende der 90er gab es nur einen schmalen Einstellungskorridor. Mir selbst wurde 1985 von einem Berliner Bezirk eine volle Stelle an einer Gesamtschule angeboten, diese wurde von mir nach Besichtigung abgelehnt. Städte wie Berlin, Offenbach, Kassel-Nord werden von Lehrkräften gerne gemieden. *Markus Krämer, Allendorf/Eder*

ANZEIGE

Ein Mysterium wird gelüftet

■ Die Zirbeldrüse als oberstes Steuerungsorgan, Ursprungsort wichtiger Botenstoffe und Quelle mächtiger Selbstheilungskräfte.



Die Zirbeldrüse ist ein winzig kleines, kiefernzapfenförmiges Organ in der Mitte unseres Gehirns. Sie wurde lange Zeit einfach übersehen. Inzwischen weiß man jedoch, wie wichtig diese unscheinbare, nur wenige Millimeter große Drüse für unsere körperliche und geistige Gesundheit ist. Denn die Zirbeldrüse produziert wichtige Botenstoffe wie das Schlafhormon Melatonin, das Glückshormon Serotonin und das spirituelle Molekül DMT.

Mittlerweile ist klar, dass unser moderner Lebensstil wesentlich zur Beeinträchtigung der Zirbeldrüse beiträgt. Künstliche Lichtquellen statt Sonnenlicht, mangelnde Nachtruhe und die hohe Belastung unseres Körpers mit Toxinen, all das hat erhebliche Auswirkungen, denn die Zirbeldrüse beginnt zu verkalken – mit gravierenden Folgen. **Eine gesunde Zirbeldrüse:**

- steuert unseren Schlaf-Wach-Rhythmus und trägt zu einem erholsamen Schlaf bei;
- hilft bei der Regeneration von Zellschäden und fördert unsere Herz-Kreislauf-Gesundheit;
- hat Einfluss auf unseren Alterungsprozess;
- hebt unsere Stimmung;
- erhöht unsere Intuition und ermöglicht außersinnliche Wahrnehmungen.

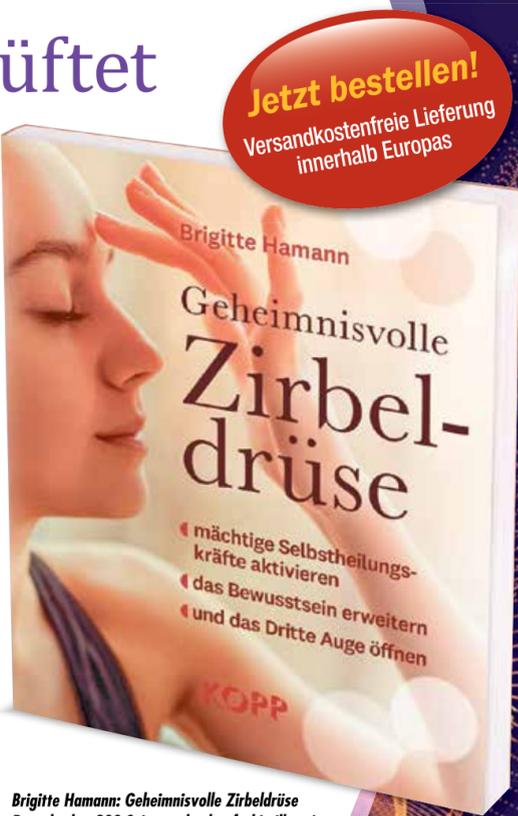
Weit über das Medizinische hinaus ist die Zirbeldrüse unser Tor zu anderen Welten und höheren Bewusstseinszuständen. Die »Öffnung des Dritten Auges« ist nicht einfach eine esoterische Fantasie. Ein geöffnetes Drittes Auge bedeutet eine aktive Zirbeldrüse, die frei schwingen und ihre Botenstoffe herstellen und verteilen kann.

Wie Sie Ihre Zirbeldrüse entkalken, entgiften und aktivieren

Auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Studien und Erkenntnisse erläutert die renommierte Wissenschaftsautorin Brigitte Hamann die vielfältigen Themen rund um die Zirbeldrüse. Verständlich und mit vielen praktischen Tipps erfahren Sie, wie Sie Ihre Zirbeldrüse schützen, entgiften und aktivieren können. Denn diese ist ein wesentlicher Schlüssel auf dem Weg zu einer besseren Lebensqualität, zu wahrer Gesundheit und zu spiritueller Entwicklung.

Wir brauchen eine gesunde Zirbeldrüse, um ein gesundes, lebendiges und bewusstes Leben führen und uns für die Geheimnisse des Lebens öffnen zu können.

Erlangen Sie wahre Gesundheit und setzen Sie Ihre spirituellen Kräfte frei!



Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Brigitte Hamann
Geheimnisvolle Zirbeldrüse

- mächtige Selbstheilungskräfte aktivieren
- das Bewusstsein erweitern
- und das Dritte Auge öffnen

KOPP

Brigitte Hamann: Geheimnisvolle Zirbeldrüse
Paperback • 239 Seiten • durchg. farbig illustriert
Best.-Nr. 983 900 • 12,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

GESUNDHEIT

Heilkraft einer Apotheke

Gesundes Obst mit symbolträchtiger Bedeutung – Im Spätsommer beginnt die Erntezeit des Granatapfels

VON SILVIA FRIEDRICH

Schaut man in die feuerroten Blüten eines Granatapfelbaumes, so wähnt man sich im Garten Eden. Tiefrot und geheimnisvoll betören sie den Betrachter, um als sommerliche Vorboten bereits auf die paradiesischen Früchte des Herbstes hinzuweisen. Jetzt ab September ist die Frucht reif und beginnt im Mittelmeerraum die Ernte.

„Früchte des Lebens“ werden Granatäpfel auch genannt oder „Punischer Apfel“. Die Bezeichnung „Punica“ geht auf die Römer zurück, die annahmen, dass die Phönizier (Punier) die Pflanze ins westliche Mittelmeer brachten. Granatapfelbäume gehören zu den ältesten Kulturpflanzen der Menschheit und werden schon seit mehreren tausend Jahren angebaut. Allein ihre Schönheit wäre Grund genug dafür, sie in zahlreichen Darstellungen der bildenden Kunst zu verewigen.

Doch die Ursache dafür, dass dieses gesunde Obst in vielen Kulturen auf Gemälden und Kultobjekten bildnerisch festgehalten wurde, ist die starke Symbolträchtigkeit der Früchte. Im Christentum gelten Granatäpfel als Sinnbild für Gesundheit, Glück, Fruchtbarkeit, ewige Jugend, Liebe und Unsterblichkeit. Und das wiederum ist sicher dem interessanten Innenleben der kleinen Kostbarkeiten geschuldet. Die reife, purpurrote Frucht enthält in vielen weißen Kammern zahllose Samen, die umhüllt sind von einem saftigen, juwelengleich leuchtenden, rubinroten Fruchtfleisch.

Die Stadt Granada und ihre Äpfel

Schon im 3. und 4. Jahrtausend vor Christus waren die Früchte in altorientalischen Reichen eine beliebte Handelsware. Auch im Alten Testament der Bibel wird auf den Granatapfel häufig Bezug genommen. Und möglicherweise handelte es sich beim „Baum der Erkenntnis“ sogar um einen Granatapfelbaum. Ab dem Mittelalter wurde der Granatapfel in der christlichen Kultur zum Symbol der Fruchtbarkeit Marias, und das Jesuskind wird häufig in den Armen der Mutter mit dieser Frucht in der Hand dargestellt.

Geliebt von den alten Ägyptern, Griechen und Römern, erreichte das Obst später auch Spanien und mit den spanischen Kolonisten auch den neu entdeckten ame-



Heilsames Innenleben: Die angeblich genau 613 Kerne eines Granatapfels

Foto: Shutterstock

rikanischen Kontinent. In der griechischen Mythologie zählte der Granatapfelbaum zur Lieblingpflanze der Aphrodite, der Göttin der Liebe. Der Streit um die schönste Göttin Hera, Athene oder Aphrodite wurde vom trojanischen Prinzen Paris mit der Überreichung eines Granatapfels an Aphrodite beendet.

Im Judentum geht man davon aus, dass der Granatapfel genau 613 Kerne enthält, was exakt er Anzahl der Gebote in der Thora entspricht. Granatäpfel gelten in vielen Religionen auch als heilige Frucht. Rund um die spanische Stadt Granada werden Granatäpfel angebaut, und so nimmt es nicht wunder, dass auch der Stadtname auf diese Frucht zurückzuführen ist. So findet man das gesunde Obst im dortigen Stadtwappen.

Doch bei all der Symbolhaftigkeit: Wer dieses Obst auf dem Teller hat, tut sich zunächst schwer damit, es zu öffnen. Denn hierbei ist Vorsicht geboten, da sich der Saft ansonsten schnell überallhin verteilt und hartnäckige Flecken ergibt. Aus Unkenntnis über die tropische Frucht

blieben die Vorteile den Konsumenten bei uns lange verborgen, sodass dieses großartige Geschenk der Schöpfung in unseren Gefilden erst seit den 1990er Jahren immer mehr Verbreitung fand.

Zu den bedeutsamsten bioaktiven Pflanzeninhaltsstoffen zählen die Polyphenole, die in vielen Pflanzen enorme

gesundheitliche Wirkungen zeigen, vor allem als Antioxidantien. Man unterteilt sie in Phenolsäuren und Flavonoide. Diese bilden die Pflanzen auch als Schutzschild vor Umweltgiften, Insektenbefall, Pilzkrankungen und UV-Belastungen.

Granatäpfel sind überreich mit diesen Inhaltsstoffen gesegnet. So konnten etwa

20 verschiedene Polyphenole nachgewiesen werden. Erstaunlich ist, dass fast alle Teile, wie Samen, Fruchtfleisch, Schale, Wurzel, Blüte, ja sogar die Rinde des Baumes vor Polyphenolen nur so strotzen und seit jeher in der traditionellen Medizin genutzt wurden.

In der Forschung stehen dabei die krebshemmenden Wirkstoffe im Fokus, insbesondere im Kampf gegen Prostatakrebs. Aber auch bezüglich anderer Krebsarten wie Brust-, Darm-, Lungen- und Hautkrebs konnten positive Ergebnisse verzeichnet werden.

Einsatz bei indischem Ayurveda

Laut Deutscher Apothekerzeitung von 2007 sind zu kaum einem anderen Nahrungsmittel in den letzten Jahren mehr ernährungswissenschaftliche Studien durchgeführt worden – mit zum Teil hochinteressanten Ergebnissen. So besitzt der Granatapfel eine tausendfach höhere antioxidative Wirkung als Blaubeersaft oder Traubensaft und hat unter anderem potenzielle Gesundheitseffekte auf das Herz-Kreislauf-System, die Leber, den Magen-Darm-Trakt sowie den Lipid- und Zuckerstoffwechsel.

Granatäpfel sind eine gut verträgliche Frucht, jedoch kann es Wechselwirkungen bei gleichzeitiger Einnahme von Granatapfelsaft und verschiedenen Medikamenten, zum Beispiel gegen Epilepsie, Herzrhythmusstörungen, Fettstoffwechselstörungen, für die Blutgerinnung oder zur Unterdrückung der Immunantwort geben. Hier ist eine Absprache mit dem Arzt anzuraten.

In Indien sind Granatäpfel seit Hunderten von Jahren auch als Gewürz sehr beliebt. Dazu trocknet man die Samen und bereitet daraus eine als „Anardana“ bezeichnete, fruchtig-säuerliche Würze für Chutneys und Currys. Um es zu erwerben, muss man sich auf einen indischen Markt begeben oder in ein Spezialitätengeschäft.

Wer sich mit diesen symbolträchtigen Früchten anfreundet, wird ihre großartigen Heilwirkungen sicher überreichlich kennenlernen. Ayurvedische Ärzte, die nach uralter traditioneller indischer „Heilkunst der natürlichen Heilkräfte“ behandeln, sind sich sicher, dass in Granatäpfeln die Heilkräfte einer ganzen Apotheke innewohnen.

Granatäpfel: Eine Scheinfrucht

Der Granatapfelbaum (*Punica granatum*) gehört zur Familie der Weidengewächse (*Lythraceae*). Die darunter fallende Gattung der Granatapfelgewächse (*Punicaceae*) besteht aus zwei Arten: die eines weitverzweigten Strauches und Baumes. Die Pflanze stammt vermutlich aus Zentralasien, den Himalayagebieten sowie Persien und gedeiht in tropischen und subtropischen Gefilden. Heute wird sie im gesamten Mittelmeerraum, besonders in Marokko, Ägypten und Israel, sowie

dem Iran, Afghanistan und auch in China angebaut. Die Bäume können Trockenperioden gut überstehen und sogar das Alter von einigen hundert Jahren erreichen. An den Ästen bilden sich granatrote Blüten, aus denen die apfelähnlichen Baumfrüchte entstehen. Im Herbst werden diese geerntet. Botanisch gesehen handelt es sich dabei nicht um Äpfel, sondern um Scheinbeeren. Die Bezeichnung „Granatapfel“ ist auf das lateinische Wort für Kerne und Körner „grana“ zurückzuführen.

PREUSSISCHES KULTURERBE

Des Königs Lustschloss

Friedrich Wilhelms II. Schloss auf der Berliner Pfaueninsel wird aufwendig saniert – Doch alles ist nur hölzerne Staffage

Die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) beginnt in diesen Tagen mit der Sanierung des hölzernen Schlosses auf der Berliner Pfaueninsel. Seit der Schließung des Hauses im August 2018 haben Gutachter- und Planungsbüros das Bauwerk vom Keller bis zum Dach untersucht, Schadensursachen analysiert und Konzepte für die bevorstehende Instandsetzung und Restaurierung entwickelt.

Aktuell bleibt das Haus für drei weitere Jahre bis Mitte 2024 geschlossen, um die aufwendige Planung baulich umzusetzen. Dabei können vor allem Restaurierungsarbeiten an den originalen Wandflächen im Inneren des Gebäudes nur in den klimatisch günstigeren Monaten Mai bis Oktober durchgeführt werden. Die Pfaueninsel selbst ist jedoch weiterhin für Besucher zugänglich. Nach jetzigem Stand

belaufen sich die Gesamtbaukosten für die Sanierung auf zirka 5,5 Millionen Euro.

Schloss Pfaueninsel wurde 1794 bis 1795 vom Potsdamer Zimmermeister Jo-

hann Gottlieb Brendel für König Friedrich Wilhelm II. (1786–1797) und seine enge Vertraute Wilhelmine Rietz, die spätere Gräfin Lichtenau (1753–1820), als ländli-

cher Rückzugsort errichtet. Schloss und Park Pfaueninsel sind Teil der UNESCO-Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“. Der Bau zitiert äußerlich die Form eines „römischen Landhauses“, das man sich damals als ruinenhafte Kastellburg vorstellte. Bei näherer Betrachtung zeigt sich die Fassade jedoch als hölzerne Staffage.

Im Kontrast dazu birgt das Innere aufwendige, im Stil der Erbauungszeit gestaltete Schlossräume, die mit ihrer Ausstattung gleichermaßen auf die Antike wie auf ferne Südseeregionen verweisen. Dass sich eine Folge von Innenräumen, einschließlich dem mobilen Inventar aus der Erbauungszeit, bis heute nahezu unverändert erhalten hat, ist einmalig in der Berlin-Brandenburgischen Kulturlandschaft.

Dass manche verantwortlichen Politiker dennoch ein zwiegespaltenes Verhält-

nis mit diesem preussischen Kulturerbe haben, verdeutliche Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle (SPD), die anlässlich der Sanierung verlauten ließ: „Ganz klar: Das preussische Erbe spielt eine besondere Rolle für die Identität und Attraktivität unseres Landes. Dafür stehen die Schlösser und Gärten ebenso wie das immaterielle Erbe der Preußen – etwa das Toleranzedikt von 1685.“

Doch dann haut die SPD-Politikerin zeitgemäß in die Kerbe: „Dazu gehört aber auch die Kehrseite der preussischen Medaille: Militarismus, Despotismus, Kadavergehorsam. All das ist Teil unseres kulturellen, historischen und auch politischen Erbes – und gehört damit selbstverständlich in die Öffentlichkeit.“

Es wäre schon ein Kunststück, wenn die Sanierung dem Schloss einen Despotismus andichten würde. H. Tews, SPSG



Symbol für preussischen Militarismus? Das zum Teil eingerüstete Schloss Pfaueninsel

● FÜR SIE GELESEN

Interessantes
über Sprachen

Schätzungsweise 6000 Sprachen werden weltweit gesprochen und geschrieben. Mit nur vier Sprachen, nämlich Englisch, Mandarin, Spanisch und Hindi-Urdu könne man entspannt ohne Dolmetscher die meisten Gegenden der Welt bereisen, sagt der auf Sprachen spezialisierte Journalist Gaston Dorren in seinem Buch „In 20 Sprachen um die Welt“, da etwa die Hälfte der Weltbevölkerung diese Sprachen sprechen.

Auf unterhaltsame Weise beschreibt der Autor die Besonderheiten der aus seiner Sicht 20 wichtigsten Sprachen, erzählt von seinen eigenen Versuchen, Vietnamesisch zu lernen. Kleine Fehler, die zu großen Missverständnissen führten, tragen zur Erheiterung bei. Nebenbei wird in dem reich bebilderten Buch Kultur- und Sprachgeschichte vermittelt. **MRK**



Gaston Dorren: „In 20 Sprachen um die Welt. Die größten Sprachen und was sie so besonders macht“, C.H. Beck Verlag, München 2021, gebunden, 400 Seiten, 28 Euro

RATGEBER GESUNDHEIT



Klingeln im Ohr

Wie Betroffene lernen können, mit einem nervtötenden Tinnitus umzugehen

Ohrgeräusche können zur dauerhaften Belastung werden und den Alltag eines Betroffenen nachhaltig erschweren. Wie es gelingt, trotz Tinnitus ein normales Leben zu führen, und welche Maßnahmen jeder selbst

ergreifen kann, schildert der Diplompyschologe Markus Schwabbaur. Er gibt Anleitungen zu praktischen Übungen, um die lästigen Geräusche aus dem Kopf zu verbannen. Dabei verfolgt er einen ganzheitlichen Ansatz. **MRK**

Markus Schwabbaur: „Die Tinnitus-Lösung. Die eigene Stille schaffen. Ohrgeräusche dauerhaft ausblenden“, südwest Verlag, München 2021, broschiert, 192 Seiten, 18 Euro

HUGENOTTEN

Neusiedler mit reformiertem
Bekenntnis in Preußen

Der Journalist und Schriftsteller Jochen Thies folgt den Spuren seiner eigenen Vorfahren – Die Herkunftsorte führen ihn ins östliche Ostpreußen und nach Frankreich

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Manchen eingedeutschten Namen merkt man ihre Herkunft nicht an. Der 1944 in Rauschen/Ostpreußen geborene Publizist und Buchautor Jochen Thies berichtet in seinem Buch „Die Reise, die 300 Jahre dauerte. Schicksalswege einer hugenottischen Familie“ von der Vertreibung seiner hugenottischen, belgisch-französisch Vorfahren namens Tisse aus der Gegend von Calais am Ärmelkanal inmitten großer Kontingente französischer Glaubensflüchtlinge nach der Aufhebung des Edikts von Nantes im Jahr 1685.

Thies war Ressortleiter Außenpolitik einer überregionalen Tageszeitung, Redenschreiber von Helmut Schmidt und schrieb unter anderem die Bücher „Die Bismarcks“, „Die Moltkes“ und „Die Dohnanyis“. Im vorliegenden Buch gibt er einen knappen Überblick über die Geschichte der Hugenotten in Deutschland. Ihre Fluchtwege führten von Frankreich aus in mehrere europäische Länder, in denen freie Glaubensausübung möglich war, und nach Nordamerika. Die kinderreiche Familie Tisse fand eine neue Heimat in der Uckermark. Ihre Nachkommen aber zogen zwei Generationen später weiter in das östliche Ostpreußen nahe Gumbinnen. Hier wurde die Schreibung ihres Namens Thies festgelegt. Der Autor hat die Herkunftsorte seiner Vorfahren in Frankreich und Deutschland besucht und berichtet von seinen Reiseeindrücken.

Von den 44.000 Hugenotten, die in deutsche Territorien einwanderten, fand fast die Hälfte Aufnahme in Preußen. Intellektuelle und bestimmte Berufsgruppen waren Vorreiter der Integration, während die Bauern und Handwerker in den ländlichen Gebieten erst nach drei Gene-

44.000

Hugenotten wanderten in deutsche Territorien ein. Fast die Hälfte von ihnen fand Aufnahme in Preußen

rationen Anschluss und Aufnahme in der deutschen Gesellschaft fanden, so auch die Ahnen des Autors. In der Gegend von Gumbinnen ließen sich ab 1712 etwa 5000 Neusiedler hugenottischen und reformierten Bekenntnisses aus Frankreich, Österreich und der Schweiz nieder. Die Nachkommen der „Schweizer Kolonie“ heirateten, wurden Gastwirte, Tabakbauern, Gewerbetreibende und schließlich Bildungsbürger. Die Geschichte der Familie Thies war seitdem bis zur Flucht aus Ostpreußen im Herbst und Winter 1944/45 eine ostpreußische Geschichte, dennoch ist bei ihnen die Erinnerung an ihre französische Herkunft wachgehalten worden.

Da die familiäre Überlieferung dünn gesät ist, blieb dem Autor reichlich Spiel-

raum, um seine Familienchronik in einen weit verästelten thematischen Rahmen einzufügen. Besonders ausgeprägt ist sein Interesse an Frankreich. Er bedauert, dass das Erbe der Hugenotten in Deutschland vergleichsweise wenig Beachtung findet.

Es könnte dem geringen Interesse an dem Thema geschuldet sein, dass sich das deutsche Hugenotten-Museum in der 3000-Einwohner-Stadt Bad Karlshafen im Nordosten von Hessen befindet. Folgerichtig ist dieser Standort jedoch insofern, als es nirgendwo sonst in Deutschland eine Hugenotten-Ansiedlung gibt, die noch so geschlossen erscheint „mit ihrer Ordnung, Strenge, Schlichtheit und Eleganz“.

Thies präsentiert Vorschläge für Ansatzpunkte einer Weiterentwicklung des deutschen hugenottischen Erbes. Besonders Berlin mit seinem reichen französischen Erbe sei in dieser Hinsicht gefragt. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland hat seiner Ansicht nach bei der Erinnerungsarbeit im Sinne eines Programms zur deutsch-französischen Verständigung Nachholbedarf. Letztere liegt dem frankophilen Autor besonders am Herzen.



Jochen Thies: „Die Reise, die 300 Jahre dauerte. Schicksalswege einer hugenottischen Familie“, be.bra Verlag, Berlin 2021, gebunden, 191 Seiten, 22 Euro

GESELLSCHAFT

Entscheidung für
oder gegen ein Kind

Die Journalistin Johanna Dürrholz hat sich der Frage gewidmet, wie junge Menschen mit Kinderwunsch den Spagat zwischen Familie und Karriere schaffen

VON SILVIA FRIEDRICH

Die Eieruhr auf dem Cover lässt schmunzeln. Sie steht auf Minute 35 und läuft offensichtlich unaufhörlich ab. Sicher überlegen die meisten Frauen zu diesem Lebenszeitpunkt, ob sie sich trotz Karriere doch noch zu einem Kind entschließen oder nicht. Johanna Dürrholz stellt in ihrem Buch „Die K-Frage. Was es heute bedeutet, (k)ein Kind zu wollen“.

Eine der im Buch gestellten Fragen scheint ein wenig überholt zu sein. „Muss man sich heute noch rechtfertigen, wenn man keines möchte?“, fragt die Autorin. Ist es noch moralisch vertretbar, Kinder in diese Welt zu setzen, fragt Dürrholz.

Die Lebensumstände, zumindest in den entwickelten Industriestaaten, waren sicher nie besser als jetzt, wenn man einen Rückblick in vergangene Jahrhunderte wagt, wo Kriege und Krankheiten das Leben erschwerten. Doch ist heutzutage endlich ins kollektive Bewusstsein der Menschheit gedrungen, dass wir alle nur auf einem Planeten zuhause sind. Wenn wir diesen nicht vor dem Untergang retten, gehen wir alle zugrunde. Klimaveränderungen, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege, Hungersnöte und vieles mehr, betreffen uns alle. Einem neuen Menschenleben das alles zuzumuten, ist sicher mehrere Überlegungen wert.

Eines scheint gewiss: Diese Denkanstöße werden niemanden, der Kinder möchte, von seinem Wunsch abhalten, Kind und Karriere miteinander zu verb-

den. Das Mutterbild in Deutschland, wie sich die Väter heutzutage verhalten, glückliche und unglückliche Eltern sowie vieles mehr beleuchtet die Autorin in flottem, fast spielerischem Schreibstil.

Lebenskluge Lektüre

Man wird beim Lesen das Gefühl nicht los, dass die Autorin das Buchprojekt überhaupt nur angegangen ist, um eine eindeutige Antwort auf ihre aktuell brennende Lebensfrage, ob Kind ja oder nein, beantwortet zu bekommen. Das ist durchaus legitim und deckt sich sicher mit den Anliegen unzähliger Menschen, die altersmäßig und auch sonst in einer ähnlichen Lage stecken wie Johanna Dürrholz.

Dass diese eindeutige Antwort nicht kommen kann und man am Ende etwas ganz anderes machen wird, zeigt sich in den zwei Worten auf der letzten Seite: Leben passiert! Und um den Untertitel des Buches „Was es heute bedeutet, (k)ein Kind zu wollen“ zu kommentieren, sei gesagt: für jeden etwas völlig anderes. Sicher ist das Buch für viele Frauen, aber auch Männer eine interessante, lebenskluge und aufschlussreiche Lektüre.



Johanna Dürrholz: „Die K-Frage. Was es heute bedeutet, (k)ein Kind zu wollen“, Dudenverlag, Berlin 2021, broschiert, 208 Seiten, 18 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Juwelierslupe
 Hochwertige Lupe mit 30-facher Vergrößerung, Metallrahmen. Klein genug, sie in der Hosens- oder Handtasche zu transportieren und schnell und unkompliziert zu benutzen. Einklappt in eine metallene Schutzhülle. In repräsentativer und gleichzeitig stabiler Geschenkbox verpackt.
 Nr. P A1670 **4,99 €**



Wilfried Heller
Zwischen Herkunft und Neuanfang
 Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen)
 Wilfried Heller, der als Vierjähriger aus dem Egerland nach Oberbayern vertrieben wurde, beschreibt in seiner Autobiographie seinen Lebensweg. Dem schwierigen Neuanfang nach der Vertreibung folgte eine wissenschaftliche Karriere. Als Professor für Geographie mit Schwerpunkt Migration hatte Heller das Thema Vertreibung jahrzehntlang gemieden, ebenso alle Fragestellungen, die mit seiner Heimat und mit der Tschechoslowakei zusammenhingen. Erst gegen Ende seiner Laufbahn kam er schließlich auf einem großen Umweg doch wieder mit seiner Heimat in Berührung, durch eine Forschungsarbeit über eine kleine Siedlung von Egerländern in Neuseeland.
 112 Seiten, farbige und s/w-Abbildungen
 Nr. P A1713 **Broschiert 12,90 €**



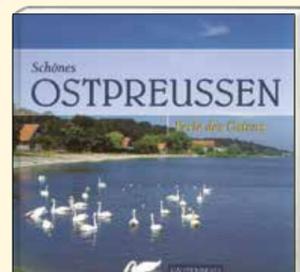
Historische Karte
Provinz Posen 1905
 Das Großherzogtum Posen war eine der Provinzen des Königreichs Preußen, welche von 1815 bis 1920 bestand. Die vorliegende Karte zeigt die Provinz um 1905. Sie gehörte ab 1871 zum Deutschen Reich. Die Fläche der Provinz wird auf der Karte mit 28.958 qm² ausgewiesen, dabei beanspruchte der Regierungsbezirk Posen lediglich 17.508,9 qm². Grenz- und flächenkolorierte Karte. Darstellung 10% vergrößert zum Original. Kartograph: Friedrich Handtke (1815 bis 1879). Außenformat 64 x 86cm, Darstellungsgröße 62,2 x 83,1cm.
 Nr. P A1472 **Historische Karte 19,95 €**



Heinz Scholz
Mein langer Weg von Schlesien nach Gotha 1933 - 1950
 Erinnerungen an ein schlesisches Kindheit und Jugend in NS-Zeit, Häftling und Nachkriegsjahren
 Mit diesem ersten Buch lädt der Autor den Leser ein, seinen Lebensweg vom niederschlesischen Heimatdorf bis in das thüringische Gotha mitzuerleben. Das sind die Erinnerungen an seine schlesische Kindheit und Jugend während der NS-Zeit, der Krieg und das Leben im Stalinger Lager 1944 und 1945, Erinnerungen an die Rückkehr aus der Gefangenschaft und an den schweren Beginn eines neuen Lebens während der Nachkriegsjahre im Raum Erfurt - Langensalza bis zu seinem Anfang als „Neulehrer“ in Gotha. Aus einem Brief an seine Enkeltochter: „Ich will mich da als Zeitzeuge verstehen, der denkt, dass manches historische Geschehen aus dem Großen und Ganzen der jüngsten Geschichte vielleicht anschaulicher und verständlicher werden kann durch subjektiv erzählte Geschichten kleiner Leute ...“
 Nr. P A1646 **19,80 €**



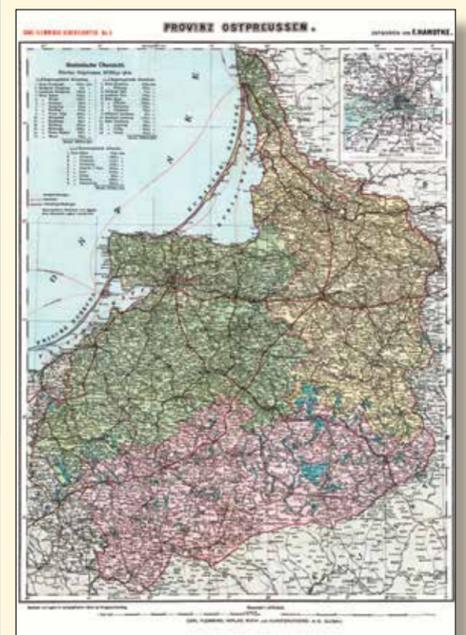
Kiewel, Stölting
Wir lesen deutsche Schrift
 Ein kleines nützliches Büchlein mit den verschiedensten Leseübungen der deutschen Schreib- und Druckschriften. So können die Kinder von heute noch die Briefe ihrer Großeltern lesen.
 Nr. P 1714 **Kartiert 7,80 €**



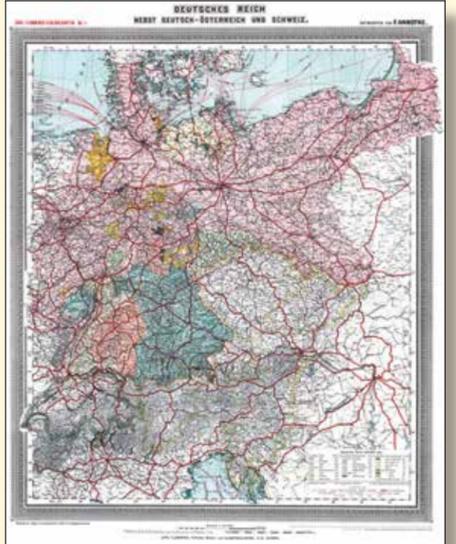
Michael Welter
Schönes Ostpreußen
 Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
 Nr. P 1100 **Gebunden 9,95 €**



Wolfgang Kliezt
Ostseefahren im Kalten Krieg
 Zwischen 1982 und 1986 wurde bei Sassnitz auf Rügen das größte Verkehrsprojekt der DDR verwirklicht: Für zwei Milliarden Mark errichteten in Mukran Tausende Arbeiter und Hunderte Bausoldaten einen vier Kilometer langen Fährhafen mit 120 Kilometern Gleisanlagen. Fünf riesige Doppelstockfähren mit Breitspurgleisen wickelten fortan einen großen Teil des Güterverkehrs mit der Sowjetunion von hier aus ab. Zugleich war es damit möglich, unbemerkt von Dritten gefährliche Militärgüter über die Ostsee zu transportieren. Die Fähren besaßen dafür in ihrem Inneren geheime Mannschaftsräume für 300 Soldaten.
 192 Seiten, 112 s/w-Abbildungen, 4 Karten
 Nr. P A1678 **Gebunden 14,99 €**



Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)
 Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz- und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm - Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreussen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.
 Nr. P A1105 **Gefaltete Karte 19,80 €**



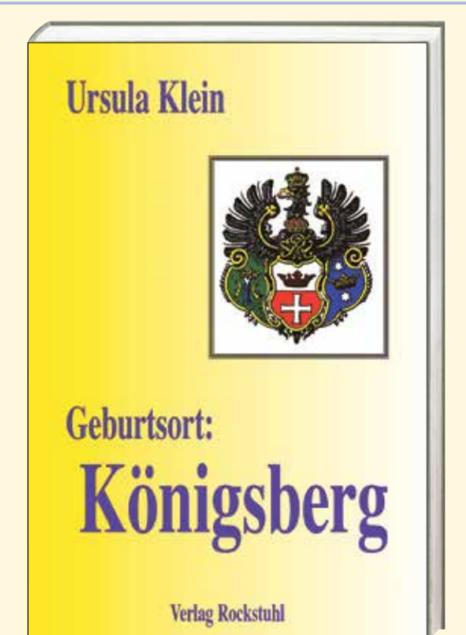
Hist. Karte: Deutsches Reich - Deutschland 1903
 Farbenprächtiger Nachdruck. Deutsches Reich nebst Deutsch-Österreich und der Schweiz. Deutschland, um 1903. Außenformat (Breite x Höhe) 65 x 81 cm - Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,8 x 75,8 cm. Grenz- und flächenkolorierte Karte. Kartograph: Friedrich Handtke (1815-1879). Bearbeitet und ergänzt im kartographischen Institut der Verlagsbuchhandlung. Reprint. Maßstab 1 : 1 825 000. Darstellung 6 % verkleinert zum Original. Dem Deutschen Reich Kaiserreich gehörten 1903 immerhin 25 Bundesstaaten - darunter die drei republikanisch verfassten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck - sowie das Reichsland Elsaß-Lothringen an. Die Gebiete wurden koloriert: Deutsches Kaiserreich - Königreich Preußen; Königreich Bayern; Königreich Württemberg; Königreich Sachsen; Großherzogtum Baden; Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin; Großherzogtum Hessen; Großherzogtum Oldenburg; Großherzogtum Sachsen Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz usw.
 Nr. P A1551 **Gefaltete Karte 19,80 €**



Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten
Sonderpreis € 9,99
Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Nr. P 9965 **Gebunden 9,99 €**



Einwohnerbuch der Danziger Landkreise
 Danziger Höhe
 Danziger Niederung
 Großes Werder
 1927/28
Danziger Feuersozietät
 Inhalt: Kreis Danziger Höhe, Kreis Danziger Niederung, Kreis Großes Werder und vieles mehr. Das Einwohnerbuch Danzig ist ein Reprint von einer Originalarbeit von 1927. Ein paar wenige Seiten sind leider im Verlauf der Geschichte verlorengegangen und konnten nicht rekonstruiert werden. Trotzdem ist dieses ein unverzichtbares Zeitzeugnis für alle historisch interessierten Leser und Familienforscher!
 DIN A4 Format, 428 Seiten
 Nr. P A1680 **Kartiert 39,95 €**



Ursula Klein
Geburtsort Königsberg
 Die Leser erleben hautnah das Alltagsleben der Familie Krohn in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg bis zum Untergang der stolzen Krönungsstadt. Historisch äußerst interessant werden die geschichtlichen Ereignisse dieser Zeit sowie das Wachsen und Werden Königsbergs wahrheitsgetreu geschildert und die Kriegswirren erschütternd in dieser romanhaft und liebevoll geschriebenen Familiengeschichte dargestellt. Es ist eine gelungene Verbindung zwischen geschichtlichen Ereignissen und von privatem Erleben. 552 Seiten, 50 s/w Fotos
 Nr. P A1681 **Kartiert 29,80 €**



Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
 Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen
 In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden.
 184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 1049 **12,95 €**



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
 Vergeben ja, vergessen nie
 In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffungslosigkeit griff um sich.
 192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 5055 **12,95 €**

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
!!! Neue Adresse !!!
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Gesucht wurde eine Idee für den Namen eines Weins, dessen Trauben in Berlin-Kreuzberg angebaut werden. Das zuständige Bezirksamt unter der Grünen-Bürgermeisterin Monika Herrmann machte sich für den Binärcode „01001011“ stark. Dieser steht für „K“, also für Kreuzberg. Gedacht war das Ganze als Reverenz an Konrad Zuse (1910–1995), der den ersten funktionsfähigen Computer der Welt gebaut und in unmittelbarer Nähe des Weinbergs gewohnt hatte. Die SPD war es dann zuerst, die Zuses Tätigkeit in der NS-Zeit unter die Lupe nahm. Überzeugend fündig wurde sie nicht, aber Zuses unbestreitbares Talent war auch im Dritten Reich gefragt. Dies genügte – die Grünen nahmen von ihrem durchaus originellen Namensvorschlag Abstand. Zuse selbst hatte einmal erklärt, er sei weder Regime-Gegner noch „Nazi“ gewesen, habe aber „angesichts des Bombenkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung“ seine Aufgabe nicht darin gesehen, „die Bemühungen um den Bau von Flugabwehrraketen zu sabotieren“.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Sahra Wagenknecht (Linkspartei) rechnet im Gespräch mit der „Welt“ (9. September) mit der um sich greifenden Intoleranz in Deutschland ab:

„Wer nicht denkt wie ein bestimmtes Milieu, wird nicht als Andersdenkender respektiert, sondern als schlechter Mensch abgestempelt ... Die Polarisierung hat sich weiter verschärft. Auch der missionarische Eifer einiger, anderen vorzuschreiben, wie sie zu leben, zu denken und zu reden haben, ist nicht geringer geworden.“

Henryk Broder kommentiert auf „Achtgut“ (14. September) den Aufruf von 60 jüdischen Organisationen, nicht die AfD zu wählen:

„Es lohnt sich, den ‚Aufruf‘ im Wortlaut zu lesen, zeugt er doch davon, dass die Juden aus der Geschichte gelernt haben. Sie stellen sich hinter die Regierung, von der sie alimentiert werden, damit sie das tun, was die Regierung von ihnen erwartet: Dhimmium in Vollendung. Ungeachtet der Tatsache, dass diese Regierung mit ihrer Zuwanderungspolitik dafür gesorgt hat, dass der Antisemitismus in Deutschland nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft hat.“

Jan Fleischhauer wundert sich im „Focus“ (11. September) über die Zustimmungswerte für Olaf Scholz und die SPD:

„Es scheint über die Olaf-Euphorie irgendwie in Vergessenheit geraten zu sein: Aber vor anderthalb Jahren wurde er von seiner eigenen Partei als Vorsitzender abgelehnt, weil er ihr zu mittig war. Gewählt wurde stattdessen ein Pärchen, das den Mitgliedern versprach, aus der Großen Koalition auszutreten, um sie in eine rote Zukunft zu führen.“

Seit 20 Jahren lebt die St. Petersburgerin Ekaterina Quehl in Berlin, das sie eigentlich liebt. Doch bei „reitschuster.de“ (11. September) beschreibt sie eine einst freie Stadt, die sich dramatisch verändert habe:

„Diese Stadt verwandelt sich in einen Ort des Hasses, der Hetze und der Spaltung. Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten, Polizeigewalt, Quälerei der Kinder durch Maskenpflicht in Schulen, Teilung der Gesellschaft in Ungeimpfte und Geimpfte, ein ängstliches und aggressives Miteinander und ein unendlicher Gehorsam der Mehrheit.“

Ex-Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier kritisiert in der „Berliner Zeitung“ (13. September) die Übermacht der Regierung (Exekutive) in der Pandemie:

„Aktuell haben wir weitgehend einen ‚Freibrief‘ für die Exekutive. Das geht in meinen Augen nicht. Wesentliche Entscheidungen über die Grundrechtsverwirklichung hat die vom Volk gewählte Vertretung zu treffen. Es kann nicht sein, dass diese sich verschweigt und alle schwierigen und schicksalhaften Fragen der Exekutive überlässt.“

● WORT DER WOCHE

„Warum gibt es so viele Freunde des Ausnahmezustands? Er macht Leute wichtig, die es sonst nicht wären.“

Wolfram Ackner fragt sich auf „publicomag“ (12. September), warum so viele Deutsche die Corona-Restriktionen mögen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Deutsche Krankheit

Warum die CDU solche Angst vor Maaßen hat, und wieso wir von Dänemark nichts mehr wissen wollen

VON HANS HECKEL

Eines werden wir leider nie erfahren: Nämlich, wie die weithin grünroten Medien wohl über Markus Söder hergefallen wären, wenn der CSU-Chef Kanzlerkandidat der Union geworden wäre. Sie hätten sich sicher einiges einfallen lassen. So gesehen sollte der Bayer den CDU-Funktionären sogar dankbar sein, die ihm das erspart haben. Nun kann er sich im Hintergrund genüsslich spreizen als „die bessere Wahl“, die nur durch die uneinsichtigen Apparatschiks der Schwesterpartei zum Schaden aller verhindert wurde.

Das tut er ja auch ausgiebig und voller Wonne. Haben Sie nicht auch Söders listiges Gesicht die ganze Zeit nach einem ironischen Zwinkern abgesehen, als er auf dem CSU-Parteitag seinen „Freund Armin“ geradezu hymnisch feierte? Der Mann grinst ja dauernd dermaßen „cool“, dass man eigentlich immer das Gefühl hat, von ihm auf den Arm genommen zu werden.

Und das Gefühl trügt nicht, wie uns Markus Blume unmittelbar vor Söders Laschet-Hymne wissen ließ. Blume ist Generalsekretär der Söder-Partei, also die Stimme seines Herren, die da tönte: „Natürlich stünden wir mit Markus Söder besser da!“ Klatsch!

Dabei muss es gar nicht immer CSU sein, wenn es gegen die CDU geht. Karin Prien, CDU-Kultusministerin von Schleswig-Holstein und Bildungsexpertin in Armin Laschets „Team“, empfahl Thüringer Wählern, lieber für den SPD-Kandidaten zu stimmen als für ihren Parteikollegen Hans-Georg Maaßen, der im Süden des Freistaats um ein Direktmandat kämpft.

Wer nicht lügt, ist gefährlich

Warum macht sie das? Einzige Erklärung: Die Furcht vor Maaßen muss riesig sein in der Union – aber warum bloß? Herrje, wenn der sein Direktmandat bekommt, sitzt er einsam und alleine in der Fraktion, was soll er da schon anrichten? Die Antwort lautet leider: eine ganze Menge! Maaßen lügt nämlich nicht gern, das macht ihn gefährlich. In Sachen Chemnitz hat er Merkels Lüge von den „Menschenjagden“ nicht mitsingen wollen, weshalb er schließlich seinen Posten als Verfassungsschutzpräsident räumen musste.

In Berlin lügt es seit Jahren aus dem Adenauerhaus, dass Dinge wie die „Energiewende“ oder die ungeordnete Massenzuwande-

rung „alternativlos“ seien. Daher könne man das alles machen und stehe trotzdem fest in der Tradition von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl. Einer wie Maaßen könnte die Behauptung von der „Alternativlosigkeit“ grünlinker CDU-Politik mit dem simplen Hinweis auf so gut wie alle übrigen Länder der Welt, die es ganz anders machen, in Rauch aufgehen lassen. Mit seiner Haltung steht der Mann zudem tatsächlich in der Tradition von Adenauer, Erhard und Kohl. Im direkten Vergleich Maaßens mit der heutigen CDU-Führung würde für jedermann sichtbar, wie weit sich die Parteispitze von ihren Wurzeln entfernt hat.

Daher sollten wir nicht zu streng sein mit der armen Frau Prien. Ihre Befürchtungen sind vollkommen berechtigt. Aus diesem Grunde sollte man ihr auch nachsehen, dass sie zum äußersten Mittel gegriffen und zur Stimmabgabe für Maaßens Wahlkreisrenten von der SPD aufgerufen hat.

Aber muss Politik denn immer so verlogen sein? Nein, muss sie nicht, daher wollen wir hier auch nicht in dumpfen Beschimpfungen des „schmutzigen Geschäfts“ versacken und stattdessen mal ein Beispiel politischer Ehrlichkeit hervorheben.

Misstrauisch, wie wir sind, hatten wir angenommen, dass man uns bis zu den Wahlen von weiteren Zumutungen des Corona-Regimes verschont, um erst danach wieder richtig loszulegen. Weit gefehlt: Im Krieg gegen den neuen Volksfeind, die Ungeimpften, lassen viele Politiker schon jetzt, vor dem Urnengang, alle Hemmungen fallen. Nun sollen den „Verweigerern“ sogar die Lohnfortzahlung gestrichen werden, wenn sie sich angesteckt haben und in Quarantäne müssen.

Was als Nächstes kommt? Man könnte den Ungeimpften verbieten, auf Parkbänken Platz zu nehmen (Sie erinnern sich: Vergangenes Jahr waren die schon einmal für uns alle gesperrt) oder mit ihren Kindern den Spielplatz zu besuchen, Busse und Bahnen zu benutzen, ihren Heimatkreis zu verlassen – ach, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt! Um sich weitere Anregungen zu holen, müsste man nur die dunkelsten Kapitel der Geschichte abgrasen oder in der Psychiatrie die Stationen abklappern, in denen die zwangsneurotischen Kontrollfetischisten und die Sadisten sitzen. Indes: Wenn man sich die bereits gemachten Vorschläge und einige der tatsächlich durchgeführten Maßnahmen anschaut, muss man zu dem Schluss

Karin Priens Befürchtungen sind vollkommen berechtigt. Daher sollten wir nachsichtig sein mit der armen Frau



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de